

# HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen

für Erziehung, Bildung, Forschung

67. Jahr

Heft 3

März 2014



TITELTHEMA

Schwarz-Grün in Hessen

**24. März, 17–19 Uhr**

**Griechenland unter der Knute**

**Veranstaltung mit Nikos Kalogeros**

Am Montag, dem 24. März, referiert *Nikos Kalogeros*, Grundschullehrer und Mitglied der griechischen Lehrer-gewerkschaft, auf Einladung der GEW Hessen über das Thema „Griechenland unter der Knute der Troika“. Schwer-punkt sind die Situation im Bildungs-system und im öffentlichen Dienst. Ein Hintergrundartikel zur Situation in Griechenland erschien in der HLZ 9-10/2013. Die Veranstaltung beginnt um 17 Uhr im DGB-Haus in Frankfurt (Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77).

**25. März, 29. April und 27. Mai**

**Im Ausland unterrichten**

**Auslandslehrer in der GEW**

Die Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und -lehrer der GEW (AGAL) lädt im Frühjahr wieder zu Informationsver-anstaltungen für Lehrkräfte ein, die an einer Arbeit im Ausland interessiert sind. Auch ehemalige Auslandslehrkräfte sind willkommen. *Günther Fecht* und *Paul Michel* stellen berufliche Möglich-keiten im Ausland vor und informieren über Rechtsfragen und Wege ins Aus-landsschulwesen. Alle Veranstaltungen dauern von 15 bis 18 Uhr:

- **Frankfurt:** 25. März  
Haus Gallus, Frankenallee 111
- **Gießen:** 29. April, Kongresshalle,  
Raum Versailles, Berliner Platz 2
- **Kassel,** 27. Mai  
GEW-Geschäftsstelle, F.-Engels-Str. 26  
*Die Teilnahmegebühr beträgt 10 Euro, für  
GEW-Mitglieder 5 Euro. Infos: ghfecht@  
yahoo.de, Tel.06661-607878; Anmel-  
dung: info@gew-hessen.de*

**2. April 2014: 10 bis 17 Uhr**

**Ganztagschule und Inklusion**

**Jahrestagung des GTV in Wolfhagen**

Der Landesverband Hessen des Gan-ztagsschulverbandes führt seine dies-jährige Fachtagung am 2. April 2014 von 10 bis 17 Uhr an der Wilhelm-Filchner-Gesamtschule in Wolfhagen im Land-kreis Kassel durch. Zum Schwerpunkt-thema „Ganztagschule und Inklusion“ referiert *Prof. Dr. Katzenbach*. Nachmit-tags finden mehrere Workshops statt.

- *Die Gebühr beträgt 30 Euro, für Mit-glieder des Ganztagsschulverbandes 20 Euro. Anmeldungen: www.ganztagsschul-verband-hessen.de*

**3. April 2014, 10–17.30 Uhr**

**Altersarmut in einem reichen Land**

**Fachtagung in Frankfurt**

Die gemeinsame Fachtagung der Per-sonengruppe Seniorinnen und Senio-ren in der GEW Hessen und *lea bil-dungsgesellschaft* befasst sich mit den Folgen des demographischen Wandels und der Zukunft der Alterssicherung in Deutschland. Altersarmut trifft zuneh-mend auch die gesellschaftliche Mitte. Die Absenkung von Renten und Pensi-onen wird mit Kampfbegriffen wie „de-mographischer Wandel“ und „Generati-onengerechtigkeit“ legitimiert.

- *Prof. Dr. Gerd Bosbach* (Fachhoch-schule Koblenz): Der Krieg der Generati-onen fällt aus! Demographie, Demagogie und die Politik mit der Angst (10-13 Uhr)
- *Prof. Dr. Christoph Butterwegge* (Uni-versität Köln): Auf dem Weg zum Sup-penküchen-Staat – Analysen und Alter-nativen zur Altersarmut (14–17 Uhr)
- *Die Teilnahme ist entgeltfrei. Program-m und Anmeldung: www.lea-bildung.de, Se-minarangebot G5075*



Zeitschrift der GEW Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung  
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

**Herausgeber:**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main  
Telefon (0 69) 971 2930  
Fax (0 69) 97 12 93 93  
E-Mail: info@gew-hessen.de  
Homepage: www.gew-hessen.de

**Verantwortlicher Redakteur:**

Harald Freiling  
Klingenberger Str. 13  
60599 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 636269  
Fax (0 69) 6313775  
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

**Mitarbeiter:**

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hoch-schule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

**Gestaltung:**

Harald Knöfel, Michael Heckert +

**Titelthema:** Harald Freiling

**Illustrationen:**

Dirk Tonn (Titel), Thomas Plaßmann (S.7), Dieter Tonn (S.8, 11, 13, 15, 28), Ruth Ullenboom (S.4)

**Fotos:**

Harald Freiling (S.25), Elke Hoefel (S.23, 24)

**Verlag:**

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Niederstedter Weg 5  
61348 Bad Homburg

**Anzeigenverwaltung:**

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Peter Vollrath-Kühne  
Postfach 19 44  
61289 Bad Homburg  
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21  
E-Mail: mlverlag@wsth.de

**Erfüllungsort und Gerichtsstand:**

Bad Homburg

**Bezugspreis:**

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, ein-schließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

**Zuschriften:**

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Ver-öffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

**Redaktionsschluss:**

Jeweils am 5. des Vormonats

**Nachdruck:**

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfälti-ungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzei-genteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

**Druck:**

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH  
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

**Aus dem Inhalt**

**Rubriken**

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe
- 6 Meldungen
- 33 Recht: Befristete Verträge
- 34 Jubilare
- 35 Magazin

**Titelthema: Schwarz-grün in Hessen**

- 19 Koalitionsvertrag: Im Wortlaut
- 12 Landeshaushalt
- 14 Schulpolitik
- 16 Berufsbildung, Lehrerbildung
- 17 Personalratsrechte
- 18 G8/G9, Inklusion, Förderschulen
- 23 Hochschulen
- 24 HessKifög und frühe Bildung

**Einzelbeiträge**

- 7 Tarifrunde 2014: Forderungen für Beschäftigte der Kommunen
- 8 Frauentag: Erzieherinnen auf dem Weg zum Lebensberuf
- 10 Lehrerausbildung: Theorie und Praxis
- 11 Arbeitszeit an Studienseminaren
- 26 Anmerkungen: Ausstellung über Europa im 20. Jahrhundert
- 28 Psychoanalytische Pädagogik: Nehmen Störungen zu?
- 29 Grundschule: Vergleichsarbeiten
- 30 Im Visier: Salafismus an hessischen Schulen
- 32 Pete Seeger: Nachruf auf einen Sänger und Musikpädagogen

# Schwarz-grüner Schulfrieden

„Hessen wählt den Schulfrieden“ plakatierten die GRÜNEN im Landtagswahlkampf. „Schulfrieden erreichen“ lautet eine zentrale Überschrift im schwarz-grünen Koalitionsvertrag, „Schulfrieden“ soll einen „unproduktiven und ideologisch aufgeladenen ‚Schulkampf‘“ nach mehreren Jahrzehnten beenden.

CDU und GRÜNE orientieren sich verbal an den rot-grünen und grün-roten Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg, die unter der Überschrift „Schulfrieden“ Kompromisse mit der CDU beim Ausbau der Gesamtschulen und auf dem Weg zu einer Zwei-Säulen-Struktur der Sekundarstufe I suchen. Für Schwarz-Grün in Hessen heißt „Schulfrieden“ etwas anderes: Bestandsschutz für „Schulen des gegliederten Schulwesens als auch Schulen, in denen länger gemeinsam gelernt wird“. Alles bleibt, wie es ist.

Die selbstgefällige Absichtserklärung von CDU und GRÜNEN in Hessen, ihre „Bildungspolitik nicht an Ideologien zu orientieren“, ignoriert, dass die CDU in Hessen seit knapp 15 Jahren regiert und für ein hochideologisches „Umkrempeln unserer Schullandschaft“ auf der Grundlage eines längst überholten Begebungsbegriffes Verantwortung trägt. „Ideologien“ – das sind für Schwarz-Grün offensichtlich immer „die anderen“ Modelle und Konzepte, die nicht zu denselben Schlussfolgerungen kommen wie die Koalitionäre. Wie ernst es der CDU mit dem „Schulfrieden“ ist, dokumentierte sie mit der Wahl ihres „neuen“ schulpolitischen Sprechers: Hans-Jürgen Irmer, rechter Frontmann und Kämpfer gegen eine „rein ideologisch bestimmte Schulpolitik von SPD, Grünen und Kommunisten“, wurde 17 Monate nach seinem Rücktritt erneut in dieses Amt gewählt.

Wenn es in den letzten Jahren einen „Schulkampf“ gab, dann wurde er von den CDU-geführten Landesregierungen ausgelöst. Wir erinnern uns an die Einführung von G8 gegen den breiten Widerstand der Betroffenen, an Querversetzungen, zentrale Abschlussprüfungen, Lernstandserhebungen und Schulinspektionen, an die Abschaffung der Arbeitslehre am Gymnasium, die Demontage der staatlichen Lehrerfortbildung, die Abschaffung der Berufsschulpflicht und des Berufsgrundbildungsjahres, an unzureichende „Betreuungsmodelle“ und die Liquidierung des erfolgreichen Gemeinsamen Unterrichts. Und wie

friedensstiftend waren die Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte auf bundesweites Rekordniveau, die Abkopplung von Gehaltserhöhungen, die Kürzungen bei der Beihilfe, die Erhöhung des Pensionsalters oder die Abschaffung der Altersteilzeit?

Schwarz-Grün setzt mit der Verabsolutierung des „Elternwillens nach einem vielfältigen Schulsystem“ auf ein höchst ideologisches Konstrukt: Wo sind die Eltern, die ihr Kind auf eine Förderschule schicken wollen? Nur die unzureichenden Ressourcen für eine gute Förderung an den Regelschulen veranlassen zur Wahl einer Förderschule. Wo sind die Eltern, die ihr Kind freiwillig auf eine Hauptschule schicken? Die Anmeldezahlen der Frankfurter Hauptschulen lagen zu Beginn dieses Schuljahres im einstelligen Bereich! Und wo bleiben „Elternwille“ und „Wahlfreiheit“ bei den schwarz-grünen Reformplänen für die jetzigen 5. und 6. Klassen der Gymnasien? Die sollen nur bei einem „einstimmigen Votum“ der Elternschaft an einer Rückkehr zu G9 teilnehmen. Wie kann man in einem demokratischen Staat von einer heterogen zusammengesetzten Gruppe wie der Elternschaft einer Klasse ein „einstimmiges Votum“ verlangen?

CDU und GRÜNE wollen „alle an Schule Beteiligten“ und die Fraktionen des Landtags zu einem „Bildungsgipfel“ einladen, um „eine Vereinbarung über die Schulentwicklung in Hessen für die nächsten zehn Jahre zu erreichen“. Was sind die Angebote an die Opposition oder die GEW? Was soll ein „Bildungsgipfel“, wenn man zuvor den Status Quo im Bereich der Schulentwicklung im Koalitionsvertrag zementiert hat? Der gilt nur für maximal fünf Jahre. Zehn Jahre Stillstand können CDU und GRÜNE weder vereinbaren noch verordnen. Nicht mit der GEW!

*Christoph Baumann*



**Christoph Baumann**  
Referat Schule im  
GEW-Landesvorstand

# Auf in den Kampf!

„Es wird immer schlimmer für die Männer“, meint der Männerrechtsaktivist *Arne Hoffmann* in der ORF-Dokumentation „Welt ohne Männer“. Wie recht er hat, zeigt ein Blick in einschlägige Internetforen. Schonungslos berichten Männer über schreiendes Unrecht: eigene Parkplätze für Frauen, spezielle Sauna- und Schwimmbadtage und bisweilen sogar freien Eintritt in Diskotheken. Samt Gratisgetränk! Leicht depressive Frauen bekämen sofort einen Therapieplatz, während bedürftige Männer jahrelang auf einen Psychologen warten müssten. Es gibt keinerlei Zufluchtsorte für geprügelte Männer, obwohl nach Einschätzungen kompetenter Maskulinisten Frauen mindestens ebenso gewalttätig wie Männer sind. Und wo sind die Männerbeauftragten? Wenn ein Schiff untergeht, sollen „Frauen und Kinder zuerst“ gerettet werden. Warum eigentlich?

Die Werbung würde Jungen als pummelige Trottel vorführen, während Mädchen souverän an ihrem Softdrink nuckeln und über Knaben spotten. Wir leben in einer „feministisch verseuchten Welt“! Nirgends mehr „Respekt vor dem Mann“. Er werde nur noch als „verküppeltes Chromosom“ betrachtet, als defizitäre Fehlentwicklung. Überall kursieren männerfeindliche Witze:

*Das kleine Kind sucht im Badeschaum und fragt: „Mami, wo ist denn der Waschlappen?“ – „Ach, der, der sitzt im Wohnzimmer und sieht fern.“*

*Was macht eine schöne junge Frau morgens mit ihrem Arsch? Sie schmiert ihm Brote und schickt ihn zur Arbeit.*

Über so was lachen Frauen und „lila Pudel“, das sind männliche Weichlinge und Sprachrohre des Feminismus. Die Mehrzahl der Männer ist „traurig und angepasst“ und traut sich nicht, den dominierenden Feministinnen zu widersprechen. Männer halten als Sündenböcke für alles her und haben als Asyl nur noch Fußball und Formel-1-Rennen. Sie wollen nicht mehr heiraten, weil sie Angst vor Frauen haben. Die Ehe ist für den Mann ein Gefängnis. Die Frau lege sich einmal für den Richtigen auf den Rücken und sei dann ihr Leben lang versorgt. Kinder wünsche sie sich nicht aus hormonellen Gründen, sondern als Spekulationsobjekt mit sicherer Rendite. Wobei verunsicherte Männer im Internet fordern, dass nach jeder Geburt ein obligatorischer Vaterschaftstest durchgeführt wird. Mütter schieben nämlich gar zu gern jemandem ihre Kuckuckskinder unter. Im Scheidungsfall, den meistens die Frau verursacht, wird dem Mann dann der Kindkontakt verweigert. Stattdessen mutiert er zum „rechtlosen Zahlel“, zur „wandeln den Kreditkarte“. Da hilft es ihm auch nicht, wenn er sich im Ausland eine sanfte Frau sucht. Meist muss er dann ihre Großfamilie miternähren, und kaum kann die pflegeleichte Ehefrau ordentlich Deutsch, rennt sie zu einer Beratungsstelle, die feministisch und

lesbisch (eigentlich Synonyme...) unterwandert ist, und reicht die Scheidung ein. Außerehelicher Geschlechtsverkehr ist auch nicht ratsam, weil Mann, besonders als Prominenter, ständig damit rechnen muss, hinterher der Vergewaltigung bezichtigt zu werden (noch nach Monaten!), bloß weil Mann nach Vollzug gleich eingeschlafen ist. Ich will jetzt gar nicht auf die seit Kinsey angeblich enorm gestiegene Zahl der Erektionsstörungen hinweisen.

Das männliche Elend beginne spätestens in Kindergärten und Schulen, meinte *Walter Hollstein* in der erwähnten ORF-Doku, die man sich auf youtube ansehen kann (aber nicht muss):

*„Das ganze Erziehungssystem ist weiblich. Männer kommen im Schulunterricht nicht mehr vor. Buben müssen immer mehr Dinge machen, die weiblich orientiert sind, bis hin zu Schleiertänzen im Turnunterricht. Wenn sie unruhig sind, kriegen sie Ritalin.“*

Manche Jungen müssen in der Schule nicht nur stillsitzen, sondern auch häkeln und stricken lernen! Ein Vater droht im Internet, er werde mit einem Panzer vorfahren, falls sein Sohn von Lehrerinnen zu Schleiertänzen gezwungen werde. Lerninhalte und Schulbücher seien völlig feminisiert. Staatliche Institutionen und Medien betrieben ausschließlich „feministische Propaganda“. Deshalb sind Jungen die Verlierer im Bildungssystem und deswegen gibt es so viele männliche Obdachlose!

Es ist Zeit, der „gefährlichen und zerstörerischen Ideologie des Feminismus“ Einhalt zu gebieten! Beziehungen sind vergiftet, Gräben haben sich zwischen den Geschlechtern aufgetan. Schluss damit! Maskulinisten haben da auch schon eine gute Idee: Spätestens mit zehn Jahren wird das männliche Kind dem weiblichen Einfluss entzogen und in einer reinen Männergesellschaft sozialisiert. Hoffentlich findet sich dafür genügend Personal...

Gabriele Frydrych

Anmerkung: Wer im Müll gräbt, fühlt sich hinterher besudelt. Ich habe mich im Internet durch extremen Frauenhass gewühlt, durch Webseiten und Blogs, deren Links irgendwann bei „Ruf-der-Heimat“ oder „neuesdeutschesreich“ landeten, aber auch durch differenzierte und durchaus überzeugende Betrachtungen zur Situation von Männern. Interessierten schicke ich gern Quellenangaben und Hinweise auf einschlägige Websites. Es gibt wirklich noch einiges zu tun auf dem Weg in eine gerechtere Gesellschaft. Auf beiden Seiten. Und in allen Schichten.



## Betr.: HLZ 1-2/2014 Operation düstere Zukunft II

### Reallohnverluste steigen

*Manfred Pöller und Jutta Breitlow-Pöller aus Rüsselsheim gehören zu den GEW-Mitgliedern, die bereits während der Koalitionsverhandlungen gegen schwarz-grüne Pläne zur Streichung von Lehrerstellen protestierten. Die Bitte der GRÜNEN, sie „an den tatsächlichen Vereinbarungen am Ende von Koalitionsverhandlungen zu messen“, nahmen sie zum Anlass für einen weiteren Brief an die GRÜNEN, aus dem wir in Auszügen zitieren:*

Wir Gewerkschafter messen Sie immer an Ergebnissen und an früheren Aussagen, als Sie noch in der Opposition waren. Jetzt haben Sie einen Koalitionsvertrag unterzeichnet, der sich im Bereich Schule und in der Besoldung voll gegen die beamteten Lehrerinnen und Lehrer richtet. Sie planen für das folgende Jahr (2015) eine Nullrunde für die Beamten, danach sollen die Gehälter nur noch um 1% pro Jahr steigen und das bei einer geschätzten Inflationsrate von 2 bis 3% pro Jahr. Wissen Sie, dass die beamteten Lehrerinnen und Lehrer in den letzten 5 bis 10 Jahren schon einen Reallohnverlust von mindestens 5% hatten? Dazu kommt noch, dass wir in Hessen mit 42 Stunden pro Woche viel mehr als in anderen Bundesländern arbeiten. Auch hier wurde das Versprechen einer Arbeitsreduzierung gebrochen. Die meisten engagierten Lehrerinnen und Lehrer arbeiten sowieso weit mehr. Gleichzeitig haben sich die Pflichten in den letzten Jahren erheblich erweitert. Ich erinnere nur an verpflichtende Förderpläne, mehr Verwaltungsarbeit und die Erstellung kompetenzorientierter Curricula in allen Fächern. Der unter *Roland Koch* durchgezogene Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder wird von Ihnen verlängert. Das erinnert doch stark an Regelungen nach Gutsherren- oder Fürstenart und hat mit Mitbestimmung oder Mitgestaltung nichts zu tun.

Manfred Pöller, Jutta Breitlow-Pöller, Rüsselsheim

### Störmanöver der GEW

„Ein öffentlicher Aufschrei und massenhafte, von der GEW angeregte Protestmails haben dazu geführt, dass der Schulbereich von den geplanten Stellenstreichungen ausgenommen wurde.“ Mit diesen Worten gibt *Jochen Nagel* seiner Rosinante die Sporen und er-

innert an die peinliche Mail-Aktion der GEW anlässlich einer schon zuvor längst dementierten Zeitsense im „Wiesbadener Kurier“. Weiter zieht er in den Kampf gegen Windmühlen, unser GEW-Vorsitzender (und Kandidat der Linken): „Noch in den Sondierungsgesprächen mit SPD und dem Vorstand der Linken hatten die Grünen die Streichung von mehreren tausend Stellen im Schulbereich gefordert. Nicht zuletzt daran sind die Gespräche gescheitert.“ Diese Erklärung zum Verzicht auf eine rot-rot-grüne-Koalition ist weit unterhalb der politischen Nachweisgrenze.

Die Mailaktion war kein erfolgreicher Protest gegen Stellenabbau, sondern ein letztes, gescheitertes Störmanöver gegen eine schwarz-grüne-Koalition. Als solches sollte man die Aktion dann auch in der HLZ erläutern, wenn man den Leser ernst nimmt. Rheinland-Pfalz (Rot-Grün), Baden-Württemberg (Grün-Rot) und Brandenburg (Rot-Rot) scheren sich einen Teufel um die Tarifentwicklung, pfeifen auf eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses TV-L und sanieren den Haushalt mit Notopfern für Beamte und Pensionäre. Nur Bayern überträgt als einziges Bundesland nach alter Väter Sitte die Tarifergebnisse ohne Abschläge auf seine Beamten. Ausgerechnet die!

Es stellt sich also über Landesgrenzen und Koalitionsfarben hinweg die Frage nach einer Mobilisierung für einen neuen Tarifkonsens der Länder. Wenn die hessische GEW hier als Konzeption und Strategie nur die Propaganda- und Diasporagemeinschaft mit der linken Ressentimentspartei sieht, dann ist das wirklich die „Operation düstere Zukunft II“.

Holger Heimann, Heidelberg

## Betr.: HLZ 1-2/2014 Glosse von Gabriele Frydrych

### Weg mit der Schulpflicht?

Diesmal bin ich mit der heiter gedachten Glosse von Frau Frydrych unzufrieden. Auch ich habe den Film „Alphabet“ gesehen und weiß nun nicht, ob ich über die Glosse lachen oder weinen soll. Sie hört sich zu sehr nach dem getroffenen Hund an. Oder: Wem spielt die Glosse in die Hände?

Ein Erstes: Es gibt viele gute Wege für Kinder und Jugendliche, nicht nur die zufällige Schullaufbahn, und viele Wohnungen im Hause Pestalozzi. Was

das gründliche und gehaltvolle Lernen in der Schule angeht, so stehen wir vor der Tatsache, dass manche PISA- oder IGLU-gebissene Schulleitung und Lehrkraft sich zu einem beschleunigten und verödeten Unterricht veranlasst sieht, in dem Notenwerte mehr zählen als die Perspektive vom Klientel aus. (...) Und das in einer Situation, wo allzu vielen Kindern bis zum Eintritt der Schulpflicht längst alle Originalität und Kreativität, wie sie der Film „Alphabet“ vorführt, zum Erlöschen gebracht wurde. Mir ist klar, die Schule kann hier und heute keine rückwirkende Freisetzung von allen möglichen Fähigkeiten betreiben. Dennoch erhebt sich die Frage der Verantwortlichkeit: Das unbotmäßige Kind oder der lernunwillige Jugendliche verweisen auf den öden Unterricht, dieser auf die begrenzten Möglichkeiten oder Fähigkeiten der Lehrkraft, diese auf den Zeitdruck des Lehrplans, dieser auf die Lehrplankommissionen, diese auf *pressure groups*, diese auf den Urknall. Wer bewirkt denn, dass qualitativ gute Lernprozesse nur allzu oft als „illusionär“ oder „idealistisch“ gelten? Wo fängt unsere Verantwortlichkeit an?

Ulrich Hain, Gießen

## Betr.: HLZ 11/2013 Schülerwettbewerb „Israel“

### Manipulative Einseitigkeit

Zunächst einmal vielen Dank an die Redaktion, dass sie eine Zusammenfassung der kritischen Anmerkungen der AG Palästina/Israel zum Schülerwettbewerb „Israel heute“ der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung abgedruckt hat, auch wenn wir uns die kenntnisreiche Langfassung der Stellungnahme gewünscht hätten. Immerhin animierte uns dieser kurze Artikel zu einer eigenen Stellungnahme. Nach Durchsicht der Materialien sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass sie wegen ihrer manipulativen Einseitigkeit ungeeignet für den Schulunterricht sind. Dass das Gebot eines kontroversen Unterrichts in keiner Weise eingelöst wird, wird daran deutlich, dass die israelische Besatzungspolitik und ihre Folgen für die palästinensische Bevölkerung nicht erwähnt werden.

• Die vollständige Stellungnahme der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft Kassel, der Gruppe Handala e.V. und des Gewerkschaftsforums Marburg kann bei der Redaktion angefordert werden (freiling.hlz@t-online.de).

## **DGB Hessen: Stefan Körzell wiedergewählt**

Mit 96 % der Stimmen haben die Delegierten der 4. Ordentlichen Bezirkskonferenz in Bad Hersfeld *Stefan Körzell* erneut zum Vorsitzenden des DGB-Bezirk Hessen-Thüringen gewählt. Körzell leitet den Bezirk seit 2002. Da Stefan Körzell zum DGB-Bundeskongress im Mai als Mitglied des DGB-Bundesvorstands nominiert wurde, kann in Hessen bald eine Neuwahl anstehen.

Als Schwerpunkte für die nächsten Monate nannte Körzell die anstehenden Betriebsratswahlen und ein „echtes Tarifreue- und Vergabegesetz“ mit einem vergabespezifischen Mindestlohn von 8,50 Euro. Gegen die Absicht der neuen schwarz-grünen Landesregierung, die Gehälter der Beamtinnen und Beamten von der allgemeinen Gehaltsentwicklung abzukoppeln, kündigte Körzell den „entschiedenen Widerstand“ des gesamten DGB an. *Tarek Al-Wazir*, der erstmals als Wirtschaftsminister und Vertreter der Landesregierung an einer DGB-Konferenz teilnahm, wusste bereits in seinem Grußwort, dass er in diesem Kreis „die Ohren eng anlegen muss“.

Als Regionsgeschäftsführer wurden *Michael Rudolph* (Nordhessen), *Matthias Körner* (Mittelhessen), *Harald Fiedler* (Rhein-Main), *Jürgen Planert* (Süd Hessen) und *Alexandre da Silva* (Südosthessen) gewählt.

- *Exzergesetze aus der Stellungnahme des DGB zum Koalitionsvertrag findet man in dieser HLZ auf Seite 13, den vollständigen Wortlaut unter <http://hessen-thueringen.dgb.de> > Top-Themen > Landespolitik.*

## **Studienseminar: Berufserfahrungen anerkennen!**

Die Auswirkungen des neuen Besoldungsrechts sorgen für Unruhe: Auch die Personalversammlung des Studienseminars für berufliche Schulen in Frankfurt befürchtet hohe finanzielle Einbußen für neue Lehrkräfte gerade an beruflichen Schulen, da diese in der Regel in höherem Alter eingestellt werden. Die Personalversammlung fordert eine Anerkennung von beruflichen Erfahrungen in Industrie, Handwerk und Verwaltung, auch wenn es sich nicht um eine unterrichtliche Tätigkeit handelte: „Die Nähe zur Beruflichkeit ist die Grundlage für die hohe Akzeptanz, die die beruflichen Schulen im Rahmen der dualen Ausbildung genießen.“

## **Imer wieder schulpolitischer Sprecher der CDU**

Wie ernst es die CDU Hessen mit ihrem Bekenntnis zum „Schulfrieden“ meint, dokumentiert die Rückkehr von *Hans-Jürgen Imer* in die Funktion des bildungspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion. Erneute Ausfälle Irmers gegen „Armutsflüchtlinge“ und „Asylmissbrauch“ wurden zu einer ersten Belastungsprobe für die neue schwarz-grüne Koalition. Landesschülervertretung, Elternbund und GEW sehen keine Grundlage für Gespräche mit Imer. Die Forderung nach einer „hundertprozentigen“ Inklusion bezeichnete Imer 2012 als „das rücksichtslose Streben“ von „SPD, Grünen und Kommunisten nach der sozialistischen Einheitsschule“.

## **Landeselternbeirat Hessen wählt neuen Vorstand**

Nach acht Jahren verabschiedete der Landeselternbeirat Hessen (LEB) seine Vorsitzende, *Kerstin Geis*, die für die SPD als Abgeordnete in den Landtag gewählt wurde. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende *Matthias Bedürftig* (Wiesbaden) wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Als Schwerpunkte seiner Arbeit nannte er eine ausreichende Lehrerversorgung für Hessens Schulen, Inklusion und längeres gemeinsames Lernen und die Unterstützung der Schulen bei der Rückkehr zu G9 unter Einbeziehung der Klassen 5 und 6. Als Stellvertreter wurden *Karen Anschütz* (Wetteraukreis) und *Reiner Pilz* (Main-Kinzig-Kreis) gewählt.

## **Untersuchungsausschuss zur Finanzierung der EBS**

Wenige Tage vor Ende der Legislaturperiode stimmte der Untersuchungsausschuss des Landtags zur Finanzierung der European Business School (EBS) noch nach alter Farbenlehre über einen Zwischenbericht ab. Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde die Landesregierung entlastet. Offen ist, ob der neue Landtag die Aufklärung über die fragwürdige Bezuschussung der EBS in einem neuen Ausschuss fortsetzen wird.

*Hajo Barth* vom Vorstand der GEW Wiesbaden bilanzierte die Auftritte des bisherigen Justizministers *Jörg Uwe Hahn* (FDP), der einräumte, dass die Landesregierung „bereits vor der EBS-Subventionierung von deren finanziellen Problemen wusste“, der früheren Wissenschaftsministerin und neuen Justizministerin *Eva Kühne-Hörmann* (CDU), die den Ausschuss „mit Erinnerungslücken verzweifeln ließ“, und des früheren Wirtschaftsministers *Florian Rentsch* (FDP), der „rhetorisch elegant im Ungefähren balancierte und angeblich mit seinem Kumpel *Jahns* nie über Finanzprobleme der EBS gesprochen hat“. Dabei hatten Wirtschaftsprüfer und Landesrechnungshof schon 2012 festgestellt, dass die EBS Steuermittel zweckentfremdete und gravierende Verstöße gegen das Vergaberecht verantworten muss.

Die GEW Wiesbaden forderte die Stadt Wiesbaden und das Land erneut auf, ab sofort keine weiteren Steuergelder zur Finanzierung unseriöser Geschäftsmodelle zu gewähren und Rückforderungsmöglichkeiten zu prüfen.

**28. März, 9.30–16.30 Uhr**

**Diversität in den Medien  
Migration und Interkulturelle Vielfalt**

Der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, die GEW und die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen sind Kooperationspartner der Veranstaltung im Frankfurter Haus am Dom. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die Medien und dabei vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk für die Medienwelt der Zukunft und die veränderte Zusammensetzung des Publikums aufgestellt sind und wie sie ihrem Auftrag, zur Integration und zum Zusammenhalt in der Gesellschaft beizutragen, gerecht

werden. Im Rahmen des Nationalen Integrationsplans haben sich ARD und ZDF verpflichtet, in ihren Programmen den Themen Migration, Integration und kulturelle Vielfalt ein größeres Gewicht zu geben. In mehreren Workshops und bei einer Podiumsdiskussion wird auch nach innovativen Formaten und Ideen für die plurale Welt der Medien in einer vielfältigen, bunten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts gefragt.

- *Programm: [www.agah-hessen.de](http://www.agah-hessen.de), Anmeldung per Fax: 069-8008718-412*

# 100 Euro mehr plus 3,5 %

## Forderungen für die Beschäftigten der Kommunen

Am 10. und 11. Februar 2014 entschieden GEW und ver.di, mit welcher Forderung sie die diesjährige Tarifrunde bei Bund und Kommunen bestreiten wollen. Der Beschluss lautet: 100 Euro als Sockelbetrag für alle Entgeltgruppen mehr plus zusätzlich eine lineare Erhöhung der Entgelte um 3,5%. Ein Sockelbetrag konnte zum letzten Mal in der kommunalen Tarifrunde 2008 vereinbart werden. Das Ergebnis damals: 50 Euro mehr plus 3,1%. Sockelbeträge sollen gewährleisten, dass die niedrigeren Entgeltgruppen bei der Tabellenwerterhöhung relativ besser bedacht werden als bei einer Anhebung um eine bestimmte Prozentzahl. Schließlich werden Lebensmittel und Kleidungsstücke auch von Jahr zu Jahr für alle gleich teurer. Aus diesem Grund wird ein Sockelbetrag häufig auch als „soziale Komponente“ bezeichnet.

Für eine Kita-Leiterin in der S13, Stufe 4 würde die vollständige Umsetzung der Forderung einen monatlichen Gehaltszuwachs von rund 223 Euro bedeuten, für einen Erzieher in Stufe 2 der Entgeltgruppe S6 wären es 189 Euro. Darüber hinaus wollen

die Gewerkschaften einen Urlaubsanspruch von 30 Tagen auch für die Jüngeren durchsetzen.

In einer ersten Reaktion wies die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) die Forderung der Gewerkschaften zurück. Es gebe „keinen Nachholbedarf“, weil die Entgelte seit 2008 um über 19% gestiegen seien. Letzteres ist zwar nur leicht übertrieben, die VKA verschweigt aber vor allem, dass der von den Gewerkschaften ins Feld geführte Nachholbedarf in den Krisenjahren vor 2008 entstanden ist. Zwischen Anfang 2000 und Ende 2007 wuchsen die Tabellenbeträge um lediglich 9%, während die Preise im selben Zeitraum um über 14% zunahmen. Diese nachhaltigen Realeinkommensverluste in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts konnten bisher noch nicht kompensiert werden.

Bundesinnenminister *de Maizière* (CDU) hält die Forderung für „maßlos überzogen“. Dieselbe Bundesregierung will die Diäten für die Bundestagsabgeordneten gerade um gut 10% erhöhen. Angesichts der im Durchschnitt knapp 7-prozentigen Tarifforderung der Ge-



werkschaften kann man das als „Doppelmoral“ bezeichnen!

Die Verhandlungen beginnen am 13. März 2014 in Potsdam. Sollten an diesem Tag die Arbeitgeber kein verhandlungsfähiges Angebot vorlegen, werden die Gewerkschaften zu Warnstreiks aufrufen. Das haben GEW und ver.di bereits angekündigt. Es liegt dann am Engagement der betroffenen Kolleginnen und Kollegen dafür zu sorgen, dass in der möglicherweise letzten Verhandlungsrunde am 31. März und 1. April 2014 in Potsdam ein gutes Tarifergebnis erzielt wird.

GEW-Mitglieder finden alle aktuellen Informationen unter [www.gew.de](http://www.gew.de) oder mit Informationen über regionale Aktionen unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de).

Rüdiger Bröhling

## Wer wählt, gewinnt!

Egal ob ein Arbeitgeber Rationalisierungsmaßnahmen mit Entlassungen durchführen, die Tätigkeitsbereiche der Beschäftigten ändern oder ein flexibles Arbeitszeitmodell einführen möchte, immer ist ein starker Betriebsrat gefragt, der seine Mitbestimmungsrechte im Interesse der Beschäftigten wahrnimmt. Die Mitbestimmungs- und Informationsrechte des Betriebsrats betreffen zum Beispiel die Betriebsordnung, den Beginn und das Ende der Arbeitszeit, die vorübergehende Verkürzung oder Verlängerung der Arbeitszeit, den Arbeitsschutz oder die Aufstellung von allgemeinen Urlaubsgrundsätzen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Be-

## Betriebsratswahlen vom 1. März bis zum 31. Mai 2014

etriebsrat rechtzeitig und umfassend über den gegenwärtigen und künftigen Personalbedarf zu informieren. In Unternehmen mit mehr als zwanzig wahlberechtigten Arbeitnehmern hat der Arbeitgeber den Betriebsrat vor jeder Einstellung, Eingruppierung, Umgruppierung und Versetzung zu unterrichten und ihm die entsprechenden Unterlagen vorzulegen. In bestimmten Fällen kann der Betriebsrat seine Zustimmung zu diesen personellen Einzelmaßnahmen verweigern.

Trotz der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes von 2001 ist es nicht ganz einfach, einen Betriebsrat zu wählen. Die GEW unterstützt und berät ihre Mitglieder – auch bei der erst-

maligen Wahl von Betriebsräten und bei der Beachtung der vielen Formvorschriften.

Aber auch die GEW-Mitglieder und interessierten Kolleginnen und Kollegen, deren Betriebsrat jetzt zwischen dem 1. März und dem 31. Mai 2014 neu gewählt werden muss, sollten sich bei der GEW melden, damit wir ihnen Material und Informationen zum Betriebsverfassungsgesetz und zu den bevorstehenden Wahlen zusenden können! Eine kurze E-Mail genügt:

- **Frankfurt und Südhessen:**  
[info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de), Tel. 069-9712930
- **Mittel- und Nordhessen:**  
[hans-georg.klindt@gew-nordhessen.de](mailto:hans-georg.klindt@gew-nordhessen.de),  
mobil: 0160-8939829



# Heute für morgen Zeichen setzen!

## Der Weg der Erzieherin zum Lebensberuf

„Heute für morgen Zeichen setzen!“ ist das Motto des Internationalen Frauentags. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzen sich für gute Arbeit, gutes Geld und gute Lebensbedingungen ein. Aus der Geschichte der Frauenerwerbsarbeit lässt sich viel für die aktuellen Auseinandersetzungen lernen. Die Geschichte der Erzieherinnen ist so eine Geschichte der Frauenerwerbsarbeit in Deutschland. Im Osten geht sie etwas anders als im Westen. Und sie hat zwei Seiten, die der Fachkräfte in den Kitas und die der Mütter, die eine Betreuung für ihre Kinder benötigen. Viel hat sich in den letzten Jahrzehnten getan. Aber zu Ende erzählt ist diese Geschichte noch nicht.

Im Osten etablierte sich schon früh das Leitbild der erwerbstätigen Mutter. Doch im Westen sollten „Kindergarten-

Tanten“ in den 1950er und 1960er Jahren dafür sorgen, dass die Mütter sich am Vormittag ungestört dem Haushalt widmen konnten. Zum Mittagessen saßen die Kleinen wieder am heimischen Esstisch. Doch das Ideal der Hausfrauenehe regierte nicht überall. Eine große Gruppe von Frauen, deren Männer nicht die gesamte Familie ernähren konnten, ließ die Kinder in der Obhut der Oma, wenn sie einer zumeist ungelernen Arbeit nachgingen. Oder sie leisteten „Mutti-Schichten“ in der Fabrik, die es ihnen erlaubten, Erwerbsarbeit und Familie unter einen Hut zu bringen – auf Kosten von eigener Zeit und Gesundheit.

Im Westen wurden die Kinder in kirchlichen Kindergärten von Nonnen, Diakonissen oder jungen Frauen betreut. Erstere wurden mit einem

„Vergelt's Gott“ entlohnt. Letztere sollten sich auf ihre Zukunft als Mutter vorbereiten. Sie mussten „mit Kindern spielen“ können. Dieses „Qualifikationsprofil“ gab es auch im Osten. Über Geld, Arbeitsbedingungen oder pädagogische Kompetenzen wurde nicht viel geredet.

### Vom Halbtagskindergarten ...

An dieser Situation änderte sich auch nichts, als dem Wirtschaftswunderland Westdeutschland die Arbeiter ausgingen. Die fand man unter den jungen Männern in Italien, Griechenland, Spanien und später der Türkei. An der traditionellen Einverdiener-Ehe wurde nicht gerüttelt und damit auch nicht am Status der Kindergarten-Tante.

Der bröckelte erst, als in den 1970er Jahren Mädchen und junge Frauen immer höhere Bildungsabschlüsse erlangten. Viele ergriffen die pädagogischen Berufe, auf denen die „Bildungsexpansion“ beruhte. Diese Entwicklung erfasste auch die Kindertagesstätten. Zwar blieb die Aufwertung der Kita zur Bildungseinrichtung verwehrt. Doch erstmals wurde anerkannt, dass es einer fundierten Ausbildung bedarf, um mit kleinen Kindern zu arbeiten. Aus der Kindergarten-Tante wurde die Erzieherin. Ausgebildet wurden die Erzieherinnen nun an Fachschulen, mancherorts allerdings um den Preis eines Schulgelds. Das vermittelte die Botschaft der Ausbildung als Privatvergnügen, die in der Gesellschaft nicht wirklich benötigt wird. Eine duale Ausbildung mit Vergütung blieb den Erzieherinnen verwehrt.

### ... zur Ganztagsbetreuung

Mit der Bildungsexpansion begann ein jahrzehntelanger zäher Kampf um die öffentliche Ganztagsbetreuung. Dabei wandelte sich das Leitbild der geforderten Qualifikation: von einer vermeintlich natürlichen weiblichen Fähigkeit zu pädagogischer Kompetenz. Allerdings dauerte es bis zum Anfang dieses Jahrhunderts, bevor ein bedarfsdeckendes öffentliches Angebot zum Regierungsprogramm erhoben wurde.





Nun mauserte sich der Beruf auch im Westen zum Lebensberuf. Im Osten waren Erzieherinnen jenseits der 40 längst gang und gäbe. Trotz dieser Unterschiede ist der historische Ballast, der sich auch in anderen Berufen zeigt, in West und Ost gleich. Bei Tätigkeiten, die als traditionell weiblich markiert sind, bleibt die Verberuflichung prekär. Alles, was einen Beruf ausmacht, wird geringgeschätzt: Weil es um Tätigkeiten geht, die Frauen besonders gut ausüben – begründet mit ihrem „Wesen“, ihrer „Natur“ oder ihrer Sozialisation –, ist keine besondere Ausbildung notwendig. Wegen der mangelnden Ausbildung ist das Entgelt niedrig. Und weil „Spielen mit Kindern“ gar kein richtiger Beruf ist, ist die Qualität der Arbeitsbedingungen zu vernachlässigen.

Dass sich an dieser diskriminierenden Sicht in jüngerer Zeit etwas ändert, liegt daran, dass Kitas mehr und mehr als Bildungseinrichtungen gesehen werden. Und es liegt am akuten Fachkräftemangel, der die öffentliche Kinderbetreuung in doppelter Hinsicht betrifft. Eigentlich müssten öffentliche Angebote schnell und massiv qualitativ und quantitativ ausgebaut werden, um den vielen Müttern kleiner Kinder die Möglichkeit zu geben, in ihrem Beruf zu arbeiten oder ihre Arbeitszeit aufzustocken. Doch schlechte Bezahlung, die Gesundheit gefährdende Arbeits-

bedingungen und fehlende pädagogische Freiräume produzieren wiederum einen Fachkräftemangel bei den Erzieherinnen, der den zügigen Ausbau ausbremst.

Das liegt an der fehlenden Bereitschaft, Geld in die Hand zu nehmen. Öffentliche, kirchliche und freie Träger verweigern (derzeit noch) eine höhere Eingruppierung. Zeiten für Vor- und Nachbereitung, Dokumentation und Elterngespräche werden kaum bei der Arbeitszeit berücksichtigt. Selbst bei Kita-Neubauten wird am passiven Lärmschutz und an Sozialräumen mit ergonomischem Mobiliar gespart. Offensichtlich spukt die „Kindergarten-Tante“ noch immer in den Köpfen der politisch Verantwortlichen herum.

### **Kita als „freiwillige Leistung“**

Gern wird an dieser Stelle auf leere öffentliche Kassen verwiesen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Solange den Kitas der Status als vollwertige Bildungseinrichtung versagt bleibt, kann ein Großteil pädagogisch sinnvoller Investitionen als „freiwillige Leistung“ abgetan werden und fällt bei Bedarf dem Rotstift zum Opfer. Solange Bund, Länder, Kommunen und Träger den Schwarzen Peter zwischen sich hin und her schieben, wird sich an der Misere nichts ändern.

Erzieherin als Lebensberuf heißt, von der eigenen Arbeit leben zu können – auch mit Kind. Es heißt, gesund zu bleiben und berufliche Perspektiven zu haben. Und es heißt, im Alter von der Rente leben zu können. Anders als langjährig Versicherte mit lupenreiner traditionell männlicher Erwerbsbiografie wird kaum eine Erzieherin von der Rente mit 63 nach 45 Erwerbsjahren profitieren können. Doch die Notwendigkeit flexibler und vorzeitiger Übergänge in die Rente bemisst sich nicht nach Versicherungsjahren. Gesundheit und Leistungsfähigkeit, die maßgeblich dafür sind, bis zu welchem Alter ein Mensch im Beruf bleiben kann, hängen nicht nur von Arbeitsbedingungen ab, sondern von allen Lebensbedingungen. Der Drahtseilakt zwischen Beruf, Kindererziehung und der Pflege naher Angehöriger wiegt dabei mindestens so schwer wie körperlich oder psychisch belastende Arbeit. Bis sich bei allen politisch Verantwortlichen die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Arbeit und Leben mehr ist als ein unbefristeter Vollzeitjob, wird noch einige Zeit vergehen. Unsere Aufgabe ist es, sie daran zu erinnern – nicht nur am Internationalen Frauentag, sondern jeden Tag.

**Frauke Gützkow**

Leiterin des Arbeitsbereichs Frauenpolitik im GEW-Hauptvorstand

**8. März 2014**  
Internationaler Frauentag

## Aus dem Aufruf des DGB



Das politische Krisenmanagement aus Spardiktaten, Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen hat in vielen europäischen Ländern zu einer wirtschaftlichen Tal-fahrt geführt. Was mit ungezügelter Finanzmarktspekulationen begann, hat sich zu einer sozialen Krise ausgeweitet und gefährdet die Grundlagen der Demokratie. Sozialstandards wurden gesenkt, Arbeitnehmerrechte abgebaut. Die Schere zwischen Arm und Reich reißt immer weiter auf. Diese Politik geht besonders zu Lasten der Frauen: Sie mindert ihre Chancen am Arbeitsmarkt, kappt notwendige öffentliche Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und kürzt insbesondere Bildungs- und Sozialausgaben. Frauen werden in überholte Rollenbilder gedrängt, dies führt zurück zu einer überwunden geglaubten Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern.

Die europäische Sparpolitik ist kein Zukunftskonzept – weder für die Wirtschaft noch für die öffentlichen Haushalte. Und sie verhindert, wofür die Europäische Union von Beginn an steht: Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern, die zu den Grundwerten der Europäischen Union gehört, seit 1957 der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit in den Römischen Verträgen verankert wurde. Gleichstellung ist nicht nur eine Frage der sozialen und der wirtschaftlichen Verantwortung, sie ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit!

Am Internationalen Frauentag 2014 setzen die Gewerkschaften dafür ein Zeichen:

- Wir unterstützen das Ziel der Europäischen Union, die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen zu fördern: Frauen müssen die gleichen Chancen am Arbeits-

markt haben wie Männer, sie müssen ihren Lebensunterhalt eigenständig durch eine Existenz sichernde Beschäftigung bestreiten können!

- Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern durch verbindliche und wirksame europäische Regelungen vorantreiben: bei der Durchsetzung von gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, bei der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, durch mehr Frauen in Führungspositionen oder durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dafür hat Europa unverzichtbare Impulse geliefert, die wir auch in Zukunft brauchen!

- Wir werben für ein politisch vereintes, demokratisches, wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa, das auch seine gleichstellungspolitischen Ziele umsetzt. (...)



# Ob das wohl gut geht?

## Wenn Dachdecker wie Lehrer ausgebildet würden ...

Stellen Sie sich vor, ein Dachdecker geht nach drei Jahren theoretischer Ausbildung in der Dachdeckeruni zum ersten Mal nach dem Abschluss seiner Gesellenprüfung auf ein Dach, um dort seine Arbeit zu verrichten. Er müsste eigentlich jetzt fit sein dafür, denn die Dachdeckerinnung hat sich genau überlegt, welche Inhalte er zuvor lernen musste, damit er dann endlich allein ein Dach betreten kann.

Er weiß alles über Dachkonstruktionen, er kennt sämtliche Dachziegelarten, er hat alles in schlaun Büchern gelernt, über die Dachlattung und darüber, welche Neigungen ein Dach haben kann. Er weiß auch, wie man die Verbindungen auf einem Walmdach, einem Flachdach oder einem Satteldach schaffen muss. Und, und, und ...

„Sehr gut auf seinen Beruf vorbereitet“, meint die Dachdeckerinnung. Aber jetzt ist er zum ersten Mal auf dem Dach. „Bin ich denn überhaupt schwindelfrei?“, schießt es ihm durch den Kopf. „Schaffe ich es, mich in dieser luftigen Höhe sicher zu bewegen? Was ist, wenn mir die Ziegel aus der Hand gleiten? Was ist, wenn ich vom Dach abstürze?“ Aber schnell erinnert er sich an das, was er in der Dachdeckeruni gelernt hat. Aber hilft ihm das jetzt? Er kann zwar Berechnungen durchführen, aber er hat es nicht gelernt, wie man einen Fuß vor den anderen setzen muss, wie man sich in schwindelerregenden Höhen bewegt. Trotzdem will er es versuchen. Er hat sich doch so darauf gefreut, endlich das zu tun, was er immer machen wollte! Er hat Mut! Er traut es sich zu! Er will sich auf das Abenteuer einlassen!

Doch da hört er hinter sich die Stimme seines Praxisausbilders, der ihn in den nächsten Monaten unterstützen, begleiten und anleiten soll: „Vorsichtig, du bist noch nicht so weit, das traue ich dir noch nicht zu, das ist der falsche Beginn. Ich zeige dir, wie es geht, du musst es nur nachmachen. Am besten seilen wir dich an.“

Schon kommt ein anderer Ausbilder, der für das Verlegen der Ziegel zuständig ist. „Nimm die Ziegel in die Hand, ich will mal sehen, ob du sie überhaupt richtig tragen kannst!“ Also üben sie das Ziegeltragen nach einem neuen methodischen Ziegeltragekonzept. Er meint nach einiger Zeit, dass es nun schon ganz gut klappe, aber bis zur Prüfung müssten noch neue Lern- und Handlungsfelder eröffnet werden.

Eine Stunde später kommt der Leiter- und Gerüstebausbilder. Er hilft beim Erlernen des Hochkletterns und zeigt dabei eine Technik, wie man die Leiter am besten hochkommt. „Komisch“, denkt der frisch gebackene Dachdecker-Geselle, „als Kind bin ich so oft Leitern hochgeklettert. Aber ich mache das eigentlich ganz anders und komme so viel sicherer und schneller hoch.“ Aber was soll's, wenn es der Ausbilder so verlangt, dann muss ich eben seine Technik erlernen. Auch wenn es langsamer geht und schwerer fällt. Aber die Bestimmungen des Dachdeckerhandwerks verlangen es so. Schließlich will ich ja auch die Praxisprüfung schaffen, die dann nach 21 Monaten auf mich zu kommt. Und wenn ich dann die Füße falsch auf die Leiter setze, war auch die Dachdeckeruni umsonst!

Aber in der Zwischenzeit muss der frisch gebackene Dachdecker-Geselle noch einiges lernen, um dann irgendwann einmal ganz allein ein Dach decken zu können. Er versucht, alle gut gemeinten Hinweise seiner Ausbilder aufzunehmen. Er besucht die unterschiedlichen Baustellen und gibt sein Bestes. Vieles fängt er an, vieles probiert er aus, viele Ausbildungshinweise nimmt er auf und lernt all auch seine Tätigkeiten kritisch zu reflektieren und zu evaluieren. Traurig macht ihn, dass er nichts zu Ende bringen kann

und dass er, ganz gleich wie sehr er sich auch bemüht, immer wieder neue Ausbildungshinweise bekommt, die ihm zeigen, was er noch besser machen kann. Er kann es schon nicht mehr hören, wenn wieder einer der Ausbilder von „neuen Lernfeldern“ spricht. Er hatte sich doch so gefreut, endlich auf das Dach zu steigen, seine Arbeit zu verrichten und sich dann von unten anzusehen, wie schön das Dach geworden ist!

All die Hinweise, die Korrekturen und Methoden verwirren ihn immer mehr. Jeder scheint etwas anderes zu wollen. Auch der Mut hat ihn verlassen, einfach mal etwas zu wagen, etwas zu probieren. Er hat doch schon so vieles gekonnt, und jetzt? Jetzt weiß er gar nicht mehr, was er kann. Er versucht es allen recht zu machen und macht doch alles verkehrt. Was folgt sind noch mehr Ausbildungshinweise, schließlich soll er die Prüfung schaffen. Die macht ihm immer mehr Angst, denn da soll er allein aufs Dach. Ob das wohl gut geht? Hoffentlich stürzt er nicht ab!

So in etwa könnte die Dachdecker-ausbildung aussehen, wenn sich die Dachdeckerinnung an dem Konzept der Lehrerausbildung orientieren würde. Zum Glück macht sie es nicht so! Dachdecker nehmen ihre Lehrlinge schon im ersten Ausbildungsjahr mit aufs Dach und trauen ihnen etwas zu!

Warum traut man den jungen Menschen, die Lehrer werden wollen, das nicht zu? Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer, die Mut haben, die etwas probieren wollen, die sich engagieren, die kreativ sind. Keine, die wir zu Angsthasen ausbilden, die sich - und dann auch ihren Schülern - nichts zutrauen, die bei jedem Schritt danach fragen müssen, was andere darüber denken, und es denen recht machen wollen. Auch wenn sie auf ihre eigene Weise die Leiter viel geschickter und schneller hochklettern könnten ...

**Dieter Vaupel**

Dieter Vaupel ist Schulleiter an der Dreiburgen-Schule in Felsberg, einer Kooperativen Gesamtschule, und seit 40 Jahren Mitglied in der GEW. Hinweise auf weitere Publikationen: [www.dieter.vaupel.jimdo.de](http://www.dieter.vaupel.jimdo.de)

## hr-Newsletter wissen<sup>2</sup>

Der Newsletter *wissen<sup>2</sup>* des Hessischen Rundfunks informiert wöchentlich über die aktuellen Bildungsangebote in Hörfunk, Fernsehen und Online, über Medienprojekte und Fortbildungen für den Schulbereich. Der Newsletter kann über die Webseite [www.wissen.hr-online.de](http://www.wissen.hr-online.de) abonniert werden.

# Erzwungene Mehrarbeit

## Die Arbeitszeit an Studienseminaren



*Die folgende kritische Würdigung des Arbeitszeitsystems der Ausbilderinnen und Ausbilder soll keinesfalls die Arbeitszeitbelastung von Lehrkräften an Schulen relativieren: Ich halte die Wochenstundenzahl aller unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer in Hessen für viel zu hoch!*

Seit der Modularisierung der hessischen Lehrkräfteausbildung 2005 haben sich der Status und die Arbeitszeit von Ausbilderinnen und Ausbildern dramatisch verändert. Sie werden nicht mehr als Lehrkräfte, sondern als hessische Landesbeamte mit 42 Wochenstunden Arbeitszeit geführt.

Die Arbeitszeitverpflichtung der Ausbilderinnen und Ausbilder wird unter Anrechnung eines sechswöchigen Urlaubs (nicht der Ferien!) und einer eventuellen Altersermäßigung auf eine Soll-Jahresarbeitszeit in Stunden hochgerechnet. In meinem Fall sind dies beispielsweise 877 Zeitstunden im aktuellen Halbjahr. Zusätzlich legt das Hessische Kultusministerium (HKM) einseitig fest, dass jedem Seminar für die gesetzlich festgeschriebenen Module, Veranstaltungen, Prüfungen und Unterrichtsbesuche 4,9 Zeitstunden pro Lehrkraft im Vorbereitungsdienst (LiV) zugewiesen werden. Diese Stunden kommen für jedes Studienseminar in einen Topf und werden von der Seminarleitung verteilt: Für jede Tätigkeit erhalten nun die Ausbilderinnen und Ausbilder aus diesem Seminarstundentopf eine Gutschrift auf ihre Soll-Halbjahresarbeitszeit, also z. B. wird die Staatsprüfung einer LiV mit 12 Zeitstunden Arbeit angerechnet. Ein Faktor von 0,05 Stunden wird als Krankheitsreserve einem Pool zugewiesen. Auch dieser Faktor ist für langfristige Erkrankungen unzureichend. Zugleich entsteht gegenwärtig ein weiteres Arbeitszeitproblem: Seit dem 1.11.2011 sinkt die Zahl der im Kapazitätsplan des HKM für berufliche Schulen ausgewiesenen LiV-Stellen erheblich, sodass sich die zugewiesenen Stunden für den Seminarpool vermindern und Seminare plötzlich personell überbesetzt sind!

Wenn die Summe meiner Tätigkeiten im Halbjahr nicht die 877 Stunden Sollarbeitszeit erreicht, muss ich zusätzliche Unterrichtsstunden an der Schule erbringen, weil ja keine anrechenbare Ausbildungsarbeit am Studienseminar mehr zur Verteilung ansteht. Gegenwärtig bin ich mit acht oder neun Unterrichtsstunden pro Woche an die Schule abgeordnet. Bei zwei freizuhaltenden Seminartagen (Mittwoch und Donnerstag) und zwei Unterrichtstagen



in der Woche bedeutet dies, dass 32 Unterrichtsbesuche und 4 Staatsprüfungen im laufenden Halbjahr an möglichst einem festen Wochentag durchzuführen sind, was eigentlich kaum möglich ist.

Arbeitswissenschaftlich ist dies eigentlich ein System der Vorgabezeiten, das aus der Akkordarbeit im gewerblich-industriellen Bereich bekannt ist. Dort werden die Vorgabezeiten allerdings unter Einbeziehung von Arbeitswissenschaftlern und Betriebsräten ermittelt, während sie für das Land Hessen nach Gutsherrenart einseitig vorgegeben werden. Andere Tätigkeiten wie Fortbildung oder Studium der Fachli-

teratur kommen gar nicht zur Anrechnung. Meine persönlichen Zeiterfassungen liegen um das Fünffache über dem von der Seminarleitung hierfür gewährten Wert. Unberücksichtigt bleibt auch, dass sich Vorgabezeiten immer dann verbieten, wenn sich die Durchführung einer Tätigkeit nicht durch die Leistung des Arbeitnehmers beeinflussen lässt, was bei den Tätigkeiten von Ausbilderinnen und Ausbildern durchweg der Fall ist.

Das größte Problem liegt gegenwärtig darin, dass der HKM-Zuweisungsfaktor von 4,9 Stunden pro LiV nicht ausreicht, um die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben auskömmlich mit Zeit abzugelten. Damit bleibt den Seminarleitungen nichts anderes übrig, als alle Ausbildertätigkeiten zu gering mit Zeit „zu bezahlen“. Und weil sich keine Ausbilderin und kein Ausbilder aufschreibt, wie lange sie oder er für eine Tätigkeit wirklich braucht, wird der Zustand meist nur allgemein als eine hohe Arbeitsbelastung von den Betroffenen beklagt.

Dafür will ich ein Beispiel geben: An einem Montagabend bittet mich der stellvertretende Seminarleiter, für einen erkrankten Kollegen eine Staatsprüfung (= 12 Zeitstunden Anrechnung) am Ende der Woche zu übernehmen. Da ich während dieser Woche bereits viele Termine hatte, konnte ich mir die einzelnen Tätigkeiten und ihre zeitliche Dauer in den Nachtstunden gut aufschreiben. Ergebnis: Für diese Staatsprüfung, deren Vorbereitung und Ablauf weitgehend festliegen, habe ich 18 Stunden Arbeitszeit gegenüber der Seminarleitung ausführlich und schriftlich belegt. Dies hat allerdings die Gutschrift über nur 12 Stunden auf meinem Arbeitszeitkonto nicht verändert. Auch mein Ansinnen, solche Vertretungen als Fremdprüfer künftig ablehnen zu wollen, wurde mit dem Verweis auf meine Dienstpflichten abgelehnt. So wird aus der geregelten Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten ein Zwang zu unentgeltlicher Mehrarbeit.

**Robert Elbe**, Fachleiter am Studienseminar für berufliche Schulen in Frankfurt

# Operation Düstere Zukunft II

## Schwarz-grün kürzt bei Einkommen und Stellen

Eine gute Bildungspolitik und eine vernünftige staatliche Personalpolitik kosten Geld. Auf die Folgen einer – auch noch in der Verfassung verankerten – „Schuldenbremse“ haben die DGB-Gewerkschaften 2011 deutlich hingewiesen. Die Schulden und staatlichen Defizite der letzten Jahrzehnte sind keinesfalls Ergebnis einer hemmungslosen Ausgabenpolitik, sondern vielmehr auf einen massiven Einbruch bei den Steuereinnahmen in Folge konjunktureller Schwankungen zurückzuführen, vor allem aber auf die Politik der Senkung der Steuern für große Unternehmen sowie auf Vermögen und hohe Einkommen. Diese Politik belastete den Landeshaushalt 2013 mit insgesamt 1,3 Milliarden Euro. Das entspricht exakt der Nettoneuverschuldung von ebenfalls 1,3 Milliarden Euro. Die CDU/FDP-Regierung begründete die hessische „Schuldenbremse“ stets mit der Notwendigkeit von Sparmaßnahmen: Diese Therapie ist falsch, da sie Arbeitsplätze vernichtet, Arbeitsbedingungen verschlechtert und die eigentliche Ursache des strukturellen Defizits in Hessen ignoriert.

### Bekanntnis zur Schuldenbremse

Die neue schwarz-grüne Koalition bekennt sich ausdrücklich zur Schuldenbremse und zur Fortsetzung des bereits zuvor beschrittenen „Abbaupfades“. Für eine bedarfsgerechte und fortschrittliche Sozial- und Bildungspolitik, aber auch für einen wertschätzenden und fürsorglichen Umgang mit den Landesbediensteten verheißt dies nichts Gutes. Mit dem Ziel einer „deutlichen Kostenreduzierung“ bei gleichbleibender Qualität bekennt sich die neue Landesregierung zur alten märchenhaften Wunschvorstellung modernen Qualitätsmanagements, dass man beim Personal schier endlos Geld einsparen könnte, ohne dafür Qualitätseinbußen in Kauf nehmen zu müssen. Den Preis müssen die Landesbediensteten bezahlen: durch weitere Arbeitsverdichtung zulasten von

Gesundheit und Lebensqualität und durch Reallohnverluste auf Grund mehr oder weniger versteckter Gehaltskürzungen.

Die zaghafte Ankündigung, auch die Einnahmeseite zu verbessern, bleibt weit hinter dem Steuerprogramm der GRÜNEN zurück. Explizit wird nur die Anhebung der Grunderwerbsteuer um einen Prozentpunkt erwähnt. Ob den Absichtserklärungen zur besseren Bekämpfung von Steuerkriminalität und Steuerhinterziehung Taten folgen, bleibt abzuwarten. Die alte schwarz-gelbe Landesregierung hatte es vorgezogen, gewissenhafte Steuerfahnder mit Hilfe psychologischer Gefälligkeitsgutachten für dienstunfähig erklären zu lassen. Die Ankündigung, die Normenkontrollklage zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs weiterzuverfolgen, dient nur dazu, von der überfälligen Debatte über mehr Steuergerechtigkeit abzulenken.

### Weniger Geld „für die besten Köpfe“

Laut Koalitionsvertrag wünscht sich die schwarz-grüne Landesregierung „für die besten Köpfe in Hessen“ einen leistungsstarken, attraktiven öffentlichen Dienst. Gleichzeitig verlangt sie von den Landesbediensteten und dabei insbesondere von den Beamtinnen und Beamten einen „dauerhaften Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes“. Dazu sollen folgende Maßnahmen beitragen:

- **Abbau von jährlich ca. 350 Stellen bzw. 1.800 Stellen im Lauf der Wahlperiode im Landesdienst:** Der schulische Teil des Bildungssystems soll dabei zunächst ausgenommen bleiben, dafür dürfte es den Polizeidienst und die Landesverwaltung umso härter treffen. Allerdings steht auch der Erhalt der Lehrerstellen unter Finanzierungsvorbehalt, wenn die selbst gesetzten Sparziele nicht erreicht werden sollten.
- **Kürzung der Realeinkommen der Beamtinnen und Beamten:** Nach einer Nullrunde für die Zeit vom 1. Januar 2015 bis zum 30. Juni 2016 soll die Besoldung jährlich nur noch um 1 Prozent steigen. Diese Erhöhung reduziert sich auf 0,8 Prozent pro Jahr, weil CDU und Grüne auch die Versorgungsrücklage in Höhe von 0,2 Prozent erhalten wollen. Bei einer Preissteigerungsrate von jährlich 2 Prozent, so die „Zielinflationsrate“ der Europäischen Zentralbank, bedeutet dies einen Realeinkommensverlust von gut 7 Prozent zwischen Anfang 2015 und Ende 2019 – eine dreiste Provokation der neuen Landesregierung.

Mit diesen Vorgaben beruft sich Schwarz-Grün in Hessen auf das rot-grüne Vorgehen in Rheinland-Pfalz, das auf den breiten Widerstand der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des DGB stößt, und toppt das Vorbild noch durch eine in Rheinland-Pfalz nicht vorgesehene Nullrunde. Wenn die Tarif- und Besoldungsrunde 2015 in Hessen auf der Tagesordnung steht, ist auch bei uns mit massiven Protesten zu rechnen. Das erste Strategieggespräch der DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hat bereits stattgefunden. Auch auf juristischem Wege hat sich schon etwas getan. Nach dem von der GEW in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten von *Professor Dr. Battis* zur amtsangemes-

### In dieser Ausgabe der HLZ ...

... finden Sie wesentliche Aussagen des Koalitionsvertrags von CDU und GRÜNEN zur Haushaltspolitik, zur Zukunft des öffentlichen Dienstes, zur Schul- und Bildungspolitik im Wortlaut (HLZ S.19-22). Außerdem veröffentlichen wir Einschätzungen der Kolleginnen und Kollegen aus den Fachgruppen und Referaten der GEW Hessen zu folgenden Themen:

- Haushaltspolitik und öffentlicher Dienst (Seite 12)
- Schulpolitik (Seite 14)
- Inklusion und sonderpädagogische Förderung (Seite 19)
- Schulzeitverkürzung: Die Zukunft von G8 (Seite 18)
- Berufliche Bildung (Seite 16)
- Lehrerbildung (Seite 16)
- Weiterbildung (Seite 17)
- Mitbestimmung im öffentlichen Dienst (Seite 17)
- Hochschulpolitik (Seite 23)
- HessKiföG und frühkindliche Bildung (Seite 25)

senen Besoldung am Beispiel von Berlin und Rheinland-Pfalz sind Sonderopfer von Beamtinnen und Beamten zur Haushaltskonsolidierung verfassungswidrig, insbesondere wenn sie über mehrere Jahre hinweg geplant werden und mit realen Einkommens Kürzungen verbunden sind.

Die schwarz-grüne Landesregierung knüpft damit unmittelbar an die Politik der Regierung Koch und deren „Operation Düstere Zukunft“ im Jahr 2003 an: Zuerst wurde die Beamtenbesoldung von den Tarifabschlüssen abgekoppelt. Dann legte die Regierung Koch mit dem Argument der „Gerechtigkeit“ die Axt an die Tarifautonomie, indem sie die für die Beamtinnen und Beamten per Gesetz verordneten Verschlechterungen auf die Tarifbeschäftigten übertrug. Dazu beschloss die Regierung Koch den Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL). Und nur so wird ein Schuh daraus, dass der schwarz-grüne Koalitionsvertrag keine Rückkehr in die TdL vorsieht, obwohl hier ein nicht finanzwirksames Wahlversprechen der Rückkehr leicht einlösbar war. Nicht in die TdL zurückzukehren, macht nur einen Sinn, wenn man an der – gescheiterten – Tarifpolitik nach Gutsherrenart anknüpfen will: Erst werden die Besoldungserhöhungen für Beamte auf ein Prozent gedeckelt und dann erklärt man den Angestellten in den hessischen Tarifverhandlungen, dass man ihnen „leider aus Gründen der Gerechtigkeit“ auch nicht mehr bezahlen kann.

Weitere Verschlechterungen betreffen die **Beamtenversorgung** und die **hessische Beihilfeverordnung**. Hier ist noch nicht einzuschätzen, ob es um mehr geht als die Streichung der Einzelzimmer und der Chefarztbehandlung in Krankenhäusern. Beim letzten erfolgreich verhinderten Kürzungsversuch 2011 ging es um 22 bis 30 Millionen jährlich.

### Arbeitszeitverkürzung erst 2017?

Auf dem Hintergrund dieser Absichtserklärungen muss man kaum noch erwähnen, dass die bundesweit höchste Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte keinesfalls wieder zurückgefahren werden soll. Die Ankündigung einer Absenkung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden im Jahr 2017 (!) steht

### DGB: Provokation der Beschäftigten

Das Vorhaben von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, zur Einhaltung der **Schuldenbremse** jährlich 350 Stellen im **Landesdienst streichen** zu wollen, ist nicht hinnehmbar. Die Beamtenbesoldung im Jahr 2015 gar nicht und ab 2016 nur noch um ein Prozent anzuheben, stößt auf den entschiedenen Widerspruch der Gewerkschaften. Ebenso wenig gutheißen können wir, dass das Land Hessen nicht in die **Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)** zurückkehrt und damit weiterhin einen Sonderweg beschreitet. Dies ist Politik nach Gutsherrenart. Die Absenkung der 42-Stunden auf eine 41-Stunden-Woche ist eine Mogelpackung, da es keinen Personalausgleich gibt.

Statt weiterer Kürzungen fordern wir die Rückkehr des Landes Hessen in die TdL, eine Garantieerklärung für die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Anpassung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten an die tarifvertraglich festgelegte regelmäßige Arbeitszeit von höchstens 40 Stunden pro Woche. (DGB-Stellungnahme vom 19.12.2013)



unter Finanzierungsvorbehalt. Ob sie sich auf die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte auswirken wird, ist keineswegs sicher.

Um dem selbst gestellten Anspruch attraktiver Arbeitsbedingungen doch noch irgendwie gerecht zu werden, will die neue Landesregierung eine „familienbewusste Personalpolitik“ implementieren und die Möglichkeiten zur Freistellung bei der Pflege von Angehörigen oder zum Wechsel in Teilzeitbeschäftigung verbessern. Die geplante Verbesserung des „Gesundheitsmanagements“ der Landesbediensteten hinterlässt einen eher zynischen Beigeschmack, wenn gleichzeitig die Gesundheitsrisiken durch die weitere Verdichtung der Arbeit erhöht werden.

Für den Schulbereich findet man keine Festlegungen zum **Abbau befristeter Arbeitsverträge** (HLZ S.33). Das Kapitel Hochschulen vermag dagegen zu überraschen. Hier teilt die neue Landesregierung die Analyse der GEW, dass der Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse „in den letzten Jahren ein Maß erreicht hat, das Handlungsbedarf entstehen lässt.“ In den Bereichen, in denen Daueraufgaben anfallen, sollen auch Dauerarbeitsplätze geschaffen werden (HLZ S.23f.).

**Unser Fazit:** Die wenigen im Koalitionsvertrag angedachten Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des hessischen Landesdienstes erweisen sich als eher kosmetischer Natur und können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Landesbeschäftigten von der neuen Landesregierung vor allem als Verfügungsmasse zur Kostensenkung angesehen werden. Ob wir uns dies gefallen lassen wollen, liegt an uns.

Peter Zeichner und Rüdiger Bröhling

Referat Tarif und Besoldung im GEW-Landesvorstand

# Kein Wille zur Veränderung

## Die schulpolitischen Ziele der schwarz-grünen Koalition

CDU und GRÜNE versprechen, dass die Zahl der Lehrerstellen erhalten bleiben soll – sicher auch ein Erfolg der frühen Proteste der GEW schon während der Koalitionsverhandlungen, als entsprechende Kürzungsabsichten bekannt wurden.

### Lehrerstellen

Die 105-prozentige Lehrerversorgung ist zu begrüßen. Allerdings wurde diese bisher nur rechnerisch erreicht, an den wenigsten Schulen real. Außerdem wurden dafür wichtige Sonderzuweisungen und Anrechnungsstunden gestrichen und in unterrichtswirksame Stunden umgewandelt. Die Arbeit, für die die Freistellungen gewährt wurden, blieb. Für einen „echten“ fünfprozentigen Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung, wie er von den GRÜNEN versprochen wurde, werden weitere zusätzliche Lehrerstellen benötigt. Ob diese aus freierwerdenden Stellen aufgrund zurückgehender Schülerzahlen erwirtschaftet werden können, ist fraglich – auch wegen der großen regionalen Unterschiede. Außerdem steht der Erhalt der Lehrerstellen unter Haushaltsvorbehalt und damit beim nächsten Konjunkturbruch wieder zur Disposition.

### Sozialindex

Die schwarz-grüne Koalition will die im Schuljahr 2013/2014 eingeführte „Lehrerzuweisung nach Sozialindex“ von 300 auf 600 Stellen ausweiten. Die Einführung führte allerdings nicht dazu, dass die Brennpunktschulen im notwendigen Umfang unterstützt wurden, weil ein nicht unerheblicher Anteil der bisherigen Förderstunden auf den Sozialindex angerechnet und damit gestrichen wurde. Viele Stunden landeten auch an Gymnasien, obwohl diese nicht dafür bekannt sind, ihre Türen für Schülerinnen und Schüler aus sozial prekären Verhältnissen besonders weit zu öffnen. Die GEW erneuert ihre Forderung, mindestens 2.000 Stellen für schulische Brennpunkte zu schaffen und das Berechnungsverfahren zu überarbeiten. Insbesondere muss die Anrechnung der Förderstunden für Deutsch als Zweitsprache entfallen.

### Gegliedertes Schulwesen

Die schwarz-grüne Bestandsgarantie für alle Schulformen wird einen „Schulfrieden“ in Hessen verhindern (HLZ-Kommentar auf Seite 3). Dass Integrierte Gesamtschulen in allen Jahrgangsstufen „ausschließlich binnendifferenzierte“ Klassen einrichten können und deren Schülerzahl auf 25 begrenzt werden soll, ist zu begrüßen, doch ist die Absenkung der Klassenhöchstgrenzen ein Gebot für alle Schulformen. Ein erster Schritt zur angekündigten gleichberechtigten Förderung der „Schulen, in denen länger gemeinsam gelernt wird“, wäre die Möglichkeit, Schulen des gegliederten Systems zu Integrierten Gesamtschulen (IGS) weiterzuentwickeln. Die Einrichtung abschlussbezogener Klassen an einer IGS steht dem Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens diametral entgegen. Abschlussbezogene Förderschulklassen oder Sonderklassen nach dem SchuB-Modell unterminieren die IGS.

### Bildungspolitische Zusammenarbeit

Die Koalition will die Hürden für Eltern, Kinder und Lehrkräfte bei einem Umzug innerhalb Deutschlands abbauen. Dazu sollen „bundesweit einheitliche Abiturstandards“ entwickelt und die „Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen“ erhöht werden. Menschen wechseln jedoch nicht erst nach Abschluss der Schule das Bundesland. Der einzige Weg, hier tatsächlich weiterzukommen, wäre eine Vereinheitlichung der Schulstrukturen in Deutschland, verbunden mit inhaltlicher Abstimmung von Fächerkanon und Curriculum. Aber schon im Bundesland Hessen gibt es erhebliche Probleme, wenn Schüler die Schulen wechseln: Im Bereich der Sekundarstufe finden sich nebeneinander Förderstufen, Hauptschulen, Mittelstufenschulen, SchuB-Klassen, Realschulen, kooperative und integrierte Gesamtschulen, G8- und G9-Gymnasien sowie verschiedene Typen von Förderschulen. Selbst Schulen der gleichen Schulform unterscheiden sich zum Teil erheblich in Fächerinhalten, Fächerkanon, Prüfungsterminen und Notengebung.

### Ausbau des flexiblen Schulanfangs

Die schwarz-grüne Koalition will „mindestens 100 zusätzlichen Grundschulen (...) ermöglichen, den flexiblen Schulanfang umzusetzen“. Ein funktionierender „Flex“ ist ohne zusätzliche Ressourcen nicht möglich. Nach Rücknahme der besseren Bedingungen zu Zeiten des Modellversuchs ist der flexible Schulanfang an einigen Standorten zu einem Sparmodell zu Lasten der Schüler, der Lehrkräfte und – soweit vorhanden – der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen verkommen. Der BLK-Modellversuch hat – so eine Stellungnahme der GEW von 2004 – gezeigt, dass „eine personelle Doppelbesetzung mit grundschul- und sozialpädagogischen Kompetenzen“ unverzichtbar ist.

### Pakt für den Nachmittag

Der „Pakt für den Nachmittag“ soll allen Eltern, „die dies für ihre Grundschul Kinder wollen oder für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen“, ein „verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr“ garantieren. Die Betreuung in der Zeit von 14.30 bis 17 Uhr sollen die finanziell ausgebluteten Kommunen stemmen, auch Elternbeiträge sind möglich. Eine ernsthafte Absicht, die Ganztagsbetreuung flächendeckend auszubauen, ist dies nicht. Unklar ist, woher die zusätzlichen Ressourcen für die Grundschulen kommen sollen. Droht eine erneute Ausweitung der ohnedies zu hohen Arbeitszeit der Grundschulkollegien? Die GEW lehnt dieses unausgelegene Modell ab und wird Wege finden, gemeinsam mit den betroffenen Lehrkräften die Ausdehnung der Arbeitszeit ohne Anrechnung und Ausgleich zu verhindern. Die GEW hält an ihren Forderungen zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen in allen Schulstufen fest.

## Kontakt mit der Berufswelt

Die Koalition will „in den allgemeinbildenden Schulen den Bezug zur beruflichen Praxis verstärken und Schülerinnen und Schülern die Berufsorientierung erleichtern“. Da fragt man sich nur, wie das geschehen soll. Allein durch die Ausdehnung der Praktika wird man nicht viel erreichen. Heranwachsende müssen rechtzeitig so gefördert werden, dass sie im Anschluss an die allgemeinbildende Schule im Betrieb oder im Studium eine sinnvolle Berufs- und Lebensperspektive finden können. Es geht um die gesamte Bildungsbiographie des einzelnen Jugendlichen, um Persönlichkeitsentwicklung und Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebensbedingungen. Die Einschränkung einer breiten Allgemeinbildung zugunsten der Vermittlung begrenzter handwerklicher Fähigkeiten und der Dauereinsatz in Betriebspraktika ist eine Vergeudung von Begabungsreserven. Die Schüler brauchen die gesamte Palette des naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts sowie die Fächer im kreativen Bereich wie Musik und Kunst und nicht – wie in den SchuB-Klassen oder den „Lerngruppen mit erhöhtem Praxisbezug“ an der Mittelstufenschule – die Reduzierung des Unterrichts um ein Drittel zu Lasten dieser Fächer.

Die Alternative ist das längere, gemeinsame Lernen bis zur 10. Klasse, natürlich mit frühzeitigen Kontakten in Form von Schnuppertagen oder Betriebsbesichtigungen, mit Informationen über die Arbeitswelt aber auch mit der kritischen Auseinandersetzung mit Arbeit, Wirtschaft und Konsum in allen Fächern, insbesondere im Fach Arbeitslehre, mit gut betreuten, überschaubaren Betriebspraktika und einer vertieften Berufsorientierung in den Abschlussklassen.

## Kein Schüler ohne Abschluss

Mit der Zielsetzung, „möglichst keinen Schüler ohne Abschluss zurückzulassen“, formuliert die Koalition einen hohen Anspruch. Doch zu der Frage, wie man das erreichen will, ist den Koalitionären nichts eingefallen außer der Fortsetzung von SchuB (Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb) und der Ausweitung von Förderangeboten „nach dem Vorbild der Osterferiencamps“. Tatsächlich benötigen wir eine grundsätzliche Neustrukturierung der Berufsorientierung und der Unterstützungssysteme an den allgemeinbildenden Schulen, d.h. eine engere Verzahnung mit den beruflichen Schulen, gezielte Unterstützung und Förderung aller Schüler in den Abgangsklassen, eine verbesserte Kooperation der beteiligten Jugendhilfekräfte mit den Lehrkräften, der Agentur für Arbeit und den sonstigen in diesem Feld Tätigen.

## Selbstständige Schule

Schon vor der Wahl waren sich CDU und GRÜNE beim Thema Selbstständige Schule einig. Sie wollen die bisherige Politik fortsetzen und „durch Best-Practice-Beispiele und Anregungen von bereits umgewandelten Schulen“ weiterentwickeln. Die GEW erinnert erneut an den Bericht der vom Kultusministerium 2008 eingesetzten Projektgruppe „Eigenverantwortliche Schule“, dass es „keinen Nachweis für einen Zusammenhang zwischen erhöhter Eigenverantwortlichkeit der Schulen und einer Steigerung der pädagogischen Qualität von Unterricht gibt“. Die Personalkostenbudgetierung fördert prekäre Beschäftigung. Die Stärkung der Schullei-



tungen widerspricht den Vorstellungen der GEW von einer demokratischen Schule. Von daher wird dieses Modell nach wie vor abgelehnt.

## Schulverwaltung modernisieren

Grüne Handschrift trägt die Absichtserklärung der Koalitionäre, „in Pilotprojekten eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von staatlichen und kommunalen Schulämtern mit dem Ziel der Dienstleistung aus einer Hand“ zu erproben. Es gehört zu den eher humoristischen Elementen der Koalitionsvereinbarung, dass man sich bei der „stärkeren Zusammenführung der Budgets von Land und Kommunen“ ausgerechnet auf das gerade abgewickelte und gescheiterte Pilotprojekt „Schule gemeinsam verbessern“ in der Kreisen Groß-Gerau und Main-Taunus beruft. Die GEW lehnt eine stärkere Kommunalisierung der Schulen ab. Bei den „Kommunalen Bildungslandschaften“ geht es keineswegs um eine Verbesserung der Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler, sondern um eine Diversifizierung von Schule und Lebenswelt, „die mittelfristig auf eine Deregulierung der schulischen Bildung selbst, aber auch auf eine Lockerung von Sicherheits- und Arbeitsstandards sowie auf eine Zersplitterung von Beschäftigungsverhältnissen und somit auf Deprofessionalisierung und Prekarisierung abzielt“ (HLZ 9-10/2013). In Schweden werden die schlechteren PISA-Ergebnisse der im letzten Jahrzehnt massiv vorangetriebenen Kommunalisierung zugeschrieben (HLZ 12/2013).

Christoph Baumann, Referat Schule im GEW-Landesvorstand

---

## Berufliche Bildung: Vage Absichtserklärungen

---

Der von CDU und GRÜNEN an mehreren Stellen formulierte Anspruch, das „Übergangssystem“ zu reformieren und allen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen, entspricht einer jahrelangen Forderung der GEW. Wenn dies jedoch bedeutet, dass lediglich Schulformen in den Berufsbildenden Schulen abgeschafft oder unattraktiv gemacht werden, ist dies abzulehnen.

Gleichmaßen begrüßt die GEW die Ankündigung, eine geförderte, möglichst praxisnahe vollqualifizierende Berufsausbildung für junge Menschen zu schaffen, die im dualen System nicht unterkommen. Auch hier fehlen Aussagen über die Rahmenbedingungen und darüber, was mit „vollqualifizierender Berufsausbildung“ gemeint ist.

Erstmals sieht eine hessische Koalition, Produktionsschulen „als einen Baustein zur Aktivierung bzw. Nachqualifizierung junger Menschen“. Dies eröffnet neue Perspektiven, um eine uralte Forderung der GEW zu realisieren. Die Errichtung von Produktionsschulen muss rechtlich im Schulgesetz abgesichert und bedarfsgerecht finanziert werden.

Während Schub-Maßnahmen offensichtlich ausgebaut werden sollen, bleibt unklar, was aus EIBE und den Jugendlichen wird, die die allgemeinbildende Schule ohne Ausbildungsperspektive verlassen.

Dass Fachlehrerinnen und Fachlehrern für Arbeitslehre (gemeint ist wohl für arbeitstechnische Fächer) eine Weiterqualifizierung ermöglicht werden soll, ist ein Erfolg un-

serer jahrelangen gewerkschaftlichen Aktivitäten für diese Beschäftigtengruppe. Jetzt geht es darum, die Umsetzung anzumahnen und durchzusetzen.

Die GEW vermisst Aussagen zur Installation einer kontinuierlichen Berufseinstiegsbegleitung, die in vielen Bundesländern bereits umgesetzt wurde und nach dem Vertrag der Großen Koalition auf Bundesebene ausgebaut werden soll.

Fazit: Es gibt einige begrüßenswerte, aber zum Teil vage Absichtserklärungen. Es wird jedoch auch hierbei darauf ankommen, kontinuierlich und nachdrücklich die Umsetzungen einzufordern und kritisch zu begleiten. Dazu bedarf es einer starken GEW und hoher Wachsamkeit.

Die Kritik der GEW an der Selbstständigen Schule betrifft auch die Selbstständigen Beruflichen Schulen (HLZ S.15). CDU und GRÜNE wollen den schwarz-gelben Prozess wie begonnen weiterführen, ohne die bisherigen Erfahrungen auszuwerten und Korrekturen an offensichtlichen Fehlentwicklungen vorzunehmen. Auch im Bereich der Weiterbildung fordert die GEW Hessen für den Hessencampus eine Evaluation, die diesen Namen verdient.

Kopferbrechen bewirkt die Aussage, man wolle „die Mittel und Zuständigkeiten für die Förderung des Übergangs von Schule zu Beruf in einem Ministerium bündeln“. Damit kann nur das Kultusministerium gemeint sein, alles andere wäre entschieden zu bekämpfen.

Ralf Becker, Landesfachgruppe Berufliche Bildung

---

## Lehrerbildung: Hoffnung ohne Ressourcen

---

Erfreulich ist, dass im Koalitionsvertrag die Bedeutung der Lehrerbildung als „Schlüssel für gute Schulen“ hervorgehoben und der Reformbedarf bei Aus-, Fort- und Weiterbildung anerkannt wird. Dass die Ausbildung von Lehrkräften insbesondere für die Arbeit in Ganztagschulen und für die Umsetzung der Inklusion verstärkt werden soll, entspricht den Forderungen des GEW-Landesvorstands vom 25. Mai 2013 (1).

### Staatsexamen und Referendariat

Das Regierungsprogramm von CDU und Grünen sieht vor, dass Staatsexamen und Referendariat beibehalten werden. Angesichts der unterschiedlichen Aufgaben von Lehramtsstudium und Referendariat, der erst in Ansätzen funktionierenden Kooperation zwischen Universitäten, Schulen und Studienseminaren und der Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Lehrerausbildung wird eine einphasige Lehrerausbildung in den nächsten fünf Jahren keine Chance auf Realisierung haben. Daher wird das Referendariat weiterhin die Aufgabe haben, „reflektierte Praktikerinnen und Praktiker“ auszubilden. Aus Sicht der GEW muss die modularisierte Struktur des Referendariats mit ihrer ständigen Benotung abgeschafft werden. Sie ist dem Prozesscharakter der Ausbildung abträglich, wie nicht zuletzt *Helen Timperley* klar machte.

### Lehramtsstudium

Die GEW unterstützt die im Koalitionsvertrag versprochene „Einführung eignungsdiagnostischer Feststellungsverfahren zum Zweck einer freiwilligen Selbstüberprüfung der Studien- und Berufswahl“. Solche Verfahren freiwilliger Selbstüberprüfung werden derzeit schon an hessischen Universitäten praktiziert und sind weiterzuentwickeln (HLZ 1-2/2014).

Die Koalition will an der Einführung eines Praxissemesters festhalten, dessen „konzeptionelle und organisatorische Grundlagen noch vor Start des Praxissemesters zum Wintersemester 2015/2016 überarbeitet und optimiert werden“ sollen. Die GEW hält ein Praxissemester zwischen dem zweiten und vierten Semester des Lehramtsstudiums, das Schwarz-Gelb 2013 gegen den Widerstand aller Experten durchgesetzt hatte, für unsinnig. In der Anhörung vor dem Kulturpolitischen Ausschuss im März 2013 hat die GEW diese Ablehnung umfassend begründet (1).

Auch ein von der GEW nicht grundsätzlich abgelehntes Vertiefungspraktikum in der zweiten Hälfte des Studiums wäre ohne ein überzeugendes curriculares und organisatorisches Konzept und ohne zusätzliche Stellen an den Universitäten zum Scheitern verurteilt. Mentorinnen und Mentoren sowie Ausbilderinnen und Ausbilder müssen Anrechnungsstunden bekommen. Ein durch die „Schuldenbremse“ zum



„Sparmodell“ verkommenes Praxissemester lehnt die GEW ab. Unter diesen Bedingungen plädiert sie für die Beibehaltung und qualitative Weiterentwicklung der bisher im Hessischen Lehrerbildungsgesetz festgelegten Praktika und schulpraktischen Studien.

## Fort- und Weiterbildungsangebote

Die GEW begrüßt, dass Fort- und Weiterbildungsangebote ausgebaut und deren Qualität optimiert werden soll. Allerdings reicht es nicht aus, nur einige Angebote zu erweitern. Die Fortbildung muss wieder einen anderen Stellenwert und neue Möglichkeiten bekommen. Insbesondere sollten mehr längere Fortbildungen, die nachhaltig angelegt sind, möglich sein. Sie können nicht zusätzlich zur Unterrichtszeit stattfinden und erfordern auch strukturelle Reformen. Dazu hat die GEW Konzepte skizziert. Die Ideen von *Professor Messner*, *Professorin Bosse* und *Dr. Edelhoff* geben aus Sicht der GEW wichtige Anregungen zur Struktur künftiger Lehrerfortbildung (1).

Nicht explizit geht der Koalitionsvertrag auf die Berufseingangsphase ein, an der derzeit im Landesschulamt gearbeitet wird. Die GEW fordert ein Unterstützungsangebot in dieser für die Entwicklung von Lehrerprofessionalität entscheidenden Phase sowie Anrechnungstunden.

Die massiven Sparmaßnahmen in der Lehrerausbildung seit 2011 zeigen, dass die Qualität der Lehrerbildung von einer ausreichenden Ressourcenzuweisung abhängt. Konzepte können noch so gut sein, scheitern aber, wenn keine Zeit, keine Mittel und keine Unterstützung zur Verfügung gestellt werden, um diese umzusetzen.

Wer Lehrerbildung als „Schlüssel für gute Schulen“ begreift, muss die Ressourcen in der Aus- und Fortbildung erhöhen. Unabdingbar sind Anrechnungstunden für Mentorinnen und Mentoren und eine Rücknahme der für die Ausbildung hinderlichen hohen Anrechnung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst auf die Lehrerruhestellung der Ausbildungsschulen.

**Franziska Conrad und Heike Lühmann**

Referat Aus- und Fortbildung in GEW-Landesvorstand

(1) Alle Beschlüsse und Dokumente als Download: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Meine Gewerkschaft > Themen > Aus- und Fortbildung

## Weiterbildung: Ideenlos

Zum Thema „Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen“ ist den Koalitionären offensichtlich nicht viel eingefallen, außer dass beides wichtig und förderungswürdig ist. Die GEW begrüßt die einzige konkrete Zusage, dass für die Alphabetisierung zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Was mit den Hessencampus-Initiativen werden soll, bleibt weitgehend unklar. Ihre Rolle „in der regionalen Bildungskoordination, -information und -beratung“ soll gestärkt werden. Was mit „Anreizen zur verstärkten Nutzung von Fort- und Weiterbildungsangeboten“ gemeint ist und welche Anreize dies sein sollen, bleibt ebenfalls unklar. Schade, wir hätten gern mehr kommentiert...

H.G. Klindt, Referat Weiterbildung und Bildungsmarkt

# Personalratsrechte: Fehlanzeige

Der Wahlkampfslogan der Grünen, Hessen schalte jetzt in den „Mitsprache-Modus“, blieb in Bezug auf die Beteiligungsrechte der Personalräte genauso folgenlos wie die Wasserstandsmeldungen während der schwarz-grünen Verhandlungen. Allgemeine Ankündigungen zur Partizipation kommen in der Öffentlichkeit in der Regel gut an – Konsequenzen für den Koalitionsvertrag hatten sie nicht. Stattdessen Fehlanzeige: keine Absichtserklärung zur Anpassung der Rechte der Personalräte an neue Verwaltungsnotwendigkeiten, keine Rücknahme früherer Verschlechterungen, von einer zukunftsweisenden Novellierung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) ganz zu schweigen.

Erwähnung findet das HPVG nur an einer einzigen Stelle (!) und zwar im Kapitel „Öffentlich-rechtlicher Rundfunk“. Hier wollen CDU und Grüne prüfen, „inwieweit die Rechte der sogenannten festen freien Mitarbeiter des Hessischen Rundfunks im HPVG gestärkt werden können“. Und das war es dann. Politisch gewollt – und trotzdem in der Arroganz gegenüber der Personalvertretung armselig! Man regiert halt ganz gut, wenn die Beteiligungsrechte der Personalräte dermaßen beschnitten bleiben.

Stattdessen Ausweichmanöver: Ausgerechnet im Abschnitt „Schulverwaltung modernisieren“ des Kapitels „Schule“ findet man im schwarz-grünen Koalitionsvertrag Aussagen zur „Mitbestimmung und Mitwirkung der Schulgemeinde“. Man wolle „die „demokratische Verfasstheit der

Schule stärken“, „die ehrenamtliche Arbeit von Eltern- und Schülervertretungen unterstützen und in einen Dialog über die Mitbestimmungs- bzw. Mitwirkungsrechte von Eltern sowie von Schülerinnen und Schülern eintreten“. Also auch für Eltern und Schülerinnen und Schüler nichts Konkretes. Die Arbeit der Vertretung der Lehrkräfte ist nicht mal eine Erwähnung wert.

Noch vor der Wahl versprochen die Grünen, die Verschlechterungen des HPVG zurückzunehmen, weil „Interessenvertretungen, Mitbestimmung, Personalvertretungen und Gewerkschaften als Bereicherung“ anzusehen sind (HLZ 9-10/2013). Das bedeutet für die kommenden Jahre, dass die Personalräte auf allen Ebenen – gerade auf dem politisch gewollten Weg zu größerer Eigenständigkeit von Schulen – weiter auf der Grundlage eines rückständigen und unzureichenden Gesetzes arbeiten müssen.

Das Landesschulamt soll wieder aufgelöst, die Staatlichen Schulämter wieder dem Kultusministerium direkt zugeordnet werden. Wie sich die neue Struktur der Schulverwaltung zukünftig darstellen wird, bleibt abzuwarten.

**Angela Scheffels**

Referat Mitbestimmung im GEW-Landesvorstand



## G8? G9? Der Fetisch „Wahlfreiheit“

Im Koalitionsvertrag wird die Absicht bekundet, die „Wahlfreiheit“ zwischen G8 und G9 weiter zu stärken. Die neue Regierung bleibt damit der schwarz-gelben Weigerung treu, der weiteren Zersplitterung der hessischen Schullandschaft durch notwendige schulpolitische Regulierungen entgegenzuwirken. Auch der in diesem Schuljahr begonnene Modellversuch für das parallele Angebot von G8 und G9 an einer Schule soll weitergeführt werden. Erste Erfahrungen mit diesem Modellversuch wurden nicht ausgewertet, eine Sichtung möglicher schulorganisatorischer Probleme, die sich erst im Laufe der jährlichen Zunahme von G9-Jahrgängen ergeben werden, ist nicht vorgesehen.

Dem Druck von GEW und Elterninitiativen, die bestehenden 5. und 6. Klassen bei der Rückkehr zu G9 miteinzubeziehen, musste die Regierung nachgeben. Allerdings soll dies nur unter der erschwerenden Bedingung möglich sein, dass bei einer anonymisierten Befragung ein einstimmiges Votum erzielt wird. Schon vor etwa einem Jahr wurde der Kriterienkatalog für ein schulisches Konzept zur Rückkehr zu G9

so lange zurückgehalten, dass die Schulen in zeitliche Bedrängnis kommen mussten. Im laufenden Schuljahr wurden ausschließlich die G8-Gymnasien mit einer zusätzlichen Ressource von landesweit 46,5 Stellen bedacht, um „schulspezifische Lern- und Übungszeitkonzepte“ weiter zu entwickeln. Eine Entwicklung derartiger Konzepte an G9-Gymnasien scheint nicht vorgesehen. Nach derzeitigem Stand werden im Schuljahr 2014/15 von 107 Gymnasien 61 zu G9 zurückgekehrt sein, nur 31 bei G8 bleiben und 15 ein Parallelangebot anbieten. Es ist damit zu rechnen, dass weitere rückkehrwillige Schulen noch hinzukommen. Führt man sich die erwähnten, vom Ministerium aufgestellten Hürden vor Augen, so muss konstatiert werden, dass das schwarz-grüne Festhalten am Fetisch der „Wahlfreiheit“ durch die schulische Praxis überholt wird. G8 ist ein Auslaufmodell, der von der Koalition vielbeschworene Elternwille dagegen eindeutig: Die flächendeckende Wiedereinführung von G9 ist überfällig. Stefan Edelmann, GEW-Landesfachgruppe Gymnasien

## Inklusion und Förderschulen

Die Vereinbarungen im Absatz „Inklusion und Förderschulen“ lassen weder die von den GRÜNEN versprochene Abschaffung des rechtswidrigen Ressourcenvorbehalts erkennen, noch wird hier ein zeitliches oder inhaltliches Konzept zur Umwandlung des gegliederten in ein inklusives Schulsystem erkennbar, das der UN-Konvention entspreche. CDU und GRÜNE erkennen zwar an, dass die Voraussetzungen für inklusive Beschulung verbesserungswürdig sind, doch die konkreten Absichten bleiben im Dunkeln. Im Wahlkampf noch hatten die GRÜNEN eine Rückkehr zu den Standards des Gemeinsamen Unterrichts propagiert. Integration und Inklusion, Kernthemen grüner Parteigeschichte, sind jetzt Teil des Kapitels „Chancen bieten – Stärken und Schwächen erkennen“. CDU und GRÜNE wollen an der „Wahlfreiheit“ zwischen

Förder- und Regelschulen festhalten und erreichen, dass am Ende der Legislaturperiode „insbesondere im Grundschulbereich (...) kein Elternwunsch auf inklusive Beschulung mehr abschlägig beschieden werden muss“. Sie verkennen, dass die meisten Eltern, deren Kinder die Regelschule in Richtung Förderschule verlassen, dies nicht tun, weil ihre Anträge abschlägig beschieden werden, sondern weil sie den Eindruck haben, dass ihre Kinder in einem unterfinanzierten Regelschulsystem nicht ausreichend gefördert werden können.

Zur Umsetzung ihrer Ziele setzen CDU und GRÜNE auf weitere „Modellregionen“. Die GEW befürchtet, dass sich hinter diesem wohlklingenden Label lediglich die Absicht verbirgt, keine zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, es sei denn, das Auslaufen von Förderschulen in den Modellregionen führte dazu, dass die „frei“ werdenden Stellen für die inklusive Beschulung an allgemeinen Schulen verwendet würden. In der gern als Vorbild angeführten Modellregion Wiesbaden wurden aber keineswegs die nötigen multiprofessionellen Teams der allgemeinen Schulen ausgebaut, sondern die Beratungs- und Förderzentren (BFZ).

Ausdrücklich begrüßt die GEW, dass „Förderschullehrer bei inklusiver Beschulung wieder fest dem Kollegium der allgemeinen Schule zugeordnet werden“ und „Beratungs- und Förderzentren auch an allgemeinen Schulen verortet werden können“. Als Konsequenz fordert die GEW eine zügige Überarbeitung der Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung, die Rücknahme aller Zwangsversetzungen von Förderschullehrkräften von Regelschulen an ein BFZ und die Prüfung aller von der Vorgängerregierung abgelehnten Anträge auf Einrichtung eines BFZ an einer Regelschule.

Landesfachgruppe Sonderpädagogik mit Uwe Nogga, Juliane Kothe, Katja Plazikowsky und Johannes Batton

### Inklusion am Sankt Nimmerleinstag

*Professor Valentin Merkelbach*, Professor im Ruhestand für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur an der Goethe-Universität, ist einer der fleißigsten Analytiker der Schulentwicklung in den deutschen Bundesländern. Auf seiner Homepage findet man eine der bisher gründlichsten Analysen der schulpolitischen Aussagen im schwarz-grünen Koalitionsvertrag, insbesondere auch zur Schulstrukturfrage. Dass die Koalition ihre spärlichen Aussagen zur Inklusion ausgerechnet mit „Inklusion und Förderschulen“ überschreibt und das hochentwickelte deutsche Förderschulsystem auch noch „weiterentwickeln“ und damit auch zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen will, verschiebe „das ambitionierte Projekt ‚inklusive Bildung‘ auf den Sankt Nimmerleinstag“.

- Schulfrieden in Hessen? [www.valentin-merkelbach.de](http://www.valentin-merkelbach.de)

# Auszüge aus dem Regierungsprogramm

Die folgende Wiedergabe der haushalts- und bildungspolitischen Vereinbarungen der Koalitionspartner ist stark gekürzt. Die Zwischenüberschriften dienen der schnelleren Auffindbarkeit und stimmen nicht immer mit dem Wortlaut überein.

## Landeshaushalt und öffentlicher Dienst

### I. Haushalt ausgleichen – Zukunftsinvestitionen sichern

Wir werden den Kurs der Haushaltskonsolidierung entschlossen verfolgen und spätestens im Jahr 2019 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Wir werden unsere gemeinsamen politischen Ziele für Hessen im Rahmen der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse und des beschriebenen Abbaupfades umsetzen. Folgende Prioritäten stehen nicht unter Finanzierungsvorbehalt: der Pakt für den Nachmittag an Grundschulen, das neue Hessische Sozialbudget, die Sportförderung sowie die 30-Millionen-Euro-Garantie für den Brand- und Katastrophenschutz. Im Übrigen gilt regelmäßig der Grundsatz einer unmittelbaren, vollständigen und dauerhaften Gegenfinanzierung – primär im gleichen Politikbereich. Die Konsolidierung des hessischen Landeshaushaltes erfordert eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die in ihrer Gesamtheit die Einhaltung der Regeln der Schuldenbremse ermöglichen werden. Alle Bereiche des Landeshaushaltes werden dazu einen Beitrag leisten. Wir werden den Anstieg der Personalausgaben begrenzen. Dies geschieht in einer Kombination aus einem Stellenabbau außerhalb des Bereichs der Lehrerstellen um zusätzlich rund 1.800 Stellen und einem Fortwirken des zum 1.7.2014 beschlossenen Besoldungszuwachses von 2,8 Prozent bis zum 30.06.2016. Ab dem 01.07.2016 steigen die Beamtengehälter um 1 Prozent jährlich. Schließlich werden wir die hessischen Standards bei der Gewährung von Beihilfe anpassen. (...)

### III. Landesbedienstete und Personal

- Das Land Hessen hat einen leistungsstarken öffentlichen Dienst. (...) Auf diese Leistungsstärke und Leistungsbereitschaft, engagiert und serviceorientiert im Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten, setzen wir auch zukünftig. CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen Wert auf gute Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. Deshalb wollen wir sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen überprüfen und zurückführen. (...) Uns ist bewusst, dass wir von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere aber auch von den Beamtinnen und Beamten einen dauerhaften Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes verlangen. Deshalb werden wir im Gegenzug die wöchentliche Arbeitszeit im Beamtenbereich im Jahr 2017 auf 41 Stunden absenken. (...)
- Die Pensions- und Versorgungsleistungen nehmen aufgrund der demografischen Veränderungen und des Anstiegs der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu. Das Land Hessen wird daher auch weiterhin die Versorgungsrücklage stärken und damit Vorsorge für die Zukunft treffen. Zu diesem Zweck werden wir die gesetzlichen Rücklagen (...) sowie die Rücklage auf Grundlage des Versorgungsänderungsgesetzes vom 20.12.2001 weiter dotieren. Den Weg anderer Länder, die Zuführung zu beenden oder Mittel aus den Rücklagen zu entnehmen, wird Hessen nicht gehen. Die gesetzlichen Zuführungen werden auf dem Niveau des Jahres 2014 fortgesetzt. Die freiwillige Versorgungsrücklage wird nach dem Vorbild des Jahres 2013 nachschüssig dotiert.



## Schulpolitik

(...) CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden gemeinsam Neues auf den Weg bringen, Bewährtes erhalten und Notwendiges verlässlich absichern. Wir haben uns vorgenommen, unsere Bildungspolitik nicht an Ideologien zu orientieren, sondern die Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt zu stellen – in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit. Wir wollen ihnen differenzierte Bildungsangebote machen, die ihre unterschiedlichen Begabungen, Neigungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal fördern. Der Elternwille ist uns eine maßgebliche Richtschnur. Daher werden wir auch Bildungsformen nicht von oben verordnen und bei der Umsetzung besserer Bildungschancen verschiedene Wege ermöglichen.

### I. Schulfrieden erreichen: Angebot an alle

- (...) Jahrzehntlang wurde in Hessen ein unproduktiver und ideologisch aufgeladener „Schulkampf“ geführt – mit der Folge, dass unser Schulsystem permanent umgekrempelt wurde. Unsere Schulen brauchen das Gegenteil davon: Eine langfristige, verlässliche Grundlage und klare Ziele für ihre Arbeit. Den Weg dahin wollen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der kommenden Legislaturperiode ebnen. Wir werden ihn damit beginnen, dass wir alle an Schule Beteiligten sowie die Fraktionen im Landtag zu einem **Bildungsgipfel** einladen, um mit ihnen eine Vereinbarung über die Schulentwicklung in Hessen für die nächsten zehn Jahre zu erreichen. Uns ist es wichtig, auf diese Weise den Schulen, Schulträgern und Eltern Planungssicherheit zu geben. Wir werden unseren Schulen Verlässlichkeit in der Lehrerausstattung geben und Schulen, die im Landesvergleich unter besonders herausfordernden Bedingungen arbeiten, besonders unterstützen. Wir halten an der 105-prozentigen Lehrerversorgung im Landesschnitt fest. Die infolge des Rückgangs der Schülerzahlen um 6 bis 8 Prozent bis zum Jahr 2019 frei werdenden Lehrerstellen werden wir im Bildungssystem belassen und nutzen, um die nachfolgenden Verbesserungen zu erreichen.



- **Gegliedertes Schulwesen, längeres gemeinsames Lernen:** Die Koalition trägt dem Elternwillen nach einem vielfältigen Schulsystem Rechnung. Wir werden keine Schulform abschaffen, die von den Eltern vor Ort akzeptiert wird. Daher werden wir sowohl Schulen des gegliederten Schulwesens als auch Schulen, in denen länger gemeinsam gelernt wird, verlässlich ausstatten und ihnen pädagogische Weiterentwicklungen ermöglichen. Die integrierten Gesamtschulen können künftig im Rahmen ihrer pädagogischen Konzeption auch vollständig binnendifferenziert (ohne Aufteilung in Kursen) unterrichten. Konkret können sie entscheiden, ob sie den Unterricht ganz oder in einzelnen Jahrgangsstufen vollständig binnendifferenziert, in Kursen oder in abschlussbezogenen Klassen organisieren. Für Klassen, die ausschließlich binnendifferenziert unterrichtet werden, wird die Klassenhöchstgrenze auf 25 Schülerinnen und Schüler gesenkt. (...)
- **Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 garantieren – Elternwillen ernst nehmen:** Neben den kooperativen Gesamtschulen können seit dem Schuljahr 2013/2014 auch die Gymnasien wählen, ob sie in der Mittelstufe G8 oder G9 anbieten wollen. Diese Wahlfreiheit wollen wir weiter stärken. Den begonnenen Schulversuch für das parallele Angebot von G8 und G9 an einer Schule werden wir dergestalt weiterentwickeln, dass auch die Bildung einzelner G8-Klassen an einer Schule erleichtert wird (Turboklassen). (...) Unser Ziel ist, gemeinsam mit den Schulträgern zu einem bedarfsgerechten Angebot an G8 und G9 zu kommen. Durch eine zeitnahe Änderung des Schulgesetzes werden wir für Schulen, die zu G9 zurückkehren, die Möglichkeit schaffen, auch ihre jetzigen 5. und 6. Klassen in diesen Prozess einzubeziehen. An Schulen, die ab Beginn des Schuljahres 2014/15 von G8 zu G9 zurückkehren, wird auch für die jeweils laufenden 5. und 6. Klassen ein Wechsel zu G9 möglich sein. Voraussetzung hierfür ist ein entsprechender Beschluss der Schulkonferenz sowie eine anonymisierte Befragung der Eltern durch das Staatliche Schulamt, ob sie G8 oder G9 für ihr Kind wollen. Bei einem einstimmigen Ergebnis oder bei Erreichen der notwendigen Schülerzahl zur Bildung mindestens einer G8-Klasse ist die Rückkehr möglich. In dieses Verfahren sind auch die laufenden 6. Klassen an Schulen, die mit Beginn des Schuljahres 2013/14 von G8 zu G9 zurückgekehrt sind, einzubeziehen.

## II. Unsere Grundschulen: Auf den Anfang kommt es an

- **Kleine Grundschulen im ländlichen Raum:** Wir wollen gemäß dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“ (...) kleine Grundschulen im ländlichen Raum nach Möglichkeit erhalten. Wir setzen auf die bereits erfolgreich angewendeten Instrumente des jahrgangsübergreifenden Unterrichts und der Verbundlösungen.
- **Ausbau des flexiblen Schulanfangs an Grundschulen:** Wir werden es mindestens 100 zusätzlichen Grundschulen, die dies wünschen, ermöglichen, den flexiblen Schulanfang umzusetzen. Das ist eine Verdoppelung der bisherigen Anzahl. Dabei werden die ersten beiden Jahrgänge zu einer pädagogischen Einheit zusammengefasst, die je nach Entwicklungsstand des Kindes in einem, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden kann. (...) Außerdem werden wir eine Erweiterung der Grundschul-Studenten-Tafel in den Fächern Deutsch und Mathematik prüfen.
- **Pakt für den Nachmittag:** (...) Wir wollen durch eine Ausweitung des Ganztagserschulungsprogramms unsere Schulen dabei unterstützen, im Unterricht und darüber hinaus Kindern vielfältige Lernanregungen zu geben – mit Angeboten, die sie fördern, bereichern und ihr Interesse wecken. (...) Unser „Pakt für den Nachmittag“ will eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschul Kinder gewährleisten. (...) Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir allen Eltern, die dies für ihre Grundschul Kinder wollen oder für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen, ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr machen. Dafür sind wir als Land bereit, alle Grundschulen auf freiwilliger Basis in das Ganztagserschulungsprogramm des Landes aufzunehmen und an fünf Tagen in der Woche bis 14.30 Uhr unseren Beitrag für den „Pakt für den Nachmittag“ zu leisten. Im Gegenzug streben wir an, mit

den Kommunen Vereinbarungen zu schließen, mit denen sie ihrerseits für den Zeitraum von 14.30 Uhr bis 17.00 Uhr und in den Schulferien verlässlich die weiteren Bildungs- und Betreuungsangebote derjenigen Kinder sicherstellen, deren Eltern dies wünschen. (...)

- **Ganztagserschulungsprogramm:** Mit dem Angebot, durch den „Pakt für den Nachmittag“ alle Grundschulen in das Ganztagserschulungsprogramm des Landes aufzunehmen, wird der Ausbau des Ganztagserschulungsprogramms weiter beschleunigt und intensiviert. Nach Möglichkeit wollen wir darüber hinaus auch die Weiterentwicklung vorhandener Ganztagsangebote von Profil 1 zu Profil 2 oder zu Ganztagserschulungen nach Profil 3 fördern. Wir geben aber der Schaffung eines landesweiten Angebots für alle Grundschulen Priorität.

## IV. Jedem eine Berufsausbildung ermöglichen

- **Berufsorientierung:** Die Koalition setzt darauf, in den allgemeinbildenden Schulen den Bezug zur beruflichen Praxis zu verstärken und Schülerinnen und Schülern die Berufsorientierung zu erleichtern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schülerinnen und Schüler schon ab Klasse 7 eine systematische Lebens- und Arbeitsweltberatung erhalten. (...)
- **Reform des „Übergangssystems“:** Trotz erheblicher finanzieller Anstrengungen, zahlreicher guter Reformansätze und dem Engagement vieler Akteure bleiben weiterhin viele Jugendliche ohne Berufsausbildung zurück. Das derzeitige „Übergangssystem“ zwischen Schule und Beruf erweist sich jedoch insgesamt zu oft als wenig zielführende Warteschleife. Wir wollen dies verändern und sehen dabei Kommunen, Land und Wirtschaft in einer gemeinsamen Verantwortung. Unser Ziel ist es, jedem jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen, bevorzugt im bewährten dualen System oder – falls dies nicht gelingt – durch eine geförderte, möglichst praxisnahe vollqualifizierende Berufsausbildung. Auch Produktionsschulen sehen wir als einen Baustein zur Aktivierung bzw. Nachqualifizierung junger Menschen. Wir wollen die Mittel und Zuständigkeiten für die Förderung des Übergangs von Schule zu Beruf in einem Ministerium bündeln.
- **Duale Ausbildung:** (...) Die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland verdanken wir dabei ganz maßgeblich der hervorragenden Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer an den beruflichen Schulen und dem Erfolgsmodell der dualen Ausbildung. Wir werden daher ein regional ausgewogenes Berufsschulangebot in der Fläche fördern. (...)

## V. Chancen bieten: Stärken und Schwächen erkennen

- **Förderung nach Sozialindex:** Die Lehrerzuweisung nach Sozialindex werden wir um 300 Stellen ausweiten und damit verdoppeln. Damit werden Schulen gezielt dabei unterstützt, noch besser auf Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf eingehen zu können. Für einen noch zielgenaueren Einsatz der Sozialindex-Stellen sollen diesbezügliche Absprachen mit den Schulen und Schulträgern getroffen werden. Darüber hinaus soll der Sozialindex geöffnet werden, um Schulen, die dies wünschen, weitere sozialpädagogische Unterstützung zu ermöglichen. (...) Zudem kann auch ein Teil der Lehrerversorgung, die über 100 Prozent hinausgeht, ebenfalls für die Einstellung von Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen verwendet werden (Schulsozialarbeit).
- **Inklusion und Förderschulen:** (...) Bis zum Ende der Legislaturperiode streben wir an, die Voraussetzungen für die inklusive Beschulung insbesondere im Grundschulbereich so weit zu verbessern, dass möglichst kein Elternwunsch auf inklusive Beschulung mehr abschlägig beschieden werden muss. Dort, wo es von den Eltern gewünscht wird, werden wir das Förderschulsystem weiterentwickeln. Die Koalition strebt für diesen Zeitraum ebenfalls an, mit möglichst allen Schulträgern Vereinbarungen nach dem Vorbild der Modellregionen Wiesbaden und Hochtaunus zu schließen. Das bedeutet insbesondere, dass die Ressourcen der Förderschule für Lernhilfe sowie für emotionale und soziale Entwicklung gemäß dem Elternwillen für die inklusive Beschulung



an der allgemeinen Schule und an der Förderschule zur Verfügung gestellt werden. CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Förderschullehrer bei inklusiver Beschulung wieder fest dem Kollegium der allgemeinen Schule zugeordnet werden. So sind auch Doppelbesetzungen möglich. Hierfür ist eine Bündelung der Ressourcen für die inklusive Beschulung an allgemeinen Schulen notwendig.

Für Schülerinnen und Schüler, deren spezifischer Förderbedarf eine Reduzierung der Klassengrößen notwendig macht, können die allgemeinen Schulen auf Antrag des Förderausschusses vom Staatlichen Schulamt eine entsprechende Förderung erhalten. Beratungs- und Förderzentren können auch an allgemeinen Schulen verortet werden oder (...) als Schulen ohne Schülerinnen und Schüler organisiert werden.

- **Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund:** (...) Die Bildungseinrichtungen in Hessen sind herausgefordert, mit der sozialen und kulturellen Vielfalt umzugehen und Bildungschancen für alle zu gewährleisten. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Förderung der Qualifizierung von Lehrkräften im Bereich der interkulturellen Kompetenz und der verstärkte Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationshintergrund. Bei der Gleichstellung von im Ausland erworbenen Qualifikationen für den Lehrerberuf werden wir auf die Einhaltung gleicher Eignungsvoraussetzungen achten. Wir wollen als Land die Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund fördern. Besondere Bedeutung kommt dabei der Intensivierung von Fördermaßnahmen zum Erlernen der deutschen Sprache zu. Studien zeigen, dass auch Kinder aus Familien ohne Migrationshintergrund sprachliche Defizite aufweisen, daher sollen auch diese von den Deutsch-Vorkursen im Vorfeld des Grundschulbesuchs profitieren. (...) Wir halten den Kompetenzerwerb in der Herkunftssprache für wichtig und wollen es Schulen beispielsweise ermöglichen, Herkunftssprachen ihrer Schülerinnen und Schüler als zweite oder dritte Fremdsprache anzubieten. Den islamischen Religionsunterricht wollen wir im Dialog mit den Religionsgemeinschaften bedarfsgerecht ausbauen und die dafür notwendigen Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen schaffen. (...)

#### VI. Lehrerbildung: Schlüssel für gute Schulen

- Lehrerinnen und Lehrer sind mit anspruchsvollen pädagogischen Aufgaben und gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen konfrontiert. (...) Daher hat für CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Lehrerbildung großes Gewicht. (...) Deswegen werden wir die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Hessen reformieren. Dazu gehört auch ein breit angelegter Dialog über die Ausgestaltung des universitären Teils der Lehrerausbildung (1. Phase). Wir halten es für erforderlich, dass pädagogische Entwicklungen, wie beispielsweise der Wandel von der Halbtags- zur Ganztagschule oder die Herausforderungen der Inklusion, stärker in diesem Teil der Lehrerausbildung verankert werden. Das Staatsexamen und das Referendariat in der Lehrerausbildung wollen wir beibehalten. Damit die Wahl des Lehrerberufs auf der Basis einer realistischen Einschätzung der Anforderungen des Lehrerberufes erfolgt, unterstützen wir für Lehramtsstudierende die **Einführung eignungsdiagnostischer Feststellungsverfahren** zum Zweck einer freiwilligen Selbstüberprüfung der Studien- und Berufswahl. Die Koalition bekennt sich grundsätzlich zur **Einführung eines Praxissemesters**, das auf eine Stärkung des Bezugs zur Schulpraxis bei den Studierenden zielt und ihnen ein frühzeitiges Kennenlernen des gesamten Tätigkeitsfeldes Schule unter professioneller Begleitung ermöglicht. Gleichzeitig sollen dessen konzeptionelle und organisatorische Grundlagen noch vor Start des Praxissemesters zum Wintersemester 2015/2016 überarbeitet und optimiert werden.

- Die **Fort- und Weiterbildungsangebote** für Lehrkräfte wollen wir unter verstärkter Einbeziehung von Best-Practice-Modellen ausbauen und deren Qualität optimieren. Schulleitungen werden wir gezielt auf ihre herausfordernden Tätigkeiten vorbereiten und sie dabei unterstützen. Die Landesregierung wird prüfen, inwieweit

hinsichtlich der Mangelfächer an beruflichen Schulen eine Qualifizierung insbesondere der Fachlehrerinnen und Fachlehrer für Arbeitslehre in einem weiteren Fach ermöglicht werden kann.

#### VII. Schulverwaltung modernisieren

- **Schulverwaltung:** (...) Wir wollen die Verzahnung und Bündelung der administrativen Strukturen der drei Phasen der Lehrerbildung, der schulischen Qualitätsentwicklung und der Qualifizierung von Schulleitungs Kräften unter einem Dach. Die Staatlichen Schulämter werden unmittelbar an das Hessische Kultusministerium angegliedert. Diese flexiblere Organisationsform ersetzt das Landesschulamt. Unter Gewährleistung einer unabhängigen Qualitätsentwicklung wollen wir die Ausgestaltung der Schulinspektion überarbeiten und weiterentwickeln. (...)
- **Selbstständige Schule:** (...) Durch Best-Practice-Beispiele und Anregungen von bereits umgewandelten Schulen wollen wir das Konzept der Selbstständigen Schule weiterentwickeln. (...)
- **Mitbestimmung und Mitwirkung der Schulgemeinde:** CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die demokratische Verfasstheit der Schule stärken. Wir werden die ehrenamtliche Arbeit von Eltern- und Schülervertretungen unterstützen und in einen Dialog über die Mitbestimmungs- bzw. Mitwirkungsrechte von Eltern sowie von Schülerinnen und Schülern eintreten. Gerade im Zuge der Entwicklung zur Selbstständigen Schule halten wir auch eine Ausgestaltung der Rolle der Schulkonferenzen und der Gesamtkonferenzen für wichtig, damit die Akteure weiterhin gemeinsam über zentrale Fragen der Schule beraten und entscheiden können. (...)

#### Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen

Die lebensbegleitende Weiterbildung ist ein wichtiger Teil unseres Bildungssystems. Durch den gesellschaftlichen und technologischen Wandel ändern sich die Anforderungen an die Menschen in unserer Gesellschaft in immer kürzeren Intervallen. (...) Neben berufsbezogenen Bildungsbedürfnissen hat die Weiterbildung aber auch anderen wichtigen Bildungsbedürfnissen – z. B. zur Entwicklung gesellschaftlichen Wissens sowie zur sozialen und kulturellen Teilhabe und zur Grundbildung – Rechnung zu tragen. Um die Möglichkeiten der Weiterbildung und des lebensbegleitenden Lernens optimal zu unterstützen, wollen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hessen einen Weiterbildungspakt mit den freien und öffentlichen Trägern schließen. Dieser beinhaltet eine Erhöhung zweckgebundener Mittel für konkrete Weiterbildungsleistungen, insbesondere zur Alphabetisierung von Erwachsenen. Im Rahmen des Hessischen Weiterbildungsgesetzes sollen die Hessencampus-Initiativen durch den weiteren Abschluss regional differenzierter Kooperationsvereinbarungen zwischen Land und Kommunen weiterentwickelt werden. (...)

#### Kinderbetreuung und frühe Bildung

(...) Wir wollen mit dem Hessischen Kinderförderungsgesetz die Förderung aller Kinder in Kindertageseinrichtungen voranbringen. Wir werden deshalb den **Umsetzungsprozess des Kinderförderungsgesetzes** permanent begleiten und durch ein Qualitätsmonitoring bei etwaigen Problemen in der Praxis nachsteuern. Zudem werden wir Mitte 2014 einen „Runden Tisch Kinderbetreuung“ einberufen, um gemeinsam mit den Verbänden und Trägern eine erste Evaluation zur Wirkung des Kinderförderungsgesetzes durchzuführen und über die weitere Entwicklung der Kinderbetreuung in Hessen zu beraten. (...) Wir werden mit verschiedenen Maßnahmen dem **Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung** weiter entgegenwirken und dazu ein Konzept zur Gewinnung von Erzieherinnen und Erziehern erarbeiten. Dazu gehören u. a. die befristete Anhebung der Schulplätze, der Ausbau der Modelle zur dualen Ausbildung, Anreize bei der Hebung der stillen Reserve und die Prüfung einer verstärkten Kooperation mit den Jobcentern.



## Hochschulpolitik

- **Investitionen in die Zukunft:** (...) Wir geben den Hochschulen Sicherheit, indem wir den Hessischen Hochschulpakt über das Jahr 2015 hinaus erneuern. Wir wollen ein verlässliches Grundbudget ermöglichen und werden die „Leistungsorientierte Mittelzuweisung“ (LOMZ) weiterentwickeln, denn sie schafft an den Hochschulen Anreize zu höherer Qualität. (...) Als erstes deutsches Land [werden wir] den Hochschulen im Rahmen der Gespräche zum ab 2016 startenden neuen hessischen Hochschulpakt anbieten, einen Zuschlag zur Grundfinanzierung einzurichten, den wir über die Laufzeit des Paktes mit einem Prozent oberhalb der Inflation, maximal drei Prozent steigern werden. Auf Bundesebene werden wir uns für die Verlängerung des Hochschulpaktes 2020 zwischen dem Bund und den Ländern einsetzen und uns an der Kofinanzierung mit Landesmitteln weiterhin beteiligen. Wir sind uns bewusst, dass die Zahl der Studierenden auch in den kommenden Jahren zunehmen wird und dementsprechend an den Hochschulen zusätzliche Studierende aufgenommen werden müssen. (...) Weitere Bundesmittel, die in den Hochschul- und den Wissenschaftsbereich fließen, sollen nicht an Bedingungen geknüpft werden und dürfen nicht zu einer Verringerung der Landesmittel führen. Diese Mittel sollen vorrangig zur Stärkung des Grundbudgets der Hochschulen verwendet werden. Wir bekennen uns zur Vielfalt der hessischen Hochschullandschaft. Private Hochschulen stellen hierbei eine wichtige Ergänzung des staatlichen Hochschulangebotes dar. Ihre Förderung durch das Land Hessen im Rahmen der staatlichen Finanzhilfe muss nach einfachen, transparenten und objektiven Kriterien erfolgen. (...) Eine privilegierte Förderung einzelner privater Hochschulen soll nicht erfolgen. Auch in der neuen Legislaturperiode werden wir keine Studienbeiträge an hessischen Universitäten und Fachhochschulen erheben. Die Leistungen zur Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen werden fortgeführt. (...)
- **Bauprogramm HEUREKA:** (...) Wir werden zunächst die laufende HEUREKA-Periode moderat um ein Jahr strecken. Im Gegenzug sagen wir den Hochschulen verteilt auf die folgenden fünf Jahre eine weitere Milliarde Euro für den Hochschulbau zu. (...)
- **Fachhochschulen:** Ebenso wie die Universitäten sind auch die Fachhochschulen in Hessen fester Bestandteil der Wissenschaftslandschaft. (...) Das Programm „Forschung für die Praxis“, welches die Forschung an den hessischen Fachhochschulen stärken soll, werden wir daher fortführen. Außerdem werden wir ein eigenständiges Promotionsrecht für forschungsstarke Bereiche hessischer Fachhochschulen etablieren, das im Rahmen hochschulübergreifender Zusammenarbeit verwirklicht werden soll. Das Konzept soll vom Wissenschaftsrat evaluiert werden. Das bislang bestehende kooperative Verfahren bleibt zusätzlich erhalten.
- **Zugang zum Studium:** CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es ein wichtiges Anliegen, die Absolventenquote zu erhöhen. Zwei wesentliche Erfolgsfaktoren dafür sind die Gestaltung des Übergangs von Schule zu Hochschule einerseits sowie die der Studieneingangsphase andererseits. Wir werden auf die hessischen Hochschulen hinwirken, ihre hier schon ergriffenen Maßnahmen zu optimieren bzw. neue Maßnahmen zu entwickeln. Gleiches gilt selbstverständlich auch für die weitere, studienphasenbezogene Begleitung der Studierenden, um einen vorzeitigen Studienabbruch zu verhindern. Darüber hinaus sollen die Hochschulen ihr Lehrangebot so organisieren, dass es den Studierenden grundsätzlich möglich ist, ihr Studium in der Regelstudienzeit abzuschließen. Wir werden ein „Orientierungsstudium“, das ein Semester umfassen soll, als Modellversuch einrichten. (...) Wir werden bei den Hochschulen darauf hinwirken, den gesetzlich geregelten Meister-Zugang tatsächlich zu ermöglichen. Bei allen geeigneten beruflich Qualifizierten sollen etwaige Hürden abgebaut werden. (...)
- **Universitäre Ausbildung für Lehrer:** Um die Qualität in der Lehrerausbildung auch zukünftig zu sichern, werden wir die universitäre Lehrerausbildung evaluieren. Das I. und II. Staatsexamen in der Lehrerausbildung werden wir beibehalten. Wir werden weiterhin eine bedarfsgerechte Ausbildung von Islamlehrern und Islamlehrerinnen durch die hessischen Universitäten ermöglichen. (...)

- **Verantwortung, Beteiligung und Transparenz:** Bei der Weiterentwicklung des hessischen Hochschulrechtes messen wir den Aspekten von gemeinsamer Verantwortung, Beteiligung der Studierendenschaft und mehr Transparenz in Organisations- und Finanzfragen eine zentrale Bedeutung bei. Wir sind uns einig, dass die Gesamtverantwortung der Hochschulorgane (Präsidium, Senat, Hochschulrat)

für die gemeinsame Entwicklung der Hochschule gestärkt werden soll, insbesondere in den Bereichen der Entwicklungsplanung und bei Budgetfragen. Daher soll auch zur Wahl des Hochschulpräsidenten und der Vizepräsidenten eine von Hochschulrat und Senat paritätisch besetzte Findungskommission eingeführt werden, die mit qualifizierter Mehrheit einen Wahlvorschlag unterbreitet; bei den Vizepräsidenten liegt das Vorschlagsrecht beim Präsidenten. Die Funktion der Hochschulräte als wichtige Impulsgeber wollen wir weiterhin erhalten. Die Aufgaben und die Zusammenarbeit der Fachbereichsorgane und deren Zusammenwirken mit dem Präsidium werden wir in die Evaluation einbeziehen. Wir wollen ein Beschwerdesystem für Studierende zu Studienbedingungen als Teil des Qualitätsmanagements der Hochschulen verpflichtend einführen. Außerdem soll das Studierendenparlament vor der Befassung des Senats im angemessenen zeitlichen Rahmen zu Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen (Rahmenordnungen) und zu den Prüfungsordnungen selbst angehört werden. Die Fachschaften werden zeitgleich zu sie betreffenden Prüfungsordnungen angehört.

- **Modernes hessisches Hochschulrecht:** Wir werden das Hessische Hochschulgesetz (HHG) über die derzeitige Geltungsfrist hinaus, längstens bis zum 31. Dezember 2015 verlängern, um im Jahr 2015 eine umfassende Neufassung vorzunehmen. (...) Ein zukunfts- und zielgerichteter Umgang mit den Anforderungen der Bologna-Reform wird (...) wird ein Schwerpunkt der Evaluation im Rahmen der Reform des Hessischen Hochschulgesetzes sein. Dabei sollen teilweise noch bestehende Fehlentwicklungen (wie z. B. hoher Prüfungsdruck, Einschränkungen der Mobilität oder die hohe Straffung des Studiums) angegangen werden. (...)
- **International, familienfreundlich und praxisnah:** Wir werden die „Lissabon-Konvention“ umsetzen, wonach die Hochschulen bei der Frage der Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen den Nachweis wesentlicher Unterschiede erbringen müssen. (...) Die Vereinbarkeit von Familie und Hochschule ist uns dabei ein wichtiges Anliegen. Deshalb werden sich die Hochschulen stärker den Betreuungsanforderungen für Familien und Kinder öffnen müssen. (...) Auch setzen wir uns das Ziel, den Frauenanteil im Wissenschaftsbereich durch die Schaffung von Anreizen über die „Leistungsorientierte Mittelzuweisung“ weiter zu erhöhen. (...)
- **Studentenwerke:** Wir werden den Ausbau des Angebots an studentischem Wohnraum fördern. (...)
- **Wissenschaftlichen Nachwuchs fördern:** Wir wollen für den wissenschaftlichen Nachwuchs planbare und verlässliche Karriere- und Perspektiven schaffen. Befristete Beschäftigungsverhältnisse aufgrund von Qualifizierungsphasen oder zeitlich befristeten Forschungsprojekten liegen in der Natur des Wissenschaftsbetriebs; ihr Anteil – insbesondere über sehr kurze Zeiträume – hat in den letzten Jahren ein Maß erreicht, das Handlungsbedarf entstehen lässt. An erster Stelle ist ein aktives Gegensteuern Aufgabe der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in ihrer Verantwortung als Arbeitgeber. (...) In den Bereichen, in denen Daueraufgaben anfallen, sollen Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Die Befristungsregelungen in diesem Bereich sollen überprüft werden. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs ist dabei die Schaffung einer gesicherten Perspektive entscheidend. (...) Wir wollen die Einführung eines „Tenure-Tracks“ an hessischen Hochschulen fördern, der besonders qualifizierten Nachwuchswissenschaftlern nach einer Erprobungsphase die Möglichkeit einer Lebenszeitprofessur eröffnet. Um für den Wissenschaftsstandort Hessen hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anzuwerben, wollen wir „Dual-career-Strategien“ unterstützen, die bei deren Anwerbung auch berufliche Perspektiven für den Ehe- oder Lebenspartner schaffen.

# Schwarz mit grünen Punkten

## Weniger befristete Arbeitsverträge an hessischen Hochschulen?

Im Wahlkampf waren sich die damaligen Oppositionsparteien SPD und LINKE mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrer Kritik an der Hochschulpolitik der CDU-geführten Landesregierung einig. In ihren Wahlprogrammen präsentierten sie auch in diesem Politikfeld sehr ähnliche Vorstellungen. Doch in Hessen hat, ebenso wie auf Bundesebene, eine aus den Wahlen resultierende rot-rot-grüne Mehrheit nicht zu einer solchen Koalition geführt. Somit stellt sich die Frage, ob der neue grüne Juniorpartner der Hessen-CDU, wenn schon nicht den versprochenen Politikwechsel, zumindest einige erkennbar neue Akzente in der hessischen Hochschulpolitik setzen kann.

### Weniger Geld für mehr Studierende?

Im unmittelbar nach der Landtagswahl beginnenden Wintersemester 2013/2014 hat die Studierendenzahl in Hessen einen neuen Rekord erreicht. Das Hessische Statistische Landesamt zählte 227.600 Studierende und 36.700 Studienanfängerinnen und -anfänger zwischen Kassel und Darmstadt.

Auf einer Diskussionsveranstaltung der Universität Gießen ließ der (damalige) hochschulpolitische Sprecher der hessischen CDU *Rolf Müller* noch im Wahlkampf Sympathien für die mittelfristige Wiedereinführung von Studiengebühren erkennen. Und auch wenn sowohl das „Zukunftsprogramm“ der CDU als auch der Koalitionsvertrag Studiengebühren explizit ausschlossen, gilt es wachsam zu bleiben: In anderen Bundesländern können wir beobachten, dass die gerade erkämpfte Gebührenfreiheit unter den Bedingungen der Schulbremse wieder in Frage gestellt wird.

Der Koalitionsvertrag kündigt punktuell einige Verbesserungen für Studierende an: die Erprobung eines einsemestrigen „Orientierungsstudiums“, ein verbesserter Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte, die Einführung eines Beschwerdesystems für Studierende, die erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen sowie familienfreundliche Studienbedingungen. Die Hochschulen sollen auf ein bedarfsgerechtes Angebot von Master-Studienplätzen hinwirken, allerdings ohne dass von einem Rechtsanspruch auf die Fortführung des Studiums nach einem Bachelor-Abschluss die Rede ist.

Angesichts des zu erwartenden dauerhaften Anstiegs der Studierendenzahlen und des Verzichts auf eine Verbesserung der öffentlichen Einnahmen ist kaum damit zu rechnen, dass der Trend einer sinkenden finanziellen und personellen Ausstattung im Verhältnis zur Zahl der Studierenden umgekehrt werden kann. Der Koalitionsvertrag sieht sogar eine faktische Kürzung der Ausgaben für den Hochschulbau vor, indem die im Rahmen des Bauprogramms HEUREKA bereitgestellten Mittel um ein Jahr gestreckt werden. Das Angebot studentischen Wohnraums in Hessen soll, vor allem durch die Studentenwerke, verbessert werden. Wie das angesichts der dauerhaft gekürzten Landeszuweisungen an die Studentenwerke gelingen soll, bleibt allerdings offen. Eine entscheidende Frage für die Studierenden ist auch, ob

sich Hessen zusammen mit den anderen Bundesländern und dem Bund auf eine Erhöhung und Verbesserung des BAföG verständigen wird. Eine entsprechende Ankündigung wurde letztendlich aus dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD gestrichen, nachdem man sich mit den Ländern nicht über die Finanzierung dieser überfälligen Reform einigen konnte.



Am 7. Februar begannen auch an der Frankfurter Goethe-Uni die bereits im Frühjahr 2013 im Rahmen der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst vereinbarten Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern zur Reduzierung der Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse. Nur eine von 25 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Goethe-Uni verfügt über eine unbefristete Anstellung. 25 lebensgroße Figuren, die das Zahlverhältnis symbolisierten, und betroffene Beschäftigte begrüßten die Verhandlungsdelegationen.

### Weniger Befristung wagen?

Nicht zuletzt dem Wirken der GEW dürfte es zu verdanken sein, dass das um sich greifende Befristungsunwesen im Koalitionsvertrag problematisiert wird. CDU und GRÜNE wollen „für den wissenschaftlichen Nachwuchs planbare und verlässliche Karrierewege und Perspektiven schaffen“. Der Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse habe „ein Maß erreicht, das Handlungsbedarf entstehen lässt“. In Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Forderungen sollen „in den Bereichen, in denen Daueraufgaben anfallen, (...) Dauerarbeitsplätze geschaffen“ und „Befristungsregelungen (...) überprüft werden“. Entscheidend für den wissenschaftlichen Nachwuchs sei „die Schaffung einer gesicherten Perspektive“, bei Arbeitsverhältnissen für Qualifikationsstellen müsse „eine Anpassung der Befristungsdauer erfolgen, welche die für den Erwerb der jeweiligen Qualifikation üblicherweise notwendigen Zeiträume enthält“. Auch die Modernisierung der Karrierewege durch die Einführung eines

Tenure-Track-Modells kündigen CDU und GRÜNE an, sehen aber die Verantwortung für die Schaffung adäquater Arbeitsverhältnisse bei den Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Deren Verantwortungsbewusstsein für die Beschäftigungsbedingungen ihres Personals hat sich bislang als eher begrenzt erwiesen, so dass eine deutliche Verbesserung ohne klaren politischen Steuerungsimpuls nicht zu erwarten ist. Die Herausforderung für uns in der GEW wird es sein, diese auf Landesebene, aber auch in den Hochschulen einzufordern.



*Tobias Cepok, Referent für Hochschule und Forschung der GEW Hessen (2.v.rechts), und Simone Claar, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Mitglied des Personalrates (rechts), überreichen Kanzler Holger Gottschalk (1. v. links) und Vizepräsident Prof. Dr. Enrico Schleiff (2.v.links) 1.500 Unterschriften für die Resolution „Sichere Perspektiven schaffen! Für Gute Arbeit an der Goethe-Universität Frankfurt“. Die Gespräche werden fortgesetzt. GEW und Beschäftigte machen weiter Druck.*

Die Beschäftigten in der prekärsten Lage werden überhaupt nicht erwähnt, weder die Lehrbeauftragten, die ohne festes Arbeitsverhältnis einen wachsenden Anteil auch der grundständigen Lehre erbringen, noch die studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte. Während Hessen zukünftig – richtigerweise – über das Tariftreue- und Vergabegesetz Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung tarifvertraglicher Standards zwingen will, sollen die beim Land beschäftigten studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte offenbar weiterhin untertariflich vergütet werden.

### Unternehmerische Hochschule light?

Ein Kernelement der Hochschulreformen der vergangenen Jahre war die Reduzierung der Grundfinanzierung zugunsten der nach dem Konkurrenz-Prinzip organisierten Drittmittelfinanzierung. Die zunehmende Bedeutung von Drittmitteln hat die Hochschullandschaft polarisiert, da sich die älteren und größeren Hochschulen in solchen Verfahren in einer günstigeren Ausgangsposition befinden als jüngere und kleinere Hochschulen. In Hessen haben hiervon insbesondere die TU Darmstadt und die Goethe-Universität Frankfurt profitiert. Dieser Entwicklung soll nun anscheinend zumin-

dest moderat entgegengesteuert werden, denn der Koalitionsvertrag kündigt an, dass mit der Neuauflage des hessischen Hochschulpakts ab 2016 ein Zuschlag zur Grundfinanzierung oberhalb der Inflationsrate angeboten werden soll. Die Mittel für die dringend erforderliche Erhöhung der Grundfinanzierung werden aber begrenzt bleiben, nicht zuletzt weil gleichzeitig die landeseigene Exzellenzinitiative LOEWE fortgeschrieben werden soll. Aus den zwischen den Hochschulen sehr ungleich verteilten LOEWE-Mitteln werden zudem fast ausschließlich befristete, projektbezogene Beschäftigungsverhältnisse geschaffen.

Die Binnenstruktur der unternehmerischen Hochschule zeichnet sich durch eine Schwächung der gewählten Kollegialgremien gegenüber der Leitungsebene aus. Auch in dieser Hinsicht sind moderate Änderungen angekündigt, ohne dass eine weitergehende Re-Demokratisierung der Hochschulen zu erwarten ist. Die Gremien der Studierendenschaft sollen in Fragen der Studienordnung und der Studienorganisation verbesserte Beteiligungsrechte erhalten. Senat, Hochschulrat und Präsidium sollen über Fragen der Hochschulplanung und des Budgets gemeinsam Verantwortung übernehmen. Wenngleich der Senat so gestärkt wird, soll der demokratisch nicht legitimierte – überwiegend mit Unternehmensvertreterinnen und -vertretern besetzte – Hochschulrat weiterhin in die Hochschulen hineinregieren können. Darüber hinaus sollen die Finanzen von Drittmittelprojekten und der Studierendenschaft transparenter gemacht werden. An den bestehenden wissenschaftsspezifischen Einschränkungen des Hessischen Personalvertretungsgesetzes soll sich nichts ändern. So wird es dabei bleiben, dass die Hochschulpersonalräte gerade die Gruppen mit dem höchsten Handlungsbedarf, die studentischen Hilfskräfte und befristeten wissenschaftlichen Beschäftigten, kaum unterstützen können.

Insgesamt lassen sich durchaus einige neue Akzente ausmachen, die bei Fortsetzung einer schwarz-gelben Koalition so nicht zu erwarten gewesen wären. Mutig ist auch die Ankündigung, den Fachhochschulen in forschungsstarken Bereichen ein eigenständiges Promotionsrecht zuzugestehen, wie es gerade auch in Schleswig-Holstein eingeführt wird. Ein wirklicher Politikwechsel findet aber nicht statt, da das Leitbild der unternehmerischen Hochschule nicht überwunden wird. Darüber hinaus wird die chronische Unterfinanzierung des Hochschulsystems angesichts der weiterhin unzureichenden öffentlichen Einnahmen fortbestehen, wodurch die Gestaltungsspielräume zu eng bleiben. Bei vielen Vorhaben wird die konkrete Umsetzung entscheiden, insbesondere bei der für 2015 angekündigten Überarbeitung des Hessischen Hochschulgesetzes. Dabei wird es auch darauf ankommen, dass Studierende und Beschäftigte sich hörbar in den politischen Prozess einbringen. Ob sie beim neuen, hochschulpolitisch gänzlich unerfahrenen Wissenschaftsminister *Boris Rhein* auf offene Ohren stoßen werden, muss sich noch zeigen.

### Tobias Cepok und Roman George

Tobias Cepok ist Referent für Jugendbildung, Hochschule und Forschung der GEW Hessen, Roman George Mitglied des Vorstands der Landesfachgruppe Hochschule und Forschung. (Fotos von Elke Hoef: Mehrere Dutzend wissenschaftliche Beschäftigte übergeben ihre Forderungen zur Eingrenzung und Regulierung befristeter Arbeitsverhältnisse dem Präsidium der Goethe-Universität Frankfurt. Sie fordern vor allem sicherere Perspektiven und Mindeststandards für Gute Arbeit. Die GEW führte die Aktion durch.)



# Umstrittenes Kifög bleibt in Kraft

## Keine Ideen zur Behebung des Fachkräftemangels

Nur wenige Monate vor der Landtagswahl brachte die damalige CDU-FDP-Landesregierung das neue Hessische Kinderförderungsgesetz (HessKifög) gegen landesweite Proteste von Gewerkschaften, Verbänden und Beschäftigten im Kita-Bereich, Elterninitiativen und Kommunen durch den Landtag. In Kraft trat es aber erst am 1. Januar 2014, als die neue schwarz-grüne Koalition in Hessen schon besiegelt war. Die Grünen hatten noch vor der Landtagswahl die Proteste unterstützt und in der HLZ 9-10/2013 wörtlich erklärt:

*„Wir wollen die Qualität in der Kinderbetreuung verbessern, dafür das so genannte Kinderförderungsgesetz grundlegend überarbeiten und zusätzliche Mittel bereitstellen.“*

Auf dem Hintergrund dieser Aussagen ist der Koalitionsvertrag im Abschnitt „Kinderbetreuung fördern“ eine einzige Enttäuschung. Den Bekenntnissen zum bedarfsgerechten, an der Nachfrage orientierten „Ausbau eines qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangebotes für alle Kinder“ folgen keine Taten. Die Koalition will am HessKifög festhalten, dessen Umsetzung „permanent begleiten und durch ein Qualitätsmonitoring bei etwaigen Problemen in der Praxis nachsteuern“. Qualitätskriterien frühkindlicher Bildung sind die Ablehnung einer Verschulung des Kindergartens, die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans, verbindliche Tandemvereinbarungen für alle Kitas, die Fortführung von Sprachstandserfassung und Sprachförderung sowie die Inklusion von Kindern mit Behinderungen.

Zur Erinnerung: Der CDU ging es beim HessKifög gerade nicht um die verbindliche Festschreibung von Qualitätskriterien, sondern um eine Lockerung der Rahmenbedingungen für die Betriebserlaubnis, um mehr Gestaltungsfreiheit der Kommunen und Träger und den Rückzug auf Mindeststandards für Kitas, die sogar noch hinter die vorher geltende Mindestverordnung zurückfallen. Durch die Umstellung auf die Pro-Kopf-Förderung und die Festlegung einer maximalen Gruppengröße auf 25 Kinder werden Träger und Kommunen angeregt, möglichst große Gruppen zu bilden, um die maximale Landesförderung zu erhalten und ggf. selbst Mittel einsparen zu können. Zudem wird der Fachkräftebedarf nach dem HessKifög viel zu niedrig angesetzt. Mittelbare pädagogische Tätigkeiten und Ausfallzeiten werden im HessKifög nur unzureichend, Leitungstätigkeiten gar nicht berücksichtigt.

Als „Erfolg“ werten die GRÜNEN Nachbesserungen für inklusiv arbeitende Kitas. Doch auch diese Aufgabe wird vorrangig den Sozialhilfeträgern, den kommunalen Spitzenverbänden und der Liga der freien Wohlfahrtspflege zugeschoben. Die Verhandlungen der Landesregierung mit der Liga über eine „Rahmenvereinbarung Integrationsplatz“, in der die Bedingungen für inklusive Kitas beschrieben werden, wurden vor kurzem für gescheitert erklärt. Jetzt macht die neue Landesregierung die Festschreibung der bisherigen Standards in der „Rahmenvereinbarung Integrationsplatz“ zur Voraussetzung für die Erhöhung der Pauschalen für inklusive Einrichtungen.

Es sollte andere politische Mittel und Wege geben, wenn die hessische Landesregierung wirklich Qualität in hessischen Kitas und Inklusion zu angemessenen Bedingungen durchsetzen und einen fairen Umgang mit Trägern und Kommunen pflegen will. Was für den „Schulfrieden“ der „Bildungsgipfel“ ist, ist für die frühe Bildung der „Runde Tisch Kinderbetreuung“, bei dem die Landesregierung „gemeinsam mit den Verbänden und Trägern“ eine erste Evaluierung zur Wirkung des HessKifög durchführen und über die weitere Entwicklung der Kinderbetreuung in Hessen beraten will.



Enttäuschend sind auch die dürftigen Überlegungen zur Behebung des Fachkräftemangels an den Kitas. Genannt werden „die befristete Anhebung der Schulplätze, der Ausbau der Modelle zur dualen Ausbildung, Anreize bei der Hebung der stillen Reserve und die Prüfung einer verstärkten Kooperation mit den Jobcentern“. All das ist weder neu noch zukunftsorientiert, zielt auf Masse statt Klasse. Um mehr Personal für Kitas zu gewinnen, muss man den Beruf attraktiver machen. Nach Meinung der GEW gehören dazu die Anhebung der Ausbildung auf Hochschulniveau, um den hohen Anforderungen im Bereich der frühen Bildung gerecht zu werden, gute Rahmenbedingungen für die pädagogische Arbeit in den Kitas, ein aktiver Gesundheitsschutz und eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher, die ihre Arbeit angemessen würdigt und eine solide Lebensgrundlage ermöglicht. Hier muss aus Sicht der GEW der Hebel angesetzt werden, um den Fachkräftemangel dauerhaft ohne Qualitätsverlust zu beheben. Darüber ist im Koalitionsvertrag rein gar nichts zu lesen.

**Renate Waschke**

Referentin für Sozialpädagogik im GEW-Landesvorstand



# Die „von uns proklamierte Sicht“

## „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme“

Die Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Kooperation mit dem Münchner Institut für Zeitgeschichte und Deutschlandradio Kultur verspricht, „Europas 20. Jahrhundert als dramatische Geschichte zwischen Freiheit und Tyrannei, zwischen Demokratie und Diktatur“ zu erzählen. Die 26 Tafeln wer-

den Rathäusern, Stadtbibliotheken, Schulen und Volkshochschulen, Parteien und Verbänden zum Preis von 50 Euro angeboten. Kollege Otto Röber aus Kassel nimmt die Ausstellung kritisch unter die Lupe. Seine detaillierte 25-seitige Analyse mit allen Quellenangaben findet man auf der Homepage der GEW ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)) > Meine Gewerkschaft > Themen > Zeitgeschichte).

2014 ist das Supergedenkjahr. Manche zählen 25 Gedenkmöglichkeiten und befürchten, man komme vor lauter Gedenktagen gar nicht mehr zum Denken. Die von der Daimler-AG gesponserte Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme“ stellt vier davon in den Mittelpunkt: 100 Jahre „Ausbruch“ des Ersten Weltkriegs, 75 Jahre Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch Deutschland, 25 Jahre Mauerfall und Ende der realsozialistischen Regime in Osteuropa und 10 Jahre Osterweiterung der EU.

Die Plakate haben im oberen Drittel der Fläche eine Leiterzählung und im unteren Teil Fotos mit Unterschriften, die die Leiterzählungen fortsetzen. Die „europäische Perspektive“ der Ausstellung, die im In- und Ausland „politische Breitenbildung“ entfalten soll, ist von Anfang bis Ende ein Stück deutsch-hegemonialer „Erinnerungskultur“, denn es geht um die „von uns proklamierte Sicht auf das Zeitalter der Extreme“. Im Folgenden kommentiere ich drei Schlüssel-Plakate der Ausstellung.

### Erster Weltkrieg: „Die ‚Urkatastrophe‘ des 20. Jahrhunderts“ (Plakat 2)

„Das Attentat [in Sarajevo] löste eine diplomatische Eskalation und militärische Eigendynamik aus. Deutschland, das zur Weltmacht aufsteigen wollte, trug dafür eine hohe und mitentscheidende Verantwortung. (...) Deutschland strebte nach der Vorherrschaft in Kontinentaleuropa und plante vor allem im Osten umfangreiche Annexionen. Aber auch die anderen europäischen Großmächte verbanden mit dem Krieg imperiale Machtinteressen.“

Die Formulierung von der „hohen und mitentscheidenden Verantwortung“ klingt kritisch. Der apodiktische Gestus der Ausstellungserzählung verschweigt jedoch die Antithese der Hauptschuld bzw. Hauptverantwortung der deutschen „Machteliten“ für die Entfesse-

lung auch des Ersten Weltkrieges. Eine „hohe“ Verantwortung ist dagegen teilbar, eben nur „mitentscheidend“. Wenn alle als gleich schuldig gelten, gelten sie genauso gut als gleich unschuldig am Krieg. Die Kriegsparteien werden in Bezug auf Schuld und Unschuld gleichgesetzt, die Krisenkonstellation zum diffusen Verhängniszusammenhang einer „Ur-Katastrophe“ verdichtet.

Dabei hilft eine zweite durchgängige Darstellungsmethode: Die Einräumungen werden mehrfach relativiert. „Diplomatische Eskalation“, „militärische Eigendynamik“ und deutsches Vorherrschaftsstreben werden eingeräumt, zugleich durch den Hinweis auf die „imperialen Machtinteressen“ anderer relativiert. Die pseudo-kritischen Zugeständnisse sind unverzichtbar, um den (wohl richtigen) Eindruck zu vermeiden, hier seien beinharte Revisonisten und Konservative am Werk. So wirkt die apologetische Tiefenstruktur nicht allzu penetrant. Es genügt der lau-behagliche Eindruck, dass „wir“ doch „so“ schlimm nicht waren. Die anderen waren doch auch dabei ...

Eine weitere gern genutzte Technik ist die der Verschiebung. Man rückt die Annexionen in den Vordergrund und verschweigt das Ziel der Neuordnung Europas durch ein hegemoniales Deutschland, das im Kriegszielprogramm des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg vom September 1914 beschrieben wird:

„Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluss von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband (...) unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muss die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.“

Blickt man auf die „rasante politische und ökonomische“ Integration Europas seit der EU-Osterweiterung 2004 (P 26), den Fluchtpunkt dieser Ausstellung, kann man nachvollziehen, warum die Ausstellungsmacher das Kriegszielprogramm unterschlagen und historische Akribie den politischen Absichten opfern. Die Ausstellungsbesucher könnten sonst auf völlig abwegige Gedanken kommen ...

### Links gleich rechts: „Das Scheitern der deutschen Demokratie“ (Plakat 10)

„Der bürgerliche Liberalismus war erodiert, die Konservativen brachten der Republik keine Loyalität entgegen und die große Mehrheit der Arbeitgeber heizte die sozialen Konflikte immer mehr an. Am 27. März 1930 scheiterte die letzte parlamentarische Regierung unter einer von der SPD geführten großen Koalition. (...) Das bis 1933 auf über sechs Millionen anschwellende Heer der Arbeitslosen und die von der SPD tolerierte radikale Deflations- und Sparpolitik der Regierung Brüning (Zentrum) bescherten Kommunisten und Nationalsozialisten großen Zulauf. Nach den Reichstagswahlen im Juli 1932 hatten die NSDAP (37,4%) und die KPD (14,5%) eine antidemokratische Mehrheit im Parlament. Die fast alltäglichen Straßenschlachten zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und der Polizei sorgten für Bürgerkriegsstimmung. Hitler provozierte diese Zustände und präsentierte sich zugleich als Retter vor der drohenden ‚roten Gefahr‘. Seine Strategie ging am 30. Januar 1933 auf.“

Der bürgerliche Liberalismus war nicht „erodiert“, sondern favorisierte eine Krisenpolitik, die alle Lasten auf die Lohnabhängigen und den Mittelstand abwälzte, und arbeitete zielstrebig an der Auflösung der Koalition mit der SPD, der immer noch zu große sozialpolitische Zugeständnisse an ihre Wählerschaft zugetraut wurden. Das Krisenprogramm des Reichsverbands der

Deutschen Industrie aus dem Jahr 1929 forcierte die angebotsorientierte, deflationäre Krisenpolitik und reflektierte deren Konsequenzen für das politische System: Ausschaltung des Parlaments und letztendlich Errichtung einer Diktatur. Am 27. März 1930, als die Koalition aus SPD, Zentrum, DVP und DDP unter Reichskanzler *Hermann Müller* zerbrach, begann nach *Heinrich August Winkler* „die Auflösungsphase der ersten deutschen Demokratie“.

Die Ausstellung suggeriert, dass die Aushöhlung des Parlamentarismus der negativen Mehrheit antidemokratischer Parteien NSDAP und KPD (die DNVP wird freundlicherweise nicht erwähnt) geschuldet sei. Die Ausschaltung des Parlaments setzte sich aber bereits 1929 als politische Option der „Machteliten“ durch, als die NSDAP 2,6% der Stimmen erzielte. NSDAP und KPD spielten hier als politische Akteure keine Rolle. Die Wende zum Antiparlamentarismus erfolgte, weil die bürgerlichen Parteien den politischen und sozialpolitischen Kompromiss der Weimarer Koalition aufgekündigt hatten. Es war der „Extremismus der Mitte“ mit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Radikalisierung der bürgerlichen „Eliten“ und ihres politischen Personals, der zur Auflösung der parlamentarischen Demokratie führte. Das der Ausstellung zugrunde liegende Paradigma einer organischen Verbundenheit vom Kapitalismus und Demokratie lässt sich damit schwerlich in Einklang bringen.

Auch die „fast alltäglichen Straßenschlachten zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und der Polizei“ bedienen ein Klischee und eine bis heute beliebte Gleichsetzung: Diejenigen, die sich heute den provokativen Aufmärschen der Neonazis entgegenstellen, sollen ihnen gleich sein, es machen eben beide Krawall. Hitler habe „diese Zustände provoziert“, heißt es im Nachsatz, doch als Haupteindruck bleibt das Bild extremistischer Gewohnheitsschläger. Die Studien von *Eve Rosenhaft* und *Martin Schuster* belegen eindrucksvoll, dass die Gewalt der Linken im Unterschied zur SA-Strategie des „Aufrollens der roten Kieze“ den Charakter der „Selbstverteidigung“ (Rosenhaft) hatte. Dass der SA die „Eroberung der Kieze“ bis 1933 „nur bedingt“ gelang (Schuster), bleibt das Verdienst dieser linken Selbstverteidigung. Es ist infam, sie mit der Gewalt der Rechten gleichzusetzen.

Auch die Behauptung der Ausstellungsmacher, die Arbeitslosen hätten den Aufstieg der Nazis befördert, ist längst widerlegt. Nachlesen kann man das bei *Eberhard Kolb*, der die Analyse der Wahlergebnisse durch *R.F. Hamilton* in 14 deutschen Großstädten referiert: Danach hat die NSDAP „gerade in den Wohnvierteln der Oberschicht und der oberen Mittelklasse überdurchschnittlich gut abgeschnitten“, während es ihr „nicht gelang, auf breiter Front in das Arbeitslosenheer einzubrechen“. Die arbeitslosen Arbeiter „stimmten eher für die KPD und (in geringerem Maße) für die SPD als für die NSDAP“. Aber in den großen Erzählungen im Interesse der deutschen „Eliten“ müssen eben immer die Ärmsten und Ohnmächtigsten das größte Unglück anrichten.

### Die „neue visionäre Kraft“ der „europäischen Idee“ (Plakat 26)

*Die friedlichen Revolutionen „verliehen der europäischen Idee eine neue visionäre Kraft, die mit der EU-Osterweiterung einen weiteren Höhepunkt erreichte. Das europäische Bewusstsein blieb gleichwohl hinter dem rasanten politischen und ökonomischen Integrationsprozess zurück. (...) Nur mit Mühe fand die Europäische Union in die Rolle als Friedensmacht (...). Und noch fehlt es ihr an Konzepten, um der wachsenden Europaskepsis zu begegnen, die von der aktuellen schweren Finanzkrise befeuert wird und neuem Nationalismus und Protektionismus Vorschub leistet.“*

Die Gefahr, dass „Europaskepsis“ unter dem Schatten der „Finanzkrise“ zu einem „neuen Nationalismus“ führt, ist richtig benannt. Angesichts objektiver Probleme ist es aber falsch, dafür ein vermeintlich rückständiges Bewusstsein verantwortlich zu machen und die Gefährdungen der Demokratie, die vom Zentrum der Macht (und nicht von der Wut der Ohnmächtigen) ausgehen, zu ignorieren. Heute wird nicht nur die Demokratie in den Schuldnerstaaten untergraben, deren Parlamente nur noch entscheiden, wie die Spardiktate der Troika umgesetzt werden, sondern auch das politische System der Gläubigerstaaten an der Schwelle zur „Postdemokratie“. Das Unbehagen am „Durchregieren“ der Exekutive (*Merkel*) und an beschleunigten „marktkonformen“ Entscheidungen unter Missachtung der Budgetrechte des Parlaments (nochmals *Merkel*) macht sich inzwischen bis in den „Mainstream“ breit.



## Fazit

Anschlussfähig ist die Ausstellung auch in der Propagierung von Europas Rolle als militärische Weltmacht. Sie verstärkt das gegenwärtige Geschrei nach mehr militärischem Engagement Deutschlands, das wohlklingend „Übernahme von mehr Verantwortung“ genannt wird. Noch schöner ist es, den erneuten Schritt in die „Weltpolitik“ als Hineinfinden der EU in die „Rolle als Friedensmacht“ zu bezeichnen.

Verdichtung, Relativierung, Suggestion und Verschiebung: Es wäre zu viel der Ehre, würde man den Ausstellungsmachern vorwerfen, das geschichts- und politikdidaktische Ziel persönlicher Urteilsfähigkeit verfehlt zu haben. Es geht dieser Art von „politischer Breitenbildung“ nicht um Aufklärung, sondern um geschichtspolitische Brauchbarkeit, wie sie dem Politikwissenschaftler *Herrfried Münkler* vorschwebt:

*„Es lässt sich kaum eine verantwortliche Politik in Europa betreiben, wenn man die Vorstellung hat: Wir sind an allem schuld gewesen.“ (Süddeutsche Zeitung, 4.1.2014)*

Hans Otto Röber

# Neue Störungsbilder

Ein Ethnologe hört von „wildem Sa- chen“, die bei den Indianern vorkämen. Um sich einen persönlichen Eindruck zu verschaffen, betreibt er bei Indianer- stämmen Feldforschung. Anschließend fasst er seine Untersuchungsergebnisse zusammen: Alles „halb so wild“.

Mit diesem Witz eröffnet *Martin Dornes*, Mitglied im Leitungsteam des Frankfurter Instituts für Sozialfor- schung, Mitte November seinen Vor- trag bei der Tagung des Frankfurter Arbeitskreises für Psychoanalytische Pädagogik (FAPP). Thema seines Vor- trags im vollbesetzten Hörsaal der Universität Frankfurt auf dem Cam- pus Bockenheim: „Haben psychische Störungen zugenommen?“ Dornes lässt von Beginn an keinen Zweifel daran aufkommen, dass aus über einhundert vorliegenden Studien eine Zunahme psychischer Erkrankungen nicht abge- leitet werden könne. Von 1945 bis 1972 habe es zwar einen leichten Anstieg ge- geben, danach sei ein Rückgang erfolgt und seit 1990 keine Zunahme festzu- stellen. Der Befund gelte für deutsche wie internationale Studien. Das Leben sei zwar insgesamt anstrengender ge- worden, aber es gebe zugleich

bessere Bewältigungs- möglichkeiten. Kata- strophensituation sei unangebracht.

Je moderner die Gesellschaft, so Dornes, desto zu- friedener die Men- schen.

Die Statistiken sagen: keine Zu- nahme von Desintegration, sinkende Gewaltrate ab 1980. Alkoholkonsum, interpersonale Tötungsdelikte und Su- zidraten sind rückläufig. Der in der Öf- fentlichkeit herrschende Eindruck einer Zunahme von Störungsbildern bei Kin- dern und Jugendlichen sei eine Folge der vielfältigen Diagnosemöglichkei- ten. Heute würden z. B. Teilleistungs- störungen diagnostiziert, die, hätte man in früheren Zeiten die gleichen Unter- suchungsmethoden eingesetzt, eben- falls festgestellt worden wären. Die Annahme, die Fülle der Gestaltungs- möglichkeiten in der modernen Welt oder gestiegene Leistungsanforderun- gen führten zu mehr psychischen Auf- fälligkeiten, hält Dornes für unbegrün- det, eine entsprechende Sozialkritik für auf Sand gebaut. Dornes ist der Über- zeugung, dass sich der psychische Ap- parat den veränderten, komplexeren Anforderungen der Umwelt anpasse. Gefragt sei eine flexible Persönlich- keit, ein kompetentes Ich, das die ei- gene Entwicklung zu steuern vermag. Eine Forderung nach mehr Disziplin, wie sie *Bernhard Bueb* in seinem Buch „Lob der Disziplin“ (2006) erhebt, hält Martin Dornes für regressiv.

## Strukturwandel der Solidarität

Er konzediert, dass 15 bis 20% der Be- völkerung größere Probleme hätten, mit dem Veränderungsdruck zurecht- zukommen. Der Gefahr des Scheiterns in enttraditionalisierten Gesellschaften werde durch eine flächendeckende An- gebotsexpansion begegnet. Es gebe einen inflationären Anstieg von Diagnosen und einen entsprechenden Anstieg von Therapeutenzahlen und Behand- lungen. Um diejenigen, die zu schei- tern drohten, kümmere sich die Ge- sellschaft, insofern könne nicht von Entsolidarisierungstendenzen die Rede sein, sondern von einem Strukturwan- del der Solidarität.

In der anschließenden Diskussi- on weist Dornes den Vorwurf zurück, er wolle bagatellisieren oder banalisieren. Trotz der Häufung von Diagnosen wie ADHS, Asperger-Syndrom, Bipolare Störung oder DMDD gebe es insgesamt keinen Anstieg psychischer Auffällig- keiten. Aber natürlich müssten Pädä-

gogik und Soziale Arbeit auf steigende Selbststeuerungserfordernisse reagieren und denjenigen helfen, die zu scheitern drohen. Immerhin handelt es sich dabei ja um etwa jeden sechsten Jugendlichen.

Im zweiten Vortrag der Tagung geht die Mainzer Hochschullehrerin *Inge Seiffge-Krenke* auf „Veränderte Iden- titätsentwicklung heute“ ein. Die Ver- änderung von Beziehungen habe Ein- fluss auf die Entwicklung von Identität. In über 500 Studien zur Identitätsent- wicklung zeige sich, so Seiffge-Krenke, dass das sogenannte Erwachsensein immer weiter hinausgeschoben werde: „They just won't grow up.“ Die bei vie- len Eltern festzustellende Separations- angst, für die es den hübschen Begriff „längere Beelterung“ gibt, führe zu ei- nem Mehr an psychischer Kontrolle der „Helikoptereltern“ gegenüber den Ju- gendlichen. Im Gegensatz dazu gibt es allerdings Eltern, die ihre Kinder vernachlässigen. Seiffge-Krenke verweist darauf, dass sich das „Normalitätsbild“ von Adoleszenten verändert habe: Was vor 30 Jahren als pathologische Verhal- tensweise angesehen wurde, gelte heu- te als durchaus „normal“.

Anschließend wird in zwölf Arbeits- gruppen auf Aspekte der Thematik ein- gegangen, unter anderem auf „Neue Störungen und Migration“, „Schulab- sentismus“ und „Ohnmächtige Wut“.

Die Abschlussdiskussion, moderiert von der FAPP-Vorsitzenden *Annelin- de Eggert-Schmid Noerr*, thematisiert unter anderem die Gefahr, dass der in- flationäre Anstieg der Diagnostik eine Entpädagogisierung zur Folge habe. Eine wie auch immer geartete Diagno- se entbinde ja nicht von der eigentli- chen pädagogischen Aufgabe, nämlich die Beziehung zu verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen zu halten und das jeweilige Verhalten so gut wie möglich zu verstehen, um angemessen reagieren zu können. Eine diagnosti- sche Etikettierung könne zu einer pro- blematischen Pathologisierung führen.

Der FAPP wurde 1984 gegründet. Er vertritt eine Pädagogik, die der psycho- analytischen Theoriebildung verbunden ist. Er organisiert eine dreijährige Wei- terbildung und Vortragsreihen und ist am Jahrbuch für Psychoanalytische Pädagogik beteiligt.

Thomas Adamczak



## Jetzt Freistellung von VERA-3 beantragen

Über 100 hessische Grundschulen haben im letzten Jahr auf der Grundlage der Richtlinien der Kultusministerkonferenz die Freistellung von den ansonsten verbindlichen Vergleichsarbeiten im 3. Schuljahr (VERA 3) beantragt und damit eine wichtige pädagogische Diskussion in Gang gebracht, die auch das Kultusministerium erreicht hat. Die als Instrument der Unterrichtsentwicklung gepriesenen Vergleichsarbeiten können ihrer Aufgabe allerdings nur gerecht werden, wenn die Lehrkräfte sie aus pädagogischer Überzeugung heraus

einsetzen und für ihren Unterricht nutzen. Viele Lehrkräfte sehen die Tests jedoch im Widerspruch zu ihren pädagogischen Grundsätzen und ihrer täglichen Arbeit und nutzen sie daher nicht für die Entwicklung ihres Unterrichts. Viele Grundschulen, die sich um eine inklusive Schulentwicklung bemühen, nutzen andere Möglichkeiten zur Unterrichtsentwicklung. Durch unsere Anträge von Jahrgangs-, Gesamt- und Schulkonferenzen verleihen wir unserer Forderung Nachdruck, die Verpflichtung zum Einsatz der Tests aufzuheben.

Die GEW wird versuchen, den Dialog mit dem Kultusministerium und dem Landesschulamt weiterzuführen, und darauf drängen, dass die Anträge in diesem Jahr auch individuell geprüft werden. Damit die Schulleiter dazu ausreichend Zeit haben, sollten die Anträge möglichst bis zum 21. März dort eingegangen sein.

Weitere Informationen und Material für die Diskussion mit den Eltern und in Konferenzen findet man auf der Homepage [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) >Bildungsbereiche > Grundschule.

## Gülen-Schulen in Hessen?

Seit einiger Zeit finden insbesondere die Nachhilfeeinrichtungen und privaten Schulgründungen der Bewegung des konservativ-nationalistischen Imams *Fethullah Gülen* („Gülen-Bewegung“) größere Beachtung. Nach Angaben von *Günter Seufert* von der Stiftung Wissenschaft und Politik gibt es in Deutschland rund 300 Bildungsvereine sowie 24 Privatschulen, die zur Gülen-Bewegung gehören oder mit ihr auf Grund personeller Verflechtungen in Verbindung gebracht werden. Die Privatschulen wenden sich insbesondere an türkischstämmige Familien und setzen bei ihrer Werbung vor allem auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Defizite öffentlicher Schulen bei Klassengrößen, Sauberkeit und

Disziplin. Nach Recherchen von hr-iNFO steht auch das 2013 mit weniger als zehn Schülerinnen und Schülern gestartete private Urselbach-Gymnasium in Oberursel (Hochtaunus-Kreis) mit der Gülen-Bewegung in Verbindung, ebenso die in Frankfurt agierende „Gesellschaft für Bildung und Förderung“ (GEBIF), die beim Hessischen Kultusministerium wegen der Gründung einer privaten Grundschule vorsprach. Beide Einrichtungen dementierten eine solche Verbindung.

Die GEBIF will „Schulen und Bildungseinrichtungen bei der Personalfindung von pädagogischen Fachkräften“ unterstützen und preist ihre „GEBIF-Lehrerbörse“ als „kürzesten Weg“ für Lehrkräfte, „die einen Ar-

beitsplatz an Schulen in freier Trägerschaft anstreben.“ Regelmäßiger Gast im „Ref-Café“ in den Räumen der GEBIF, das Referendare „die Möglichkeit des Beisammenseins und des gegenseitigen Erfahrungsaustausches (...) bei Kaffee und Kuchen“ bieten will, ist *Herbert Lauer*, der Leiter des Studienseminars für das Lehramt an Gymnasien, mit dem „Referendare über ihre Probleme und Schwierigkeiten unter vier Augen sprechen“ können. Das Kultusministerium sah auf Anfrage von hr-iNFO „keinerlei Anhaltspunkte für eine Pflichtverletzung des Beamten“. *Jochen Nagel*, der Landesvorsitzende der GEW, weist darauf hin, dass „sensible Daten wie Noten oder Qualifikationen von Nachwuchslehrern nicht an den privaten Auftraggeber weitergegeben werden dürfen.“

## Ohren auf und los! Das hr2-Kinderfunkkolleg

Das neue hr2-Kinderfunkkolleg Musik startete am 8. 2. und wird bis zum Juli 2014 immer samstags um 14.45 Uhr in hr2-kultur gesendet. Welche Stimmungen und „Bilder im Kopf“ ruft Musik hervor? Warum mögen wir manche Musikstücke, andere gar nicht? War Musik schon immer da? Wieso bringt sie uns in Bewegung oder rührt uns zu Tränen? Warum singen wir gern? Wieso gibt es Lieblingslieder? Wann wird ein Lied zum Hit? Ist Musik gar eine eigene Sprache? Auf der Webseite [www.kinderfunkkolleg-musik.de](http://www.kinderfunkkolleg-musik.de) gibt es weitere Audios, Texte, Spiele und Filme, die Lust auf Musik machen und weiterführende Antworten geben.

## Earsinnig hören! Ein Radioprojekt für die 3. bis 6. Klasse

Wie lässt sich die Kompetenz des Zuhörens bei Schülerinnen und Schülern stärken? Vor allem dadurch, dass Kinder mit dem Hören spielen und dabei viel bei sich und in der Welt um sich herum entdecken. Deshalb bietet die Stiftung Zuhören in Kooperation mit dem Hessischen Rundfunk und der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen das Projekt „Earsinnig hören!“ an. Schüler werden mit den Grundregeln des Zuhörens spielerisch vertraut gemacht, erhalten Einblick in Radioproduktionen und gestalten schließlich kurze Hörstücke selbst.

Das Projekt „Earsinnig hören!“ besteht aus einem Fortbildungstag zur

Einführung für die Lehrkräfte nach den Sommerferien 2014, der Vorbereitung im Unterricht und dem Projekttag selbst, an dem zwei Journalistinnen des hr in die Schule kommen und mit den Kindern Aufnahmen machen. Die Ergebnisse werden am Nachmittag in einer Radio-Bühnenshow präsentiert.

Für die Teilnahme im Schuljahr 2014/2015 können Sie sich mit Ihrer Schulklasse ab sofort bewerben. Pro Schule kann nur eine Klasse teilnehmen. Bewerbungsschluss ist am 16. Mai 2014.

• *Bewerbung:* [www.earsinnighoeren.de](http://www.earsinnighoeren.de);  
*Anfragen:* [bernius@stiftung-zuhoeren.de](mailto:bernius@stiftung-zuhoeren.de)



# Ausweitung der Kampfzone

## Kommt ein schulisches Meldesystem für „Extremisten“?

Das passiert nicht alle Tage: *Rainer Kilian*, amtierender Leiter des Staatlichen Schulamts in Frankfurt, lud am 26.11.2013 rund 100 Schulleiter von weiterführenden Schulen zu einer Informationsveranstaltung ins Polizeipräsidium ein. Polizeipräsident *Dr. Achim Thiel*, bundesweit bekannt durch die Einkesselung der Blockupy-Demonstration im Juni 2013, warnte die Versammelten vor einer Gefährdung der Demokratie durch Salafisten. Es folgten Vorträge des Verfassungsschutzes, des Frankfurter Staatsschutzkommissariats K 42 und anderer.

Hintergrund des Treffens waren Angaben der „Sicherheitsbehörden“, nach denen 30 junge Menschen aus Hessen, darunter 23 aus dem Rhein-Main-Gebiet, darunter wiederum neun Schüler, nach Syrien ausgereist sind. 20 Ausreisen erfolgten allein 2013. Laut Innenministerium reisten die durch salafistische Prediger radikalisierten Menschen aus, um sich in Syrien am Dschihad zu beteiligen. Ziel der Veranstaltung war es, die Versammelten für diese Sichtweise zu „sensibilisieren“ und für ein „Meldesystem“ gegen „Islamismus“ zu gewinnen („Prävention“).

Nach dem Treffen erklärte der damalige Innenminister *Boris Rhein* (CDU), die Schulleiter seien bereit, „mit uns gemeinsam zu handeln“. Und obgleich auf der Versammlung gar keine formelle Zustimmung seitens der Schulleitungen erfolgte, schrieb die FAZ, diese hätten sich mit den Sicherheitsbehörden „auf eine Kooperation verständigt“.

Mittlerweile findet sich auf der Website des Innenministeriums ein auf polizeilicher Aktenauswertung beruhender Bericht über „Radikalisierungshintergründe“ von 23 Syrien-Ausreisenden

aus dem Rhein-Main-Gebiet. Dabei zeigt sich: Die polizeiliche Aktenauswertung kann zentrale Behauptungen des Innenministeriums nicht stützen bzw. nicht belegen.

### Information oder Desinformation?

- Innenministerium und Mainstream-Medien behaupten, die jungen Menschen hätten sich „in kurzer Zeit radikalisiert“ und seien „von einem Tag auf den anderen verschwunden“. Die Polizeiakten ergeben jedoch, dass die Radikalisierung im Schnitt 25 Monate gedauert habe. Ein klarer Fall von Desinformation!

- Nur wenn sich die „Rekrutierungsphase“ als kurz und effektiv erweist, lässt sich das Schreckgespenst einer steigenden Zahl jugendlicher Syrien-Ausreisender an die Wand malen. So war in den Medien von „verstärkter Reisetätigkeit“, ja von einer „Ausreisewelle“ die Rede. „Immer öfter“ versuchten Salafisten, Schüler für den Dschihad zu rekrutieren. Die Fakten sprechen eine andere Sprache: „Koran-Verteilaktionen“, die als Syrien-Anwerbung galten, gab es an 6 von 123 weiterführenden Schulen in Frankfurt. 95% der weiterführenden Schulen in Frankfurt waren also gar nicht betroffen! Bezogen auf 630.000 Schüler liegt die registrierte Zahl von neun Ausreisen im Promillebereich. Eine „Ausreisewelle“?

- Laut Innenministerium werden unschuldige junge Menschen durch Indoktrination und Gehirnwäsche von salafistischen „Seelenfängern“ (Rhein) zum Dschihad „verführt“. Die polizeiliche Aktenauswertung schließt einen solchen monokausalen „auslösenden Faktor“ für eine Syrien-Ausreise aus-

drücklich aus und verweist explizit auf soziale Ursachen:

*„Diejenigen, die nicht mehr zur Schule gingen, lebten vor der Ausreise meist von Arbeitslosengeld II, hatten Aushilfsjobs oder waren in Jobmaßnahmen der Agentur für Arbeit untergebracht. Zwei studierten an Universitäten. Bei keinem war jedoch eine solide berufliche Basis feststellbar.“*

Ursachen des Übels sind mithin nicht – wie simplifizierend dargestellt – „salafistische Rekrutierer“, sondern in erster Linie „Perspektivlosigkeit und Identitätssuche“ junger Menschen. Der Nutzwert solcher Desinformation liegt auf der Hand: Werden soziale Ursachen von „Radikalisierungsprozessen“ ausgeblendet und auf „salafistische Indoktrination“ reduziert, bedarf es keiner teuren sozialen Integrationsanstrengungen. Das Problem lässt sich mit polizeilicher und geheimdienstlicher Beobachtung eingrenzen.

- Auch für die zentrale Behauptung, die Syrien-Ausreisenden seien allesamt Dschihad-Kämpfer, scheint es kaum Belege zu geben. Der Auswertungsbericht spricht nur von „Syrien-Ausreisenden“, nicht von Dschihadisten. Und Rhein erklärte, dass „die verschwundenen Söhne“ nur „in Einzelfällen (...) kurze Nachrichten hinterließen, dass sie in den Dschihad zögen; die meisten verschwinden wortlos.“ Von keinem „Einzelfall“ wird berichtet, dass er etwa in einem „dschihadistischen Terrorcamp“ unterkam. Über drei bereits Zurückgekehrte schweigt man sich gänzlich aus. Vage heißt es nur, dass sich die Ausgereisten „zum überwiegenden Teil dem salafistischen Spektrum zurechnen lassen.“ Wer rechnet zu? Nach welchen Kriterien? Zehn der Ausgereisten waren verheiratet, aber nur zwei von ihnen nach islamischem Recht. Wie passt das zur Annahme, es seien dschihadistische Salafisten?

Das Verlangen der „Sicherheitsdienste“, weiterführende Schulen sollten mit Polizei und Geheimdiensten ein Meldesystem gegen Salafismus einrichten, erweist sich als sachlich unbegründet. Wenn dem aber so ist, fragt es sich: Welche politischen Ziele werden hier eigentlich verfolgt?

Extremismus-Variante	Personenpotenziale			Politisch motivierte Straf- und Gewalttaten		
	2007	2012	+/-	2007	2012	+/-
Islamismus	5.150	6.050	+18%	8	12	+50%
Allg. Ausländerextremismus	3.150	4.800	+52%	20	59	+195%
Rechtsextremismus	2.800	1.300	-54%	826	561	-32%
Linksextremismus	4.180	4.975	+19%	202	204	+1%

Quelle: Berichte des Hessischen Landesamts für Verfassungsschutz 2007 bis 2012

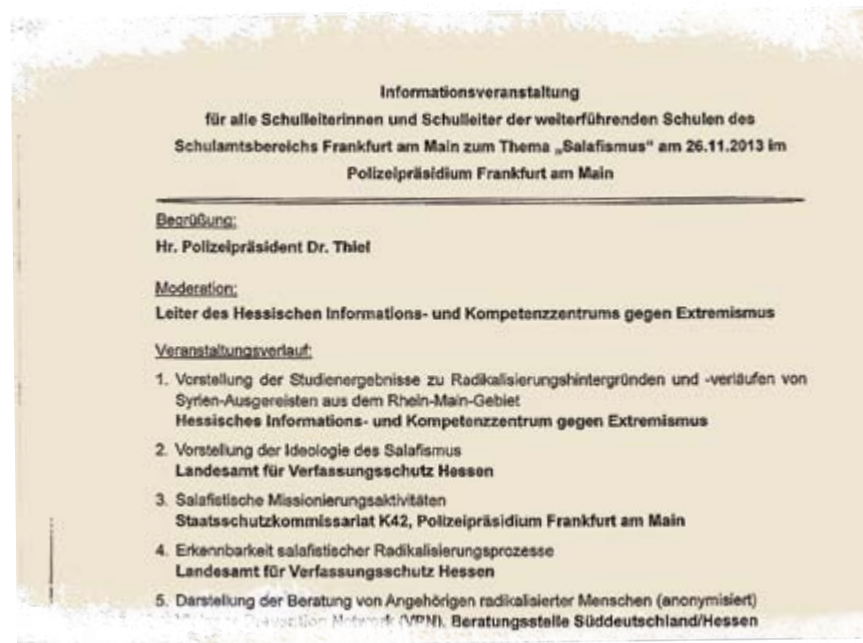
Die zunehmende Verpolizeichung originär sozialer Institutionen wie der Schulen scheint für die politischen Eliten angesichts wachsender sozialer Polarisierung ein Wert an sich. Jenseits punktueller Kooperation mit der Polizei bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität und Amokläufern geht es nun um einen qualitativ entscheidenden Schritt: um die Einbeziehung eines verdeckt arbeitenden Inlandsnachrichtendienstes, dessen Aufsicht durch Exekutivbehörden – wie die NSU-Morde verdeutlichen – keineswegs gewährleistet ist. Schulen werden damit zu einem Feld der Terrorismusbekämpfung.

### Verdachts- und Überwachungskultur

Das geplante „Präventionsnetzwerk“ basiert auf einem „Meldesystem“, das heißt auf entsprechend „sensibilisierten“ Lehrkräften, die die Bereitschaft zur Meldung „auffälliger“ Verhaltensweisen mitbringen. Was zunächst einigermaßen exotisch als Maßnahme gegen „Salafismus“ daherkommt, wird angesichts wachsender sozialer Desintegrationstendenzen früher oder später auch auf andere als „extremistisch“ markierte Verhaltensweisen ausgeweitet werden. Die Etablierung einer Verdachts- und Überwachungskultur wird die jetzige Schullandschaft auf Dauer verändern.

Als die Frankfurter Schulleiter im Polizeipräsidium mit Polizei, Staatsschutz und Verfassungsschutz zusammentrafen, hätte man erwarten können, dass einige hellwach würden. Denn immerhin gibt es in Deutschland nach den unsäglich leidvollen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus ein Trennungsgebot hinsichtlich der Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten. Und nun saßen alle einträchtig beisammen und überlegten, wie man im Rahmen eines „Präventionsnetzwerkes“ gut kooperieren könne.

Der nun vom Innenministerium veröffentlichte Bericht schlägt bezeichnenderweise vor, auf „Überlegungen etwa der Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)“ zurückzugreifen. Das 2004 in Berlin-Treptow neu eingerichtete Terrorabwehrzentrum GTAZ ist die Koordinationsstelle von 19 Geheimdiensten, 18 Polizeibehörden, des Zollkriminalamts und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Das „Trennungsgebot“ von Polizei und Nachrichtendiensten, auf das die West-



alliierten die Bundesrepublik 1949 verpflichteten, wird durch die Existenz dieses Gremiums ad absurdum geführt.

Das jetzt geplante schulische Meldesystem gegen Salafismus setzt diesen fatalen Weg einer Rückabwicklung der Gewaltenteilung unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung auf hessischen Schulhöfen fort. Man sollte sich gut überlegen, worauf man sich bei einer Beteiligung an derartigen Überwachungsstrukturen einlässt.

### Rechtsextremismus rückläufig?

Wer sich in die Wunderwelt des Hessischen Verfassungsschutzes begibt und dessen Lageberichte studiert, wird sich die Augen reiben: Ausgerechnet und ausschließlich der Rechtsextremismus soll in Hessen rückläufig sein! Die größte Gefahr soll vom „islamistischen Extremismus“ ausgehen, dem das größte „Personenpotenzial“ zugerechnet wird. Wie damit in Einklang zu bringen ist, dass man dem Islamismus 2012 nur 12 politisch motivierte Straf- und Gewalttaten zurechnen konnte, dem Rechtsextremismus dagegen 561 derartiger Delikte, bleibt das Geheimnis des Verfassungsschutzes.

Diese „Schätzungen“ sind geeignet, den Rechtsextremismus zu einer nachrangigen Angelegenheit herunterzuspielen. Mit seiner Fixierung auf Islamisten erweist sich der Verfassungsschutz selbst als Teil einer gesellschaftlichen Rechtsentwicklung, vor der zu bewahren seine eigentliche Aufgabe wäre. Die Blindheit gegenüber dem NSU-Terror hat diese Tendenz manifestiert. Das geplante „Präventionsnetz-

werk“ gegen Salafisten ist Ausdruck dieser fatalen Tendenz. Lehrerinnen und Lehrer sollten sich gut überlegen, ob sie sich an einer derartigen Strategie beteiligen wollen.

Wir müssen „unsere Kinder“ schützen – so Boris Rhein. Dass die Syrien-Ausreisenden im Schnitt 23 Jahre alt waren, ficht ihn nicht an. Die „Kinder-Schiene“ zieht bekanntlich immer. Salafisten schicken Schüler ins syrische Kriegsgebiet, so der Minister. Dass die hessische Landesregierung 2010 erstmals ein Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr abschloss, bleibt dabei unerwähnt. Wir schicken „unsere Kinder“ ins afghanische Kriegsgebiet, in den Kosovo, nach Usbekistan, Kambodscha, Uganda, Somalia und Mali, in den Libanon und den Senegal, in den Südsudan, in die Türkei und den Kongo. Und wenn man gegen den „Extremismus der Salafisten“ ist, warum liefert die Bundesrepublik Waffen an Indonesien, in dessen Provinz Aceh seit 2001 die Scharia gilt, und an das konservativ-islamische Saudi-Arabien? Warum geht man „strategische Allianzen“ mit autoritär regierten islamischen Staaten ein? Von wem geht eigentlich die Gefährdung demokratischer Grundrechte hierzulande aus? Von einigen salafistischen Ideologen und einer Handvoll junger Menschen, die nach Syrien ausreisen? Oder von der beabsichtigten Etablierung einer Verdachts- und Überwachungskultur an Schulen, die auf einer rechtsstaatlich problematischen Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten gründet und die Gefahr des Rechtsextremismus kleinredet?

Gerhard Walentowitz

# „When will we ever learn?“

## Zur Erinnerung an Pete Seeger, Sänger und Musikpädagoge

Pete Seeger ist tot. Der 94-jährige Folksänger starb am 28. Januar in New York, ein halbes Jahr nach dem Tod seiner geliebten Frau *Toshi Ohta*, mit der er 70 Jahre durch drei Kinder und in gemeinsamer Arbeit verbunden war. In zahllosen Nachrufen wurde die „Folklegende“ gewürdigt, der Kämpfer gegen Rassismus und Antisemitismus, der Friedens- und Umweltaktivist geehrt.

Aber war er nicht „deep in his heart“ vor allem auch ein grandioser Pädagoge? Hat nicht der einst verfeimte „Commie“ und „Landesverräter“ durch die faktische Überzeugungskraft seiner Musik den Weg bis in deutsche Schulen gefunden? Klar, Anglisten haben schon an der Uni von seinem „English is c-u-r-a-y-zee“ gehört. Wohl auch von seiner *Tom-Paxton*-Vertonung „What did you learn in school today?“

An vielen Stellen des Schulcurriculums tauchen die Lieder dieses Folk-Klassikers auf. „Sag mir, wo die Blumen sind“, eines der bekanntesten und ergreifendsten Antikriegslieder aller Zeiten, gehört zum Repertoire niveauvollen Musikunterrichts, auch der Ohrwurm „Guantanamo“, dessen Verse Pete bei dem kubanischen Nationaldichter *José Martí* entdeckt hat.

Sein „We shall overcome“ wurde zur weltbekannten Hymne der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA. Der Hit-Klassiker „If I had a hammer“ wird ebenfalls gern im Englischunterricht gesungen, schafft doch gerade dieses Lied viele Identifikationsmöglichkeiten für Schulkinder, die sich „a hammer of justice“ wünschen. Wer weiß schon, dass Seeger Anfang der 50er damit der Kommunistischen Partei der USA Mut

machen wollte gegen die Hexenjagd *McCarthys*? Vor dem „Ausschuss für unamerikanische Aktivitäten“ verweigerte er, bewaffnet mit seinem Banjo, die Aussage und offerierte stattdessen ein Exklusiv-Konzert. Die Verurteilung zu zehn Jahren Gefängnis wurde 1962 aufgehoben. Nach dem folgenden faktischen Berufsverbot und Totalboy-



Pete Seeger singt bei Obamas Amtseinführung 2009 „This land is your land“ mit dem lange verbotenen Originaltext von *Woody Guthrie*. (Foto: Wikicommons)

kott der Medien ging Pete in Schulen, Universitäten und Kindergärten, in Gewerkschaftsversammlungen und Kirchengemeinden. Die Kinder waren manchmal befremdet von dem hochgewachsenen Mann, der – so der Journalist *Peter Lyon* – in abgetragenen Jeans und Holzfällerhemd eher einer Vogelscheuche ähnelte. Aber dann lächelte Pete sein zappeliges Publikum an, schnappte sich sein Instrument und „something magical happened in the room: Seeger and the kids understood each other perfectly.“

Irgendwann drehte sich der politische Wind auch in den USA. Petes „kulturelle Guerillataktik“ begann Früchte zu tragen. Und es hagelte auf einmal Auszeichnungen. Nun kamen die Schulklassen zu Pete, der mit seiner *Toshi* in Beacon in den Bergen nördlich von New York die Organisation „Clearwater“ zur Rettung des verseuchten

Hudsons gegründet hatte. Später warb ein nachgebautes historisches Segelschiff auf dem Strom für Umweltschutz. Eine halbe Million junger New Yorker lernte auf der „Sloop Clearwater“ mehr über den Klimawandel und das biologische Gleichgewicht als in ihrer ganzen Schulzeit. Und am Hudson-Strand entstanden wieder Schwimmbäder.

Unzählige Male wurden seine Songs gecovered. Auf allen Kontinenten waren sie dabei, wenn es um den Kampf um Arbeiterrechte und Frauenrechte, gegen Krieg, Rassismus und Imperialismus, gegen Kapitalismus und Neokolonialismus ging. Pete spielte vor streikenden Arbeitern und widmete zusammen mit *Woody Guthrie* streikenden Frauen das Lied „Union Maid“. Seite an Seite mit *Martin Luther King* und *Paul Robeson* trotzte er dem Ku-Klux-Klan und beflügelte die Proteste gegen den Vietnamkrieg mit seinem Song „Bring them home“. Das afrikanische „Wimoweh“ machte er zu dem Kampflied gegen die Apartheid in Südafrika. Und als hochbetagter Mann gesellte er sich bei beißender Kälte zu den jungen Leuten von *Occupy*.

Bei der Amtseinführung *Obamas* sang er 2009 mit einer halben Million Menschen „This Land is your Land“ und von ihm souffliert erschallten dann erstmals auch die lange zensierten subversiven Strophen mit *Woody Guthrie*s Botschaft weit hinaus in die USA und die ganze Welt, dass das Land nicht den reichen Besitzern mit ihren „private property“-Schildern gehört, sondern allen Menschen:

„There was a big high wall there that tried to stop me / Sign was painted, it said private property / But on the back side it didn't say nothing / That side was made for you and me.“

Pete Seegers Zuversicht in die Fähigkeit zu lernen war unerschütterlich. Auf seinem Banjo war zu lesen: „This machine surrounds hate and makes it surrender.“ Pete Seeger – presente!

### Eva Petermann

Eva Petermann war GEW-Kreisvorsitzende und Vorsitzende des Gesamtpersonalrats im Kreis Bergstraße und lebt jetzt in Hof, Saale.

### What did you learn in school today, dear little boy of mine?

*I learned that war is not so bad  
I learned about the great ones we have had  
We fought in Germany and in France  
And someday I might get my chance...  
I learned that our government must be strong  
It's always right and never wrong  
Our leaders are the finest men  
So we elect them again and again...*



## Mindestversorgung und Rente

Beamtinnen und Beamte, die bei einer Versetzung in den Ruhestand weniger als 20 ruhegehaltfähige Dienstjahre haben, erhalten eine „Mindestversorgung“. Die amtsabhängige Mindestversorgung beträgt 35% der Dienstbezüge aus der Endstufe der individuellen Besoldungsgruppe. Beamtinnen und Beamte, die wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden und neben dem Anspruch auf Beamtenversorgung einen Anspruch auf eine gesetzliche Rente haben, können bis zum Bezug der Rente eine „vorübergehende Erhöhung“ erhalten.

Das Zweite Dienstrechtsmodernisierungsgesetz (2.DRModG) sieht vor, dass ab dem 1. März 2014 die vorübergehende Erhöhung nicht mehr zusätzlich zum Mindestsatz von 35% erfolgt, sondern nur noch auf den „erdienten Ruhegehaltsatz“, der sich aufgrund der ruhegehaltfähigen Dienstjahre ergibt (HLZ 12/2013). Obwohl wir dies im Gesetzgebungsverfahren kritisiert haben, gilt

diese Regelung auch für Beamtinnen und Beamte, die vor dem 1. März 2014 in den Ruhestand versetzt wurden und bereits die Erhöhung zusätzlich zum Mindestruhegehalt erhalten. Für sie soll die Neuregelung ab dem 1. März 2014 gelten, das heißt nicht rückwirkend.

Im Dezember waren wir davon ausgegangen, dass gegen diese Änderung juristisch nicht vorgegangen werden kann. Inzwischen gehen wir aber davon aus, dass für die hessischen „Bestandsbeamten“ möglicherweise eine Aufhebung des Bescheides aus Gesichtspunkten des Vertrauensschutzes nicht zulässig ist. Von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 2. Mai 2012 (2 BvL 5/10) für den Bereich der Bundesbeamten, dass eine solche Neuregelung auch für „Bestandsbeamte“ möglich ist, war ein Beamter betroffen, der zu einer Zeit in den Ruhestand versetzt wurde, in der die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) zu dieser Frage „nicht gefes-

tigt“ war. Ein Urteil des BVerwG aus dem Jahr 2005 wurde aber von anderen Gerichten und der Literatur heftig kritisiert, jedoch vom BVerwG 2009 bestätigt. Erst daraufhin erhielten die in Hessen betroffenen Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten die Erhöhung zusätzlich zur Mindestversorgung.

Mit dem neuen Gesetz wird allerdings noch eine weitere Regelung geändert: Bisher wurde in vielen Fällen ab Bezug der Rente nur noch das erdiente Ruhegehalt gezahlt. Etwas anderes galt nur, wenn erdientes Ruhegehalt und Rente zusammen die Mindestversorgung nicht erreichen. Dann blieb es bei der Mindestversorgung. Nicht einschätzen können wir die Gefahr, dass diese neue Regelung zumindest für „Bestandsbeamte“ zurückgenommen wird, wenn wir vor Gericht gegen die jetzt angekündigte „Absenkung für Bestandsbeamte“ ab dem 1. März 2014 erfolgreich sein werden.

Betroffene Mitglieder der GEW Hessen sollten sich mit der Landesrechtsstelle in Verbindung setzen.

**Annette Loycke**

Landesrechtsstelle der GEW

## Befristungsunwesen bekämpfen

Der GEW-Landesvorstand hält es für skandalös, dass es im Koalitionsvertrag keine Aussagen zur Reduzierung der Zahl der befristeten Arbeitsverträge an hessischen Schulen gibt. „Handlungsbedarf“ gibt es nämlich nicht nur in den Hochschulen, wo CDU und Grüne „ein aktives Gegensteuern“ fordern, sondern vor allem auch an den hessischen Schulen. Die Absichtserklärung, „sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen [im öffentlichen Dienst] zu überprüfen und zurückzuführen“, gehe am Problem vorbei, da dies nur bei einer sehr geringen Zahl von Verträgen der Fall ist. Das tatsächliche Problem sind die formal *mit* einem Sachgrund verbundenen Verträge, die jedoch – wie die Gerichte festgestellt haben – faktisch nicht der befristeten Vertretung, sondern der dauerhaften Unterrichtsabdeckung dienen und somit einen „institutionellen Rechtsmissbrauch“ der Befristung darstellen. Wenn das Schuljahr 2013/2014 zu Ende geht und bisher befristete Verträge nicht weiter verlängert werden, steht dem Land Hes-

sen eine Klagewelle betroffener Kolleginnen und Kollegen ins Haus. Die GEW fordert die Landesregierung auf, in den eingeleiteten Verhandlungen der Tarifparteien verbindliche Zusagen zu machen. Das Kultusministerium müsse für seinen Amtsbereich einen verbindlichen Zeitplan für die Reduzierung der Zahl der befristeten Arbeitsverträge und für die Übernahme und Weiterqualifizierung langfristig beschäftigter Kolleginnen und Kollegen vorlegen. Dass bisher nur den Beschäftigten, deren befristete Arbeitsverträge 10 Jahre oder länger laufen und die 13 und mehr befristete Verträge hatten, ein Angebot zur Entfristung ihres Arbeitsvertrags unterbreitet wird, ist absolut unzureichend. Die GEW wird entsprechende Initiativen des Hauptpersonalrats mit Nachdruck unterstützen. Gleichzeitig fordert die GEW die Schulpersonalräte auf, ihr Mitbestimmungsrecht wahrzunehmen und dafür zu sorgen, dass zukünftig ausschließlich qualifizierte Personen mit Lehramt auf unbefristeten Stellen eingestellt werden.

## Lebensarbeitszeitkonto

Eine Beamtin auf Probe wird entlassen, was zum Glück nicht allzu häufig vorkommt. In einem von der GEW-Rechtsstelle unterstützten Verfahren ging es um die Frage, ob die Beamtin die auf ihrem Lebensarbeitszeitkonto angesparten 130 Vorarbeitsstunden im Gegenwert von 4.650 Euro vergütet bekommt.

Das Land verweigerte die Ausgleichszahlung, da die Pflichtstundenverordnung Ausgleichszahlungen nur bei der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit oder einer nachgewiesenen Krankheit im Ermäßigungs- oder Freistellungszeitraum vorsehe, nicht aber für den Fall einer Entlassung. Das Verwaltungsgericht Gießen hat mit rechtskräftigem Urteil vom 20. 11. 2013 (Az 5 K 52/13. GI) den Anspruch dagegen bejaht, da der Verordnungsgeber die Ausnahmetatbestände zu eng gefasst und damit gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz in Artikel 3 des Grundgesetzes verstoßen habe.

**Adelheid Viesel**

Rechtsanwältin, Frankfurt am Main

## Wir gratulieren im März ...

### ...zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Angelika Abel, Frankfurt  
 Birgit Alt, Langen  
 Guntram Arnold, Wetzlar  
 Brigitte Bader, Gießen  
 Dr. Hans-Joachim Bauer, Homberg  
 Ute Bauer, Kassel  
 Gabriele Bechtel-Scholz, Frankfurt  
 Brigitte Becker-Scharf, Greifenstein  
 Klaus Behnsen, Oberursel  
 Kirsten Bergerhoff, Frankfurt  
 Silvia Boczek-Wronker, Frankfurt  
 Ronald Böhm, Mühlheim  
 Kurt Brauer, Nidda  
 Hans-Jürgen Brettmann, Frankfurt  
 Renate Brenning-Heinemann,  
 Wiesbaden  
 Wolfgang Bühring, Wanfried  
 Ursula Bussek, Seeheim-Jugenheim  
 Anne-Christiane Casu, Rüsselsheim  
 Barbara Christowzik, Kassel  
 Karl Dambach, Karben  
 Dr. Mounira Daoud-Harms, Frankfurt  
 Volker Daßbach-Breuer, Oberursel  
 Rainer Deutsch, Volkmarsen  
 Brigitte Egerer, Biblis  
 Traute Eiselt, Nidderau  
 Ilse El-Badawi, Neu-Isenburg  
 Peter Emmerich, Offenbach  
 Hubert Frank, Breitscheid-Gusternhain  
 Karin Freitag, Butzbach  
 Heide Friedrich-Deppe, Frankfurt  
 Ulla Fries, Wiesbaden  
 Marion Froschhäuser, Marburg  
 Astrid Goeder, Eschborn  
 Elke Grebe, Nidda  
 Barbara Günther, Frankfurt  
 Bruno Güttinger, Hanau  
 Hiltrud Hackenberg, Hanau  
 Hubert Hackenschmidt, Kassel  
 Hans-Dieter Hahne, Flörsheim  
 Friedrich Handtke, Homberg  
 Werner Harasta, Taunusstein  
 Annelore Hartmann, Frankfurt  
 Ulrike Hebert-Mayer, Frankfurt  
 Annette Heckmann, Kassel  
 Peter Heik, Kelsterbach  
 Wilfried Hennemann, Aarbergen  
 Adam Hercher, Gladenbach  
 Hannelore Herrmann, Wiesbaden  
 Sigrun Heuser, Friedrichsdorf

Dr. Jürgen Hoffmann, Oestrich-Winkel  
 Sigrid Jaklin, Frankfurt  
 Hanspeter Jungwirt, Viernheim  
 Ilse Kaeswurm-Ulrich, Bad Vilbel  
 Gerlinde Keller, Frankfurt  
 Birgit Kessler-Vogel, Bad Wildungen  
 Kurt Kiesel, Reinheim  
 Gisela Kirschbaum, Heuchelheim  
 Thomas Klein, Frankfurt  
 Gabriele Klewar, Breuberg  
 Clemens Klockner, Hochheim am Main  
 Rainer Kochhäuser, Frankfurt  
 Eva Kolbe-Gutmann, Hanau  
 Ortrud Kompenhans, Bruchköbel  
 Annemarie Kotsch, Lampertheim  
 Inge Kroggel, Darmstadt  
 Helga Krutz, Kassel  
 Brigitte Kubitz, Darmstadt  
 Heidi Labonte, Wiesbaden  
 Julia Liebrich, Frankfurt  
 Ingrid Mark, Königstein  
 Rotraut Mayer-Schwinning-Deecke,  
 Rüdesheim am Rhein  
 Elisabeth Meyer, Bad Soden  
 Bruno-H. Müller, Frankfurt  
 Ilse Müller, Frankfurt  
 Renate Müller-Mendius, Griesheim  
 Georg Muth, Borken  
 Christine Nußbaum, Altenstadt  
 Helga Obenauer, Offenbach  
 Carla Osmers, Idstein  
 Petra Pett, Kassel  
 Sieglinde Polanski, Lampertheim  
 Eleonore Rapp, Bensheim  
 Reinhard Rausch, Hohenstein  
 Rose-Marie Recher-Schnell,  
 Bad Nauheim  
 Antje Reich, Frankfurt  
 Solveig Reuning, Bischofsheim  
 Gabriele Reutlinger, Frankfurt  
 Ingrid Rockinger-Dörfel, Frankfurt  
 Herta Röder-Meckel, Bad Homburg  
 Jürgen Röglin, Weilmünster  
 Prof. Dr. Josef Rützel, Darmstadt  
 Renate Schemmel, Niedernhausen  
 Gisela Schieck, Mainhausen  
 Wolfgang Schlüter, Lemgow  
 Inka Schmeling-Kloss, Frankfurt  
 Ingeborg Schmidt, Friedberg  
 Dieter Schneider, Marburg  
 Hannelore Schneider, Aarbergen

Marianne Schol-Buckard, Driedorf  
 Verena Scholian, Ginsheim-Gustavsburg  
 Karl-Heinz Schreiner-Kirsch, Frankfurt  
 Josef Schweighofer, Frankfurt  
 Christiane Siebert, Frankfurt  
 Edeltraudt Springer, Fuldata  
 Doris Stahler, Bad Vilbel  
 Volker Steitz, Alsbach-Hähnlein  
 Herbert Storm, Bad Vilbel  
 Georg Tettke, Vellmar  
 Angelika Tippelt, Schauenburg  
 Renate Treppenhauer, Hofheim  
 Barbara Vieh, Darmstadt  
 Ulrike Wabel-Frenk, Mühlthal  
 Manfred Wagner, Bad Homburg  
 Peter Wagner, Wiesbaden  
 Klaus Weber, Kirchhain  
 Silvia Weber, Waldems  
 Dorothee Wegener, Neukirchen  
 Philipp-Ernst Weiß, Wölfersheim  
 Hannelore Wudy, Langenselbold  
 Corinna Zillig, Darmstadt  
 Gabriele Zimmer-Rüfer, Ober-Mörlen

### ...zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Gerhard Becker, Grünberg  
 Lothar Groß, Münzenberg  
 Horst Hensel, Mühlheim  
 Willi Roth, Büdingen

### ...zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Inge Schwiede, Bad Karlshafen

### ...zum 75. Geburtstag:

Paul Abicht, Frankfurt  
 Karin Bascha-Kähler, Marburg  
 Rudolf Behn, Frankfurt  
 Rainer Claus, Bad Soden  
 Ursula Griffel, Viernheim  
 Doris Guttmann, Seeheim-Jugenheim  
 Harald Kaufmann, Fulda  
 Friedrich Krichbaum, Lautertal  
 Hans Jürgen Ortmann, Herborn  
 Ingeborg Scholz, Rodgau

### ...zum 80. Geburtstag:

Lore Gerster, Braunfels  
 Gabriele Neumann, Bad Homburg

### ...zum 91. Geburtstag:

Marija Vukic, Frankfurt

### ...zum 92. Geburtstag:

Adelheid Schultz, Darmstadt



### Ehrungen bei GEW Darmstadt-Land

Bei seinem alljährlich stattfindenden Kreisfest ehrte der GEW-Kreisverband Darmstadt-Land seine langjährigen Mitglieder. Für 40 Jahre Mitgliedschaft wurden geehrt: *Sigrid Bansa-de Haen, Cornelia Fried, Camilla Häbler, Ursula Hess, Ursula Jackel, Sigrid Jaco-*

*by, Christa Jöst, Ingeborg Kloppenburg, Sylvia Koch, Barbara Ludwig, Jürgen Scherer, Ingrid Tonnius, Christian Vogt und Ralf Wolfhart.* Auf ganze 50 Jahre GEW-Mitgliedschaft blickt *Helmut Nowotny* zurück, bei *Friedrich Wegt* sind es sogar 65 Jahre.

## Wettbewerb Anne Frank heute

Am 12. Juni 2014 wäre *Anne Frank* 85 Jahre alt geworden. Ihr Tagebuch wurde seit der Erstausgabe auf Niederländisch in über 55 Sprachen übersetzt. Auch heute beschäftigen sich weltweit junge Menschen mit Anne Franks Leben und Werk. Der Jugendwettbewerb der Bildungsstätte Anne Frank fragt nach der Bedeutung von Anne Franks Tagebuch heute. Einsendeschluss für Bilder, Kurzgeschichten, Kompositionen, Theaterstücke und andere kreative Werke ist am 1. Mai 2014. Zehn von der Jury ausgewählte junge Künstlerinnen und Künstler können eine zweitägige Reise nach Amsterdam gewinnen.

• *Informationen: Bildungsstätte Anne Frank, www.bs-anne-frank.de (News > Aktuelles), Ricarda Wawra, Tel. 069-56000-235, rwawra@bs-anne-frank.de*

## Spuren der Kolonialgeschichte

Das Projekt „Spuren der Kolonialgeschichte“ der Begegnungsstätte Anne Frank nimmt Frankfurts Kolonialvergangenheit zum Ausgangspunkt, um sich mit dieser Geschichte, den Kontinuitäten und den Folgen in der Gegenwart zu beschäftigen. Rassismus und Ausbeutungsverhältnisse sind ebenso Thema wie der Widerstand dagegen. Das pädagogische Angebot lädt Schulklassen und Jugendgruppen zur Auseinandersetzung mit unserer postkolonialen Gegenwart ein. Der Workshop „Vergessenes Erbe? Kolonialismus Macht Gegenwart“ dauert etwa vier Stunden und richtet sich an Jugendliche ab der 9. Klasse. Er findet in der Bildungsstätte oder in der Schule statt.

• *Information und Anmeldung: Susanne Heyn, Tel. 069-56000235, sheyn@bs-anne-frank.de, Bildungsstätte Anne Frank, Hansaallee 150, 60320 Frankfurt, www.bs-anne-frank.de*

## Schulbibliotheken in Hessen

Auf einer Klausurtagung verwies *Hans Günther Brée* auf die gute Jahresbilanz der Landesarbeitsgemeinschaft Schulbibliotheken in Hessen (LAG). Fast 1.800 der 2.100 Schulen des Landes nutzen die Software LITTERA für den Katalog der Schulbibliothek oder die Lehrbuchsammlung. Von der neuen Landesregierung erwartet die LAG „neue Impulse für Schulbibliotheken“, die „für die Schulqualität, gute Schülerleistungen und hohe Lesekompetenzen“ eine noch größere Rolle spielen könnten.

• [www.schulbibliotheken.de](http://www.schulbibliotheken.de)

## Trauer um Reinhard Kühnl

Am 10. Februar 2014 verstarb der Marburger Politikwissenschaftler Reinhard Kühnl nach langer Krankheit im Alter von 77 Jahren. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde er 1971 bekannt, als der Historiker Ernst Nolte mit einer publizistischen Kampagne versuchte, die Berufung des Schülers von Wolfgang Abendroth zum Professor am als „rote Kaderschmiede“ verschrienen Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg zu verhindern.

Mit seiner Dissertation von 1965 „Die nationalsozialistische Linke“ und den folgenden „Bestsellern“ über die NPD („Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei“) und die „Formen bürgerlicher Herrschaft: Liberalismus – Faschismus“ prägte er das Denken und Handeln einer ganzen Generation von Studentinnen und Studenten und junger Lehrerinnen und Lehrer – nicht nur in Marburg. Seine beiden Bücher über „Faschismustheorien“ und der Quellenband „Der Faschismus in Quellen und Dokumenten“ trugen dazu bei, dass Erkenntnisse über den Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus auch Eingang in den Unterricht über die Geschichte des Nationalsozialismus fanden.

Schwerpunkt seiner Forschungen und seiner Lehre blieben auch in den

folgenden Jahren die Ursachen und die Geschichte des Faschismus. In der Praxis wurde er so zum Mitstreiter in den Kämpfen der Friedensbewegung und im Bemühen um Verteidigung und Erweiterung der Demokratie.

1968 war er Gründungsmitglied des Bundes demokratischer Wissenschaftler (heute: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, BdWi). Bei dessen Neukonstituierung 1972 wurde er zusammen mit Walter Jens und Helmut Ridder Mitglied des engeren Vorstandes, dem er bis 1999 angehörte. Eine ausführliche Würdigung seines Wirkens ist anlässlich seines 75. Geburtstags in der Zeitschrift „Forum Wissenschaft“ erschienen und auf der Homepage des BdWi nachzulesen ([www.bdwi.de](http://www.bdwi.de)).

*„Wenn wir Wissenschaftler dem Zeitgeist widerstehen, riskieren wir allenfalls akademische Karriere, Forschungsgelder, öffentliche Anerkennung und die Teilnahme an Talkshows. Und dieses Risiko ist unsere Sache schon wert. Denn für die Sicherung einer menschenwürdigen Zukunft brauchen wir die Wahrheit über die Vergangenheit. In unserem Lande gerade die Wahrheit über Faschismus und Widerstand.“*  
(Reinhard Kühnl)



## Wilhelm Schön (1925 – 2014)

Im Kreis seiner Familie konnte Wilhelm Schön noch seinen 89. Geburtstag erleben. Zwei Tage später starb er nach langer Krankheit. Wilhelm Schön war eines der ersten Mitglieder der GEW im Untertaunus. Er trat der Gewerkschaft in ihrem Gründungsjahr 1948 bei und blieb Mitglied bis zu seinem Tod. Er hat nach 1945 den Wiederaufbau eines demokratischen Schulwesens im Untertaunus nicht nur miterlebt, sondern auch in gewerkschaftlicher Verbundenheit aktiv mitgestaltet, zunächst als Junglehrer an verschiedenen Schulen des Kreises, später als Leiter der Mittelpunkt-Grundschule in Niederseelbach. Wilhelm verstand sich selbst immer als bekennender Dorfschullehrer und

engagierter Personalrat, unter anderem als Vorsitzender des Gesamtpersonalrats im damals noch separaten Staatlichen Schulamt für den Rheingau-Taunus-Kreis.

Nach seiner Pensionierung war er regelmäßiger Teilnehmer an den Pensionärstreffen der GEW im Untertaunus. Seine Bodenständigkeit, seine Vitalität, sein waches Interesse, insbesondere für Schulpolitik, seine Ernsthaftigkeit gepaart mit dem ihm eigenen Sinn für Humor trugen stets zur Bereicherung dieser Treffen bei. Wir sind traurig über den großen Verlust.

GEW-Kreisverband Untertaunus



## Wissenswert in hr-iNFO

### Radiosendungen für die Schule

Die 15-Minuten-Beiträge der Reihe „Wissenswert“ werden zukünftig samstags und sonntags um 20.15 Uhr in hr-iNFO ausgestrahlt. Eine 30-Minuten-Sendung mit zwei Wissenswert-Beiträgen wird sonntags um 7.35 Uhr gesendet und sonntags um 15.35 und montags um 21.35 Uhr wiederholt. Eine aktuelle Wochenübersicht und Manuskripte findet man unter [www.wissen.hr-online.de](http://www.wissen.hr-online.de).

### Natur und Technik

- Waldschäden (23.3., 7.35 Uhr)
- Drohnen – Geschichte und Technik unbemannter Flüge (30.3., 20.15 Uhr)
- Lawinenkunde (30.3., 7.35 Uhr)

### Musik (20.15 Uhr)

Meilensteine der Popmusik: 1936 Robert Johnson: Me and the Devil (15.3.), 1964 Martha Reeves & The Vandellas: Dancing in the Street (16.3.), 1974 Kraftwerk: Autobahn (22.3.), 1977 Talking Heads: Psychokiller (23.3.), 2011 Lady Gaga: Born this Way (29.3.)

### Geschichte

Barbara Klemm: Deutsche Fotochronistin (16.3., 7.35 Uhr)

## Funkkolleg Gesundheit

Auch das Funkkolleg gibt es jetzt ausschließlich in hr-iNFO zu folgenden Zeiten: Montag 20.30 Uhr, Samstag 11.30 Uhr, Sonntag 8.30 und 20.30 Uhr

Gesund bleiben: Prävention – geht das? (10.3.), Screening: Wann weniger mehr ist (17.3.), Von der Geburt bis zum Tod im Griff der Medizin? (24.3.), Der Drang zur Selbstoptimierung (31.3.), Alt und gesund – aber wenn nicht? (7.4.)

- Weitere Informationen zum Funkkolleg Gesundheit, die Sendungen zum Nachhören und ausführliche Zusatzmaterialien auf: [www.funkkolleg-gesundheit.de](http://www.funkkolleg-gesundheit.de).

## Weiterbildung Gewaltprävention

„Konflikte verstehen – Haltungen entwickeln – Gewalt verhindern“ ist das Thema einer zertifizierten einjährigen Weiterbildung vom September 2014 bis Juni 2015. Sie richtet sich an Lehrkräfte und Fachkräfte der Sozialen Arbeit. Inhalte sind der professionelle Umgang mit Konflikten, Störungen und Gewalt unter anderem mit den Methoden des szenischen Spiels, der Mediation, der Traumapädagogik und der Beratung. Die sechs Module werden von Studiengruppen begleitet. Die Weiterbildung ist durch die Hochschule Darmstadt akkreditiert und zertifiziert. Die Kosten betragen 1.900 Euro.

- Informationen: [schmitt-projekte@kabelmail.de](mailto:schmitt-projekte@kabelmail.de), [www.sozarb.h-da.de/weiterbildung/konfliktbewaeltigung\\_und\\_gewaltpraevention](http://www.sozarb.h-da.de/weiterbildung/konfliktbewaeltigung_und_gewaltpraevention)

## Klassen führen – Klassen leiten

Thomas Klaffke war bis 2012 Schulleiter an einer Grund-, Haupt- und Realschule, ist Mitherausgeber der Zeitschrift „Lernende Schule“ und Teamer von lea-Fortbildungen. Sein neuestes Buch „Klassen führen – Klassen leiten“ befasst sich mit den Aufgaben von Klassenlehrerinnen und Klassenlehrern. Wesentlich sind dabei eine gute Selbst- und Beziehungskompetenz der Lehrenden, um eine konstruktive Atmosphäre für soziales und fachliches Lernen zu schaffen. Auf dieser Basis stellt der Praxisband professionelle Handlungskonzepte mit Instrumenten des Classroom Managements vor.

- Thomas Klaffke: *Klassen führen – Klassen leiten*, 216 Seiten plus Downloadmaterial. Verlag Kallmeyer 2013. 23,95 €

## Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

### Sendungen für die Schule

#### Montag bis Freitag, 11 bis 11.30 Uhr

Der Hessische Rundfunk sendet von Montag bis Freitag mit „Wissen und mehr“ eine 30-minütige Sendestrecke, die nach § 47 Urheberrechtsgesetz für die Vorführung im Unterricht verwendet werden darf. Genaueres hierzu sowie das ausführliche und kommentierte Programm erhalten Sie auf der Internetseite [www.wissen.hr-online.de](http://www.wissen.hr-online.de).

### Geschichte

Römer und Kelten: Kelten in Hessen (10.3.), Das Kelten-Experiment (dreiteilig, 10. und 11.3.), Videolexikon: Keltisches Hessen (12.3.), Ronneburg (12.3.), Das Römer-Experiment (vierteilig, 13. und 14.3.), Saalburg (20.3.)

### Gesellschaft

- Leben mit Handicap: Wege aus der Stille (17.3.), Stille im Kopf – Constantin will endlich mitreden (18.3.), Elisabeth hört anders (20.3.), Behindert – und doch ein Recht auf Arbeit (21.3.), Ich bin doch kein rohes Ei (21.3.)
- Das Lied der Deutschen: Die Geschichte einer Hymne (28.3.)

### Religion

Die 10 Gebote: Banker's Blues (31.3.), In Gottes Namen (1.4.), Sonntagsmelodie (2.4.), Die Ehre meiner Eltern (3.4.), Lizenz zum Töten (4.4.), Fremdgänger (7.4.), Gestohlene Jahre (8.4.), Geliebte Lüge (9.4.), Haus der Begierde (10.4.), Schwesternliebe (11.4.)

## Sauerkraut-Konferenz des GEW-Kreisverbands Dieburg

Neu für den HLZ-Redakteur, aber mit langer Tradition in der Region fand am 27. Dezember die traditionelle Sauerkraut-Konferenz des GEW-Kreisverbands Dieburg im Gasthaus Vierstöck statt. Sie führt schon seit über 100 Jahren immer am dritten Weihnachtsfeiertag bei Rippchen und Kraut ehemalige und noch aktive Kolleginnen und Kollegen zum Austausch in geselliger Runde zusammen. Gastredner 2013 war der Heimat- und Geschichtsforscher Gerd Lode. Der ehemalige Reichelsheimer Bürgermeister heiterte die Anwesenden mit Anekdoten und selbstverfassten Gedichten aus dem Odenwald auf.

- Weitere Infos zur Geschichte der Sauerkrautkonferenz: [www.gew-dieburg.de](http://www.gew-dieburg.de)



## SIE! IST! ZURÜCK!

„Die alte Benimmlerlehrerin“ ist zurück und mit ihr viele andere legendäre Zeichnungen von Matthias Sodtke, dem Schöpfer der Kinderbuchfiguren Nulli & Priesemut. 96 Seiten „german humor“ mit Buchdeckel im „vintage-look“ erscheinen im März 2014 im Lappan-Verlag zum Preis von 19,95 Euro. Das Buch ist in allen Buchhandlungen erhältlich.

Wir gestalten und produzieren für ihre Schule

## Festschriften, Imagebroschüren

Stellen Sie Ihre Schule mit einer Imagebroschüre der Öffentlichkeit vor.

Schildern Sie Eltern, potentiellen Schülern, Freunden und Förderern die Vorzüge Ihrer Schule.

**In vielen Fällen ohne Kosten für Sie!**

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft, Postfach 1944,  
61289 Bad Homburg, Email: mlverlag@wsth.de, Tel. 06172-95830 (Herr Vollrath)

Ihre Anzeige in der



Die nächste  
Hessische Lehrerzeitung  
erscheint am  
8. April 2014.

Bitte beachten Sie  
den Anzeigenschluss  
am 13. März 2014.

Evangelische Jugendburg Hohensolms



- Klassenfahrten
- Erlebnisprogramme und -bausteine
- Chorfreizeiten
- Gruppenaufenthalte u.v.m.

Unser Angebot speziell für Grundschulklassen:

3-tägiger Aufenthalt mit Vollverpflegung und  
Erlebnisprogramm ab 85,- €/pro Person.

Evangelische Jugendburg Hohensolms  
Burgstraße 12, 35644 Hohenahr  
Tel.: 06446 9231-0 | E-Mail: info@jugendburg.de  
www.jugendburg.de



Save the date: kunstvoll – Das Symposium! | 20. Mai 2014 | im Landratsamt des Main-Taunus-Kreises

# kunstvoll fördert kulturelle Bildung.

Umfassend lernen – dazu gehört besonders, sich aktiv kulturell zu bilden. Wo bietet sich Jugendlichen die Chance, das zu erleben? Bei **kunstvoll**, dem Jugendprogramm des Kulturfonds! **kunstvoll** verbindet **Kunst und Schule**: **Professionelle Künstler unterstützen Schüler in mehrmonatiger Zusammenarbeit, kreativ zu sein. Themen und Formen der Projekte sind frei wählbar.** Schülerinnen und Schüler bringen ihre Ideen auf die Bühne, komponieren eigene Musikstücke, gestalten und schreiben, malen und tanzen.

**kunstvoll** wendet sich im Schuljahr 2014/15 an **Schulen und Kultureinrichtungen aller Kunstsparten** im Gesellschaftsgebiet des Kulturfonds: Darmstadt, Frankfurt, Hanau, Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Wiesbaden.

**Alle allgemeinbildenden Schulen ab Sekundarstufe I und II** sind eingeladen, Partnerschaften zu bilden und sich mit ihrem Projekt zu bewerben.

Bis zum  
31. Mai 2014  
Förderantrag  
stellen!

Weitere Informationen unter:  
<http://kulturfonds-frm.de/kunst-voll>  
Sind Sie interessiert?  
Sie haben Fragen?  
Sie suchen einen Kulturpartner?  
Bitte wenden Sie sich an die **Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH**  
Claudia Oberschäfer, Ludwig-Erhard-Anlage 1–5  
61352 Bad Homburg v. d. Höhe  
Tel 06172.999.4695  
c.oberschaefer@kulturfonds-frm.de

kulturfonds  
frankfurtrheinmain



*Freizeit Aktiv*  
KLASSENFAHRTEN

**ROM** 

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.  
... SO MACHT BILDUNG SPASS!

[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) ☎ 06257-998190

*Wellness für die Stimme*

Musikpädagogin bietet individuellen Gesangsunterricht und Atemtechnik.  
Einfach anrufen unter  
069-40592379  
[www.sabinecanta.de](http://www.sabinecanta.de)

 **terre des hommes**  
Hilfe für Kinder in Not



**Spuren...**

... hinterlässt jeder Krieg bei den Menschen.  
Kinder sind die Hauptleidtragenden: Sie erleben Trennung und Flucht, Angst und Gewalt. Auch wenn sie dem Krieg entkommen sind, tragen sie schwer an seinem Erbe.  
Unterstützen Sie diese Kinder auf dem Weg in den Frieden!

[www.tdh.de](http://www.tdh.de)

*Freizeit Aktiv*  
KLASSENFAHRTEN

**LONDON** 

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.  
... SO MACHT BILDUNG SPASS!

[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) ☎ 06257-998190

Private Akutklinik für  
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung  
für Essstörungen

**SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING**

**Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!**

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!  
**Indikationen:** Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

**Info-Telefon 02861/8000-0**

Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)  
Fax 02861/8000-89 • [www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de) • [info@schlossklinik.de](mailto:info@schlossklinik.de)

**Für Segelfahrten in Holland  
schauen Sie ...**



Für Klubs,  
Schul/  
Jugendgruppen,  
Incentives oder  
Einzelteilnehmer

**REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND**  
Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST  
tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

[www.segeln.nl](http://www.segeln.nl)

 **AGARIA TOURS**  
Fachveranstalter für Pragreisen

**Prag? Nur mit uns!**

Ausgezeichnet: 90 % unserer Kunden kommen auf Empfehlung.



**PRAHA**

das tschechische team

Infos: 040 / 280 95 90 • [www.agaria.de](http://www.agaria.de) • [prag@agaria.de](mailto:prag@agaria.de)

**Neuaufgabe Dienst- und Schulrecht!**

Alle im Schulalltag wichtigen  
Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Erlasse

Das Standardwerk:  
Wahlweise klassisch auf Papier oder digital auf CD  
Alles auf aktuellem Stand!

Statt 38,- EUR  
für GEW-Mitglieder nur

**28,- EUR**  
zzgl. Versand

**Bestellungen an:** Mensch und Leben Verlagsgesellschaft, Postfach 1944, 61289 Bad Homburg  
Fax: 06172 - 958321, Email: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**  
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**



Beamendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013

**4,50%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%



Kapitalvermittlungs-GmbH  
EG 11 Planken  
68150 Mannheim  
Fax: (0621) 178190-25  
info@AK-Finanz.de

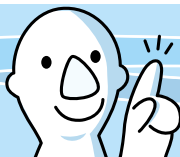
[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Solzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!  
**www.1a-Beamendarlehen.de**  
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



**0800-040 40 41**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER** Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt • Pralat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

*Freizeit Aktiv*  
KLASSENFAHRTEN

**BARCELONA**

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.

... SO MACHT BILDUNG SPAß!

[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) ☎ 06257-998190

Kleine Anzeige

**Große WIRKUNG**

Diese Anzeige kostet nur **101,25 EUR** zzgl. MwSt.

Verlag Mensch und Leben  
Tel.: 06172-95830  
Mail: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)



Klinik am  
Leisberg  
BADEN-BADEN

**Von hier an geht  
es aufwärts!**

**HOTLINE: 07221/39 39 30**

PrivatKlinik für psychologische Medizin  
Mit Fachabteilung für Essstörungen

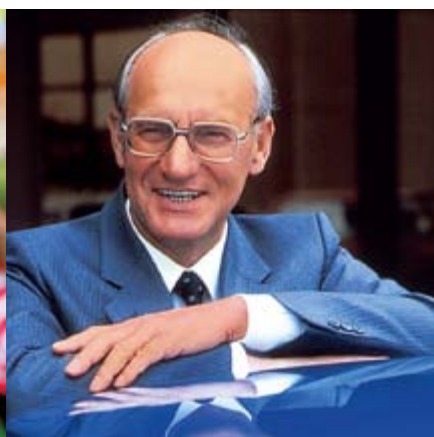
In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom  
**Kostenübernahme:** Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**  
Fax: 07221/39 39 3-50 • [www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de) • [info@leisberg-klinik.de](mailto:info@leisberg-klinik.de)



**Computer,  
Museum  
& Sport**



# Auf den Spuren von Heinz Nixdorf

Eine Initiative der Heinz Nixdorf Stiftung  
für Schulklassen

**Schulklassen aufgepasst:** In den Schuljahren 2013/14 und 2014/15 können Klassen eine spannende Museumsführung durch das größte Computermuseum der Welt mit dem Schwerpunkt »Heinz Nixdorf« in Kombination mit einem Sportangebot erleben. Und das Beste: **Es gibt einen Kostenzuschuss in Höhe von 2/3 der entstehenden Reise- und Programmkosten bis max. 500 Euro.**

Aus folgenden Sportangeboten können Sie wählen: Sportlich aktives Teambuilding, Squash, Leichtathletik und Baseball.  
Buchten Sie jetzt unter 05251-306-665 oder unter [service@hnf.de](mailto:service@hnf.de)



Im HNF gibt es  
immer etwas Neues  
zu entdecken.  
[www.hnf.de](http://www.hnf.de)

**H** HNF  
**N** Heinz Nixdorf  
**F** MuseumsForum  
Paderborn



gemeinnützige  
bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

## lea bildet...

**Zeitzeugengespräch: Sinti und Roma im Nationalsozialismus** | 20-03-2014, Frankfurt |

**Aufbaukeramik** | 20-03-2014, Fulda |

**Klassenführung – mehr als Classroom-Management** | 25-03-2014, Darmstadt |

**An einem Strang ziehen** | 26-03-2014, Gießen |

**Bildungsreform als Humanexperiment** | 26-03-2014, Frankfurt |

**„Othello“ – Eine Unterrichtseinheit für die Q-Phase** | 27-03-2014, Darmstadt |

**Einsatz interaktiver Whiteboards im Unterricht** | 27-03 u. 03-04-2014, Oberursel |

**Maschinenschein Holzverarbeitung – Intensiv** | 28-03, 29-03, 04-04 u. 05-04-2014, Alsfeld |

**Selbstgesteuertes Lernen in der Sek. I** | 01-04-2014, Darmstadt |

**Stomp in the classroom** | 01-04-2014, Frankfurt |

**Kreatives Arbeiten mit Maschendraht im Kunstunterricht** | 02-04-2014, Kassel |

**Die Vorbereitung auf Projektprüfungen** | 02-04-2014, Gießen |

**Kindergarten oder Grundschule – bewusste Gestaltung von Übergängen** | 02-04-2014, Frankfurt |

**Sprachförderung mit Spielversen, Geschichten und Liedern** | 02-04-2014, Marburg |

**Facetten des Antiziganismus** | 03-04-2014, Frankfurt |

**„Auf dem Weg zum Suppenküchen-Staat“: Fachtagung zur Altersarmut** | 03-04-2014, Frankfurt |

**Yoga mit Kindern** | 07-04-2014, Neu-Isenburg |

**Evolution im Sachunterricht – Herausforderung für Grundschulen** | 29-04-2014, Frankfurt |

Das vollständige Programm unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

[www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main